

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Pf., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeb. vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 18698.
Sprechstunde: Montagabends 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gesetzte Zeit oder deren Raum 25 Pf., bei Blattvorlage 30 Pf. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamt-ausgabe, bei Teilausgabe 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude, Telephon: 2721.

Tageskalender.

Die sächsische Regierung hat es abgelehnt, im Bundesrat Schritte zur Bekämpfung der Fleischnot zu unternehmen.

Das Kriegsgericht in Rendsburg verurteilte den Leutnant v. Bismarck wegen Vergehens gegen § 175 zu 2½ Jahren Gefängnis und Dienstentlassung.

Das parlamentarische Komitee der englischen Trade Unionists faßte eine Sympathieresolution für die ausständigen deutschen Werftarbeiter.

1898 mazedonische Flüchtlinge haben die Mächte um Schutz gegen die türkischen Verfolgungen ersucht.

Die chinesische Regierung entließ mehrere führende Personen des bisherigen Regierungssystems und verließ an ihrer Stelle Anhänger Yuan-Schikats.

Fleischwucher.

III.

Leipzig, 18. August.

Die Abhilfe.

Frage wir, wie der Fleischsteuerung vorzubeugen ist, so kommen folgende Maßregeln in Betracht.

1. Es müssen die Viehdörle sowohl als die Grenzwachen fallen. Bei freier Einfuhr von Vieh müssen selbstverständlich Maßnahmen zur Verhütung der Seuchengefahr getroffen werden. Der einfachste Weg hierzu ist die Verständigung der Staaten untereinander über die strenge Durchführung der Seuchenpolizei. Es ist gar keine Frage, daß diese Materie sich zwischen Deutschland, Österreich, Holland, Dänemark und der Schweiz einheitlich regeln läßt. Wenn überall die gleichen Vorbeugungsmaßregeln und die Vorschrift über Sperrung verunreinigter Gehöfte durchgeführt werden, dann ist eine Verschleppung von Staat zu Staat nicht mehr zu befürchten. Ob das heutige Russland mit seiner unendlich verwahrlosten Verwaltung imstande wäre, solche Maßnahmen durchzuführen, könnte fraglich sein. Hier müßte dann durch eine sorgfältige Beaufsichtigung des Verkehrs das Notwendige geschehen. Sobald eine solche Kontrolle nicht zur Schikanen, sondern wirklich zur Verhütung der Seucheneinschleppung dient, ist sie sicher durchzuführen.

Selbstverständlich hat das zur Voraussetzung, daß auch die Zölle auf alle Futterstoffe fallen müssen. Hat der Landwirt billige Futterstoffe, dann wird er auch imstande sein, billiges Vieh zu züchten. Es ist jedenfalls nicht einzusehen, warum die Züchter in Dänemark und

Holland imstande sein sollen, billiger zu produzieren, als die deutschen. Es sei denn, man wolle behaupten, sie stehen jenen an Intelligenz und Tüchtigkeit nach.

2. Ebenso müssen die vegetarischen Maßregeln gegenüber dem überseelischen Fleisch fallen, es muß die Einfuhr von gefrorenem, respektive gefülltem Fleisch frei sein. Bekanntlich besteht kein offenes Verbot dieser Einfuhr, doch hat man sie trotzdem unmöglich gemacht. Es besteht nämlich die Vorschrift im deutschen Fleischbeschaugebot, daß Fleisch nur in ganzen Tierkörpern eingeführt werden darf, wobei die inneren Organe — Herz, Leber, Lunge und Nieren — im natürlichen Zusammenhang bleiben müssen, damit die Untersuchung vorschriftsmäßig erfolgen kann. Nun werden beim überseelischen Transport die Tierkörper in Kühlräumen auf den Schiffen untergebracht, wobei aber die genannten Organe abgetrennt werden, weil andernfalls das Fleisch verderben würde. Eine hochwohlweise Regierung gibt vor, sie könne von dieser Vorschrift auf keinen Fall abgehen; das erlaubt ihre Sorge um das Volkswohl nicht. Indessen gestehen die Engländer seit Jahrzehnten dieses Fleisch, das in ungeheuren Massen von Amerika und Australien eingeführt wird und es ist eine abgeschmackte Lüge, wenn man behaupten will, daß Erfrischungen infolge verdorbenen Fleisches in England zahlreicher seien als in Deutschland. Die agrarische Presse schwelgt allerdings in der Ausschaltung der Schlachtrichter über die Schweinerie, die in amerikanischen Schlachthäusern konstatiert wurden. Doch mit Verlaub: sind nicht die Fälle bekannt, in denen den ehrlichen Fleischern und Wurstfabrikanten gerichtlich ebenso wie Schweinerie nachgewiesen wurden? Im kapitalistischen Getriebe sind derartige niedrigrächtige Praktiken, durch die die Gesundheit der Konsumenten schwer geschädigt wird, gang und gebe und es ist eine nichtsahnige Heuchelei, wenn man behauptet, es sei damit in Deutschland besser bestellt als anderswo. Es wird schließlich behauptet, das überseelische Fleisch sei an sich minderwertig. Auch das ist Unsinn. Freilich ist dieses Fleisch nicht ganz so zart und schmackhaft, als das Fleisch von erstklassigem Schlachtwiech, denn es stammt nicht von gemästetem, sondern von Weidevieh und das Geschmack beeinträchtigt den Geschmack wohl auch etwas. Sicher aber ist es immer noch ungleich nahrhafter und bekommlicher, als das Fleisch der „Freibänke“, das von vielen Tausenden Arbeitersfamilien in Deutschland genossen wird.

3. Durch den freien Handel mit Vieh und Fleisch würden sicher die Wucherpraktiken der Viehhändler ganz bedeutend erschwert werden. Ein Zurückhalten der Waren von den Märkten wäre ungleich schwerer durchzuführen. Doch müßte trotzdem Vorsorge getroffen werden, um die Ringbildung zu bekämpfen. Das ist zweifellos möglich, wenn auch nicht leicht. Es würde zu weit führen, hier in Einzelheiten sich zu ergehen, es genügt, die allgemeinen

Züge anzudeuten. Vor allem können die Kommunen der Großstädte hier eingreifen. In ihrem Besitz sind die Viehhöfe, auf denen die Märkte stattfinden, und die Schlachthäuser. Es ist daher durchzuführen, daß die Kommunen durch Gewährung von Kredit an die Verkäufer die Übermacht der Monopolisten brechen. Es würde sich da um Kreditgeschäfte handeln, die es den kleineren Händlern einerseits und den landwirtschaftlichen Genossenschaften anderseits ermöglichen, Vieh heranzuschaffen, auf das sie alsbald Vorschüsse erhalten. Auch Einlaufgenossenschaften der Schlachter lassen sich unter Hilfe und Kontrolle der Kommunen organisieren. Durch den direkten Verkehr zwischen Genossenschaften der Käufer und Verkäufer ließe sich der Zwischenhandel im hohen Maße ausschalten und die Wucherpraktiken der Händler würden dann kaum noch möglich sein. Eine sehr große Rolle könnten ferner die Konsumvereine spielen. Schon heute kann man die Beobachtung machen, daß in Städten mit sehr großen und gut geleiteten Konsumvereinen die Schlachter gehindert werden, die „Küsschläge“ gar zu unverschämmt zu machen. Ein großer Konsumverein spielt zweifellos die Rolle eines Regulators der Detailspreise: Schlachter und Bäder müssen damit rechnen, daß der Verein eine Verteuerung des Brotes und des Fleisches über das Verhältnis zu den Getreides- und Flehpriisen hinaus verhindert. Den Viehhändlern gegenüber sind allerdings die Konsumvereine heute ziemlich machtlos: sobald die Händler den Markt sperren und den Preis für Schlachtwiech in die Höhe treiben, muß auch der Konsumverein seine Käufe einschränken oder die geforderten Preise zahlen, und unter den Selbstkosten kann er natürlich nicht verkaufen. Aber es ist durchaus möglich, die Fähigkeit der Konsumvereine auszudehnen in der Weise, daß sie in direkten Verkehr mit landwirtschaftlichen Genossenschaften treten, die von ihnen Vorschüsse erhalten und sich verpflichten, ihren Bedarf an Schlachtwiech zu decken. Freilich hat eine solche großzügige Wirtschaftsgebarung der Konsumvereine zur Voraussetzung, daß die Sanierung der Konsumvereine durch die Gesetzgebung und Verwaltung aufhört. Es müßte vor allem — um nur eins zu erwähnen — das verrückte Verbot, wonach die Konsumvereine nur an Mitglieder verkaufen dürfen, fallen. Es müßte vielmehr die Unterstützung der Konsumvereine durch Staat und Kommune eintreten: unter anderem würde es sich auch hier um Beschaffung von Kredit unter Garantie der öffentlichen Körperschaften handeln. Der Konsumverein, der in den Stand gesetzt wird, unmittelbar von den Produzenten zu kaufen und die Ware an den unmittelbaren Konsumenten weiterzugeben, würde eine enorme Rolle bei der Regulierung der Preise spielen.

Es ist also sicher, daß durch eine Wirtschaftspolitik, die statt Sonderinteressen zu verfolgen, der Allgemeinheit dient, die künstliche Verteuerung der Ware, die bei

Seuilleton.

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Grein.

Nachdruck verboten.

Der Notar verbeugte sich leicht. „Wie Sie wünschen, Herr Senn!“ Dann öffnete er die Tür und hieß den Sagstetter Loisl hereinkommen. „Herr Sagstetter, bitte!“

Als der Schreiber am Tisch des Notars Platz genommen hatte, ging der Notar etwa eine Minute nervös auf und ab. Zuerst versicherte er sich, ob wohl die Tür zum Vorzimmer gut geschlossen sei. Dann machte er sich bei einem der Aktenregale zu schaffen und langte nach kurzem Suchen einen Faßhobel heraus, den er auf den Schreibtisch legte. Zuletzt putzte er noch ziemlich umständlich seine mit einer dicken, goldenen Einfassung versehene Brille, lehnte sie mit einer gewissen peinlichen Sorgfalt wieder auf und sang mit etwas erhobener Stimme ganz sachgemäß an: „Also Sie, Herr Michael Senn, wohnhaft zu Brizzen, wollen Ihr Haus am Domplatz und die mit dem Hause verbundene Buch- und Devotionalienhandlung Ihrem Herrn Sohn Franz Senn, ebenfalls wohnhaft zu Brizzen, übergeben?“

„Ja, Haus und Geschäft!“ sagte Michael Senn laut und deutlich, jedes Wort fest betonend.

„Ihr Herr Sohn ist als Teilhaber des Geschäfts einzutragen!“ Der Notar blätterte jetzt in dem Aktenheft.

„Ja, Der Franz ist Teilhaber!“ bestätigte der alte Senn.

„Und Sie wollen jetzt als stiller Teilhaber —“

„Nein. Ich will ganz austreten. Das Geschäft und das Haus soll von heut ab dem Franz allein gehören.“

„So ja. Na ja.“ Der Notar räusperte sich. „Und wünschen Sie irgendwelche Rechte, Bezüge oder Renten?“ forschte er weiter.

„Nein. Gar nix. Was ich brauch' und noch mehr, das hab' ich. Sie wissen ja, wir haben auch noch ein schönes Gelds liegen. Und meine Wohnung, die zahl' ich dem Franz. Das Geld, es wird mit viel von sechzigtausend Gulden fehlen, ist in Pfandbriefen der Tirolischen Bodencreditanstalt ang'legt. Sie wissen ja, mit vier Prozent. Die Hälfte von dem Geld überlass' ich dem Franz auch. Er soll sich rühren können, wenn er im Geschäft was neu machen will. Aber das andere Kapital behalt' ich selber, solang' ich leb'!“ sagte Michael Senn ernst.

„Und wünschen Sie in bezug auf Ihre Wohnung irgendein Vorrecht, ein —“

„Sie meinen, daß mich mein Sohn mit außer schmeißen kann, wann's ihm grad' mal einfallen tädt?“ lachte der alte Senn. „Naa, naa, das braucht's nit! Wenn mich einmal der Franz nimmer haben wollt' im Haus, dann geh' i schon von selber. Und sonst schenier' i ihn ja nitt. Gelt, Franz!“

„Aber Vater!“ Der Franz fühlte sich ganz klein und nichtig neben dem Vater. Der Alt der Übergabe war ihm ungemein peinlich. Nur die Gegenwart seiner Frau verlieh ihm einige Sicherheit.

„Sie wollen also mit dem ganzen Inventar übergeben?“ fragt der Notar.

„Alles! Wie's liegt und steht!“ erwiderte Michael Senn

Der Notar und Michael Senn beugten sich nun angelegentlich über die Akten, die am Tische lagen. Dann begann der Notar dem Schreiber das Dokument der Übergabe langsam und deutlich Wort für Wort und Satz für Satz zu diktieren. Der Sagstetter Loisl schrieb eifrig auf. Rückwärts saßen Franz und seine Frau nun zusammen auf dem Sofa.

Beide blickten gespannt auf den alten Senn, der neben dem Schreibtisch stehen geblieben war. Beide waren innerlich tief beschämt und trotzdem fühlten sie sich glücklich. Die Lina freute sich über den schönen Besitz, der nun bald in ihre Hände kommen würde, und der Franz über das neue Glück, das nun endlich in sein Leben zu ziehen schien. Seine Frau war all die Tage her wie ausgewechselt. Sie machte ihm keine Szenen mehr, war lieb und nett und kümmerte sich um das Rosele und um ihre Häuslichkeit.

Während der Notar diktierte, nahm Michael Senn von jedem Stück seines Besitzes Abschied. Er nahm Abschied von dem alten, vornehmen Haus am Domplatz, von dem winzigen Laden mit den Bücherregalen und Kästen, von der großen vollgestellten Ladelpudel, von diesem ganzen Geschäft, das ihn zeitlebens ausgefüllt hatte. Er nahm Abschied von dem Speicher rückwärts im Hof mit den großen Kästen. Alles war ihm lieb und wert gewesen.

Aus den trockenen Worten des notariellen Amtsstiles wuchs für den alten Mann sein ganzes verschlossenes Leben noch einmal empor. Er sah jeden einzelnen Raum und jeden einzelnen Gegenstand in seinem Haus vor Augen. Die breiten, steinernen Treppen, die lichten, geräumigen Korridore mit den bunten Steinböden, die behaglichen Zimmer.

Er sah die alten, geschnittenen Truhen und Kästen. Die buntbemalten, weichholzernen Wäschekästen, die noch von der Aussteuer seiner Mutter stammten und mit unverwüstlicher Leinenwäsche vollgefüllt in den weiten, gewölbten

der Frage der Fleischversorgung eine gewaltige Rolle spielt, zu verhindern wäre.

Indessen — wer soll eine solche Wirtschaftspolitik vertreten? Im kapitalistischen Staate wird die Gesetzgebung und die Verwaltung in Staat und Kommune zum Spielball der kapitalistischen Eliquen. In Deutschland werden die bürgerlichen Parteien mehr und mehr zu offenkundigen Ausköpfen der kapitalistischen Gruppen, deren Interessen auf politischem Gebiete zu vertreten ihre einzige Aufgabe ist. Auch an der vorliegenden Frage könnte man das bis ins Detail verfolgen. Gegen Maßregeln, die eine Versorgung des Volkes mit billigem Fleische beenden, würden die Agrarier, die einflussreichen Fleihhändler, die Fleischer und ihr Anhang als bald die politischen Parteien mobil machen. Die einzige Partei, die den Willen hat, dem allgemeinen Interesse zu dienen, ist die Sozialdemokratie. So wird auch der Kampf um billiges Fleisch schließlich zu einem politischen Kampfe, zu einem Kampfe gegen den bestehenden Staat, der im Dienste der Warenwucherer steht.

Die Produktivität der deutschen Landwirtschaft.

In den 25 Jahren, die zwischen der ersten und der dritten deutschen Bevölkerungszählung liegen, d. h. in der Zeit von 1882 bis 1907, ist die landwirtschaftliche Bevölkerung sehr stark zurückgegangen, sowohl absolut, als auch verhältnismäßig; nämlich von rund 10 200 000 auf 17 700 000 Personen oder von 42% Prozent auf 28% Prozent der Gesamtbevölkerung. In der zweiten Hälfte des Zeitraums, von 1895 bis 1907, hat auch die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe abgenommen. Während diese Zahl zwischen 1882 und 1895 gestiegen ist (genau läuft sich die Steigerung nicht angeben, weil die Zählmethode 1882 noch etwas anders war als später), sank sie in den folgenden 12 Jahren von rund 3 700 000 auf 2 650 000. (Die Zwergbetriebe von weniger als ½ Hektar sind dabei ausgeschlossen, weil sie für die landwirtschaftliche Produktion ohne Bedeutung sind.) Diese Abnahme der Betriebe bedeutet aber nicht ohne weiteres ein Aufzählen der kleineren Betriebe durch die größeren; denn es haben nur die ganz kleinen und die ganz großen Betriebe an Zahl abgenommen, die mittleren dagegen haben sich vermehrt. Folgende Tabelle, die wir dem Reichsarbeitsblatt entnehmen, zeigt das:

Es wurden gezählt:

Betriebe von	1895	1907
½ bis unter 2 ha . . .	1 889 456	1 204 449
2 " 5 " . . .	1 010 818	1 006 277
5 " 20 " . . .	998 804	1 005 590
20 " 100 " . . .	281 707	202 191
über 100 " . . .	25 061	28 566

Es sind also nur die mittleren Bauernbetriebe in der Größe von ½ bis 20 Hektar, die an Zahl zugenommen haben, und zwar um 68 735; alle andern Betriebe haben sich verringert.

Nicht ganz dasselbe Bild zeigt sich, wenn man die landwirtschaftlich benutzte Bodenfläche in Betracht zieht. In ihrer Gesamtheit hat auch sie abgenommen, nämlich von 32 170 000 auf 31 475 000 Hektar. Dennoch haben innerhalb dieser verringerten Gesamtfläche nicht nur die Mittelbetriebe von 5—20 Hektar, sondern auch die kleineren Betriebe von 2—5 Hektar einen größeren Anteil bekommen. Wie das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich (Jahrgang 1909) zeigt, betrug die Verteilung der Bodenfläche unter die Landwirtschaftsbetriebe der verschiedenen Größenklassen:

	1895	1907
½ bis 2 ha . . .	1 460 514 ha	1 271 750 ha
2 " 5 " . . .	8 285 984	8 804 872
5 " 20 " . . .	9 721 875	10 421 565
20 " 100 " . . .	9 890 887	9 822 106
über 100 " . . .	7 881 800	7 055 018

Sa. 32 170 010 ha Sa. 31 475 815 ha

Diese verringerte Zahl von Betrieben auf einer minder großen Bodenfläche hat jedoch die Ergiebigkeit ihrer Produktion nicht unbeträchtlich gesteigert. Eine soeben im Reichsarbeitsblatt erschienene Studie macht darüber folgende Mitteilungen.

Was zunächst die Kulturproduktion betrifft, so ist an Nährfrüchten für Menschen und Vieh fast ununterbrochen von Jahr zu Jahr mehr geerntet worden. Es wurden geerntet in Tonnen (1 Tonne = 20 Zentner):

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafser	Kartoffeln
1890	8 700 000	8 800 000	8 000 000	8 000 000	38 500 000
1904	10 100 000	8 800 000	2 900 000	6 000 000	38 800 000
1909	11 800 000	8 800 000	8 500 000	9 100 000	46 700 000

Wir können aus Raumangel nicht die Zahlen für jedes einzelne Jahr wiedergeben, sonst würde noch deutlicher hervortreten, daß zwar Schwankungen stattgefunden haben, im ganzen aber der Ertrag von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Dasselbe zeigt sich, wenn man den Ertrag der Ernte mit der abgerückten Bodenfläche vergleicht. Pro Hektar wurden in Doppelzentnern geerntet:

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafser	Kartoffeln
1890	14,8	19,1	18,2	17,2	122,0
1904	16,5	19,8	18,1	16,6	110,4
1909	18,5	20,5	21,2	21,2	140,5

Korridoren Platz gefunden hatten. Er sah jedes einzelne in naiver Bauernmalerei auf den Doppeltüren dieser Kästen ausgeführten Bilder — die biblischen Szenen in den Türfeldern und die von Engeln getragenen bauähnlichen Blumengirlanden auf den Türkreuzen. Er sah die gemalten Blumenlorbe auf den Seitenwänden dieser Kästen und sah die alten, schon teilweise grünspanigen Messingschlösser. Alles sah er. Jedes Stück einzeln.

Er sah es wieder vor sich, wie er es als Kind gesehen hatte. Mit stiller, ehrfürchtiger Bewunderung. Und er sah es, wie er später alles übernommen hatte, nach dem Tode des Vaters, mit dem Stolzen, erhabenden Gefühl des Besitzes. Er hing mit einer innigen und treuen Liebe an diesem Besitz. Ohne Selbstsucht. Mit einer Freude. Das alte Haus mit dem Geschäft war zu einem lebendigen Teil seines eigenen Ichs geworden. Und nun gab er es fort. Nun nahm er stumm und wortlos Abschied von einem Teil seines innersten Lebens.

Der Notar war mit dem Diktieren des Dokumentes zu Ende. Michael Senn atmete auf. Kerzengerade und ungebeugt war er dagestanden. Niemand konnte ihm vom Gesicht lesen, was in ihm vorging. Nur die tiefe Furcht auf der Stirn hatte sich noch tiefer eingeprägt.

Der Notar nahm nun das Schriftstück zur Hand und las es für sich sorgfältig durch, da und dort noch eine ge ringfügige Korrektur anbringend. Dann reichte er die Schrift Michael Senn, der sie gleichfalls durchlas, ab und zu stumm dabei nickend.

Geraume Zeit herrschte lautlose Stille in der Kanzlei. Franz und Lina hielten vor innerer Erregung fast den Atem an. Gespannt blickten sie beide auf den alten Senn.

Michael Senn hatte das Dokument durchgelesen und überreichte es nun wieder dem Notar. Der Schreiber war inzwischen aufgestanden und hatte sich in das Vorzimmer

wenden wir uns nun zur Viehzucht, so wurden im Deutschen Reich in den landwirtschaftlichen Betrieben gezählt:

	Rinder	Schweine	Schafe
1882	8 100 000	15 500 000	8 400 000
1895	8 700 000	17 100 000	12 600 000
1907	8 500 000	20 000 000	8 900 000

Man sieht also, daß die Zahl der Rinder und besonders die Schweine ganz beträchtlich zugenommen hat. Die Schafzahl freilich ist ebenso gewaltig zurückgegangen, was offenbar damit zusammenhängt, daß die Viehwirtschaft zugunsten des besser rentierenden Anbaues von Getreide, Kartoffeln usw. eingeschränkt worden ist.

Es darf jedoch in diesem Zusammenhange nicht unerwähnt bleiben, daß trotz dieser günstigen Ergebnisse zur Ernährung des deutschen Volkes immer noch die Einführung großer Mengen von Fleisch aus dem Auslande erforderlich war. So wurden z. B. 1900 trotz der in Deutschland geernteten rund 3 800 000 Tonnen Weizen, von denen nur 210 000 Tonnen ins Ausland gingen, noch 2 423 000 Tonnen aus dem Auslande dazu geliefert. Und von Gerste mußten die 3 500 000 Tonnen, die das Inland erntete, und von denen fast nichts ins Ausland ging, durch nicht weniger als 2 570 000 Tonnen ausländischer Gerste ergänzt werden. Nur die Einführung von Roggen ist 1900 infolge der günstigen Ernte merklich zurückgegangen und betrug nur noch 275 000 Tonnen neben den 11 800 000 Tonnen, die das Inland erntete.

Ost somit trotz verminderter Fläche die Produktivität der deutschen Landwirtschaft sowohl in Rübenbau wie in Viehzucht nicht unbeträchtlich gestiegen, so versteht es sich von selbst, daß die hierzu erforderliche intensivere Wirtschaft immer steigende Mengen von Futter in und Futtermittel in Verbrauch genommen. Diese müssen nun zum allergrößten Teil vom Auslande gekauft werden und hier zeigt sich, wie die hohen Zölle, die wir haben, einer rational betriebenen Landwirtschaft selbst hinderlich im Wege stehen. So ist z. B. der Bedarf an Chilesalpeter in den letzten 20 Jahren auf das Siebenfache gestiegen. Es wurden davon eingeschafft:

1880 für	17 100 000 M.
1890 . . .	55 100 000 "
1900 . . .	77 500 000 "
1905 . . .	110 900 000 "
1909 . . .	119 800 000 "

Die gesamte Einführung an künstlichen Düngemitteln betrug

1880 . . .	80 100 000 M.
1890 . . .	101 200 000 "
1900 . . .	112 800 000 "
1909 . . .	190 300 000 "

Davon wird freilich ein großer Teil wieder ausgeführt, aber es bleibt doch ein starker Überfluß der Einführung über die Ausfuhr übrig, der 1900 74 400 000 Mark betrug. Immerhin werden Düngemittel, z. B. KaliSalze, auch in erheblichen Masse im Auslande gewonnen. Dagegen kann der Bedarf an Viehfutter bei weitem nicht mehr im Inlande gedeckt werden. Im Jahre 1900 wurden Futtermittel (in der Hauptfache Mais, Delfuchen begogen und nur für 22 Millionen Mark ausgesetzt). Beschafft wir uns auf die genannten drei hauptsächlichsten Futtermittel, so betrug deren Einführung 1900 rund 310 Millionen Mark; dagegen 1880 nur 55 Millionen, 1890 erst 100%, 1900 257 Millionen. Unter Hinzurechnung sonstiger Viehfutters ergibt sich für 1900 eine Gesamtausgabe für Futtermittel von nicht weniger als 488 Millionen Mark.

So beweist auch die deutsche Landwirtschaft, und zwar gerade durch die erfreuliche Steigerung ihrer Produktivität, wie eindrucksvoll die verschiedenen Völker für ihre Ernährung aufeinander angewiesen sind und wie falsch es ist, den Verkehr zwischen ihnen durch hohe Zollschranken aufzuhalten.

Soziale Rundschau.

Konferenz der Gewerbegegenseitigkeit (Arbeitnehmer)

in Köln a. Rh., den 18. und 19. September 1910.

Tagesordnung: 1. Bericht der Zentralkommission; 2. Bericht der Ausschusmitglieder des Verbands; 3. Übersicht der Tätigkeit der Zentralkommission durch die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission; 4. Antrag von Gustav: Die Rechtsprechung über das Arbeitszeugnis; 5. Antrag Stettin: Die Aufrichtung gegen den Lohn, § 894 B. G.-B.; 6. Antrag von verschiedenen Gewerberichten: Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegegenseitigkeit, Bindungsvertrag für Unzuständigkeitserklärung; 7. Beratung eines Musterstatutes; 8. Verschlusssitzung von Sitzungen für die Zentralkommission und die Gewerbegegenseitigkeit; 9. Stellungnahme zur Tagesordnung des Verbandsstages; 10. Die Rechtsprechung an den Gewerbegegenseiten.

Die auf zwei Tage anberaumte Konferenz der Gewerbegegenseitigkeit wird Dienstag, den 18. September, vormittags 9 Uhr, im Gewerbeschulhaus, Severinststraße, in Köln a. Rh. eröffnet.

Im großen Saale des Volkshauses wird Montag, den 12. September, abends von 8 Uhr an, eine zwanglose Zusammenkunft der Delegierten stattfinden. Die Kölner Genossen werden in Verbindung damit einen Begrüßungsbau veranstalten. Die Delegierten werden gebeten, sich alle einzufinden.

entfernt. Der Notar legte die Urkunde auf die Platte des Schreibstisches und lud Michael Senn mit einer stummen Handbewegung ein, an dem Tisch Platz zu nehmen.

Schwer und wichtig sah sich der alte Mann. Franz und Lina hatten sich erhoben, waren nähergetreten und standen nun knapp hinter Michael Senn. Sie standen scheu und schüchtern, eng aneinander gedrückt, wie zwei arme Sündner.

Der Herr Notar Andreas Mahlsnecht reichte dem alten Senn eine Feder. „Darf ich um Ihre Unterschrift bitten —“ sagte er verbindlich.

Michael Senn hielt mit fester Hand die Feder. Einen Augenblick überlief ihn wieder das entsetzliche, beklemmende Angstgefühl. Eine jähre Blutwelle schoß ihm zum Gehirn. Die Buchstaben auf dem Papier vor ihm tanzten einen wilden Reigen . . . Mit unterschreiben! Mit unterschreiben! Tu's nit! . . . sauste es ihm in den Ohren.

Die kräftige Hand Michael Senns zitterte leicht, als er die Feder ins Tintenfahrt tauchte.

„Wo soll ich hinschreiben, Herr Notar?“ fragte er geschockt.

„Hier, wenn ich bitten darf —“ Der Notar wies ihm die Stelle mit dem Finger.

In einem Begleitschreiben wird u. a. noch gesagt, daß die gelben Vereine in Deutschland so wenig Fühlung untereinander haben, daß sie von ihrer Existenz nichts wissen. Die Verständigungskonferenz soll dem ein Ende machen und in gemeinsamer Beratung Klarheit über die Mittel bringen, die geeignet sind, die gelben Bestrebungen zu stärken und zu fördern. Für die Beratungen ist — ein ganzer Sonntag vormittag — in Aussicht genommen! „Eventuell“ nur soll Fortsetzung der Beratungen am Montag sein.

Und was steht nun hinter diesem Phrasenschwall, hinter dieser so gut gespielten moralischen Entrüstung?

— Das Unternehmertum und seine gefügigen Werkzeuge, die in den Werkvereinen, den vaterländischen, reichstreuen und sonstwie benannten „Arbeiter“vereinen die Strippenzieher sind. Wie sieht denn die Liste der Einberufer aus?

Unterzeichnet ist der Aufruf von folgenden Vereinen:

Arbeiterverein vom Fried, Krupp A. G., Grusonwerk, A. Wiedmann; Arbeiterverein der A. Wolfschen Werke, O. Hoffmeister; Arbeiterverein der Fabriken der Firma Schäffer u. Bubenberg, M. Grädel; Arbeiterverein der Maschinenfabrik Buckau A. G., Fr. Willkorn; Arbeiterverein der Firma Otto Gruson u. Co.; Verband reichstreuer Arbeiter Magdeburg, G. Brüggemann; Nationaler Arbeiterverein Magdeburg-Cracau, Herd, Wendt; Vaterländischer Arbeiterverein Salbke und Umgegend; Evangelischer Arbeiterverein Magdeburg, Fr. Siems; Evangelischer Arbeiterverein Magdeburg-Buckau, W. Schrader; Bund deutscher Bäcker und Konditorengehilfen (Ortsgr. Magdeburg), A. Schwer; Verein Bäckergesellen-Vereinschaft Magdeburg, G. Becker; Ortsgruppe der verein. Fachvereine des Gastwirtschaftsverbes, Magdeburg.

Und das geistige Haupt all dieser famosen „Arbeiter“vereine, der Inspirator all der schönen Entrüstung über Terror, Gewalttätigkeit, Hinterlist der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie? — Es ist der Lebius, der zweifellos ehrenwerteste Journalist, der gegenwärtig eine Feder führt, der die unbestritten Berechtigte, in moralischer Entrüstung seine gelben Truppen gegen die verwahrloste Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu führen. Es ist der Lebius, der nach eignem Geständnis seine Feder und seine Veredsamkeit darum verlässt, der sie ihm am besten bezahlt, der dem Grundsatz huldigt: Wer am meisten zahlt, hat mich! — Doch lassen wir den ehrenwerten Herrn selbst reden. In einem gegenwärtig schwelenden Prozeß des Schriftstellers Karl May in Dresden-Nadebeul gegen Lebius, ist eine Schrift an die Berufungsinstanz erschienen, in der auf Seite 5 dargelegt wird, wie Lebius bei einem Besuch von May Geld zu schenken, seine „verborgenen Geschäft- und Lebensgrundzüge“ ausgeplaudert habe in der Hoffnung, May für seine Pläne zu gewinnen. May gibt in dieser Schrift nur die drei wichtigsten der Lebius-Schönfächer wieder, die aber vollständig genügen, um den ehrenwerten Herrn in voller Glorie estrahlen zu lassen. Sie lauten:

1. Wir Redakteure und Journalisten haben gewöhnlich kein Geld. Darum dürfen wir uns auch keine eigene Meinung gestatten. Wir wollen leben. Darum verkaufen wir uns. Wer am meisten zahlt, der hat uns!

2. Jeder Mensch hat dunkle Punkte in seinem Charakter und in seinem Leben. Auch jeder Arbeitgeber, jeder Beamte, jeder Politist, jeder Richter oder Staatsanwalt hat solches Vergangenheit in seinem Leben. Das muß man klug und heimlich an erfahren suchen. Keine Weise darf dabei verbrechen. Und ist es erforscht, so hat man gewonnenes Spiel. Man bringt in seinem Blatte eine Bemerkung, die dem Betreffenden sagt, daß man alles weiß, doch so, daß er nicht verklagen kann. Dann hat man ihn in der Hand und kann mit ihm machen, was man will. Es gibt kein Bei. In dieser Weise habe ich meinen Feinden schon außerordentlich viel genützt!

3. Die Menschen zerfallen in sozialer Beziehung in Schafe und Wölfe, in Herren und Knechte, in Gebietende und Gejagte. Wer aufstehen will, Herrenmensch zu sein, der hat das Herzengewissen beseitzen zu legen. Wenn er das tut, dann laufen alle, die dieses Gewissen noch mit sich schleppen, hinter ihm her. Es ist ganz gleich, zu welcher Herde er gehörte will. Er kann von einer zur andern übertreten, kann wechseln. Das schadet ihm nichts. Nur hat er dafür zu sorgen, daß es mit der nötigen Wärme und Überzeugung geschieht, denn das begleitet. Lassen ihm die Sozialdemokratien nicht nach, so laufen ihm die andern nach!

Das ist der Lebius, der ehrenwerte Herr Lebius, gegenwärtig von Unternehmer Gnaden geistiges Oberhaupt der gelben Organisationen, der charakterlosen Gebilde, die je den Namen Arbeiter geschändet haben. Und diese Sorte macht in Entrüstung über die Sozialdemokratie, über die freien Gewerkschaften, die in mühseliger Auflösungsarbeit und in aufreibendem, fähen Kampfe die Lage der Arbeiterschaft zu heben suchen und anerkanntermaßen auch allein zu heben in stande sind. Man kann da nur einen Wort anwenden, das die hier aufzutretende moralische Verlumptheit schlagend trifft: Morast!

Leipzig und Umgebung.

Zur Sperrre des Metallindustriellen-Arbeitsnachweises.

Die Leiter saßen in ihrer Versammlung am 16. August zur Sperrre des Arbeitsnachweises des Metallindustriellen-Verbandes folgenden Besluß:

Die versammelten Leiter erklären, daß auch sie die Beschlüsse der Metallarbeiter, während der Sperrre des Arbeitsnachweises des Metallindustriellen-Verbandes nicht zu benutzen, für sich als bindend anerkennen und danach handeln werden. Soweit Leiter in Frage kommen, sind diese nach Möglichkeit zu vermeiden. Sollten jedoch in besonderen Fällen solche von den Unternehmern verlangt werden, so sind diese Fälle sofort in unserem Verbandsbüro zu melden.

In der Diskussion wurde ganz besonders bedauert, daß bei solchen Aktionen nicht von vornherein eine Verständigung der in Frage kommenden Verbände durch den Metallarbeiterverband gesucht resp. veranlaßt wird.

Zur Lohnbewegung der Leipziger Straßenbahner.

Die Angestellten der Großen Leipziger Straßenbahn beschäftigten sich in der Nacht vom 17. zum 18. August in zwei sehr stark besetzten Versammlungen im Sanssouci mit dem Stande ihrer Lohnbewegung. Der Referent, Kollege Rathmann,ührte ungefähr folgendes aus:

Nicht das erstmal sei es, daß sich die Straßenbahner mit ihrer in Leipzig besonders schlechten Lage beschäftigten. Nach-

dem sich jetzt die Angestellten fast vollständig dem Verbande angeschlossen haben, hat die Direktion die schlechte Lage des Personals sofort erkannt und schon einiges bewilligt. Sie hat jetzt einen Vertrauensmännerystem geschaffen, das aber keinen befriedigen Wert habe, da ja den in den Kommissionen stehenden Kollegen keine Garantie für ihre Stellung bei ihrem unparteiischen Handeln geboten sei.

Was nun die Bewilligungen anbetreffe, so sei zu bemerken, daß diese auf dem Papiere wohl ganz schön aussehen, in Wirklichkeit aber so gut wie gar nichts ausmachen. Der Redner streifte dann die Verhältnisse in Berlin, wo das Vertrauensmännerystem ebenfalls zugrunde gegangen sei und die Bewegung durch die Laiheit der Kollegen im Sande verlaufen müsse.

Der beste Beweis, wessen eine stramme Organisation fähig sei, sei ja der, daß die Direktion die versprochene Lohn erhöhung statt wie erst angegeben am 1. Januar 1911 schon am 1. Oktober 1910 in Kraft treten lassen wolle.

Wenn man sich nun die Lohnzulagen betrachte, so müsse man feststellen, daß der Ansangsgehalt der Kollegen noch nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn erreiche. Vergleiche man nun mit diesen Zahlen die hohen Dividenden und Renten, so müsse man ohne weiteres behaupten, daß die Direktion auch nicht einen Schlummer Ahnung habe, wie es in dem Haushalte eines Straßenbahners ausgehe.

Derkt aufzufreisen sei aber die Begründung, die die Direktion ihrer sogenannten Lohn erhöhung vorausstellt und in der sie erklärt, daß alle Lebensmittel, außer Fleisch, im Preise gesunken seien. Es zeigt dies eine totale Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und habe wohl seinen Ursprung darin, daß der Herr Direktor, Oberst Baumann, auf Grund seiner militärischen Tätigkeit keine Zeit gehabt habe, sich um volkswirtschaftliche Fragen zu kümmern.

Die Vertrauensmänner haben im großen und ganzen ihre Schuldigkeit getan; sie genten das Vertrauen sämtlicher Angestellten. Weiter führt der Redner aus, daß auf diese Weise nichts zu erreichen sei, und daß die weiteren Schritte die Verbandsleitung unternehmen wolle. Ebenso müsse auch der Zeitpunkt, an welchem der eigentliche Kampf beginnen soll, in die Hände der Verbandsleitung gelegt werden.

Der Referent kam noch auf ein Blatt des christlichen Verbandes zu sprechen. Diese Gesellschaft suche auch in dieser Situation im Trab zu fischen. Kollege Rathmann führte an der Hand von einwandfreiem Material aus, auf welche Art und Weise diese sich arbeiterfreundliche Organisationen nennenden Gruppen bewegen.

Zum Schluß seiner Ausführungen erwähnte der Redner noch die günstig verlaufenden Lohnbewegungen in Hamburg und Danau und ersucht um einstimmige Annahme der eingegangenen Resolution:

Die heute am 17. August er. im Lokal „Sanssouci“ versammelten Angestellten der Großen Leipziger Straßenbahn erklären, daß die gegenwärtigen Lohnverhältnisse für das Personal völlig ungünstig sind, was auch der Direktion nicht unbekannt sein kann. Sie bedauern daher daß recht mangelhafte Entgegenkommen der Direktion auf die durch die Vertrauensmänner vorgebrachten Wünsche.

Des ssernen protestieren die Versammelten gegen die Beschränkung des Koalitionsrechtes, die dadurch herbeigeführt wird, daß die Direktion fordert, die notwendigen Betriebsversammlungen in den Bahnhöfen abzuhalten und diese Versammlungen noch extra zu bewachen läßt.

Durch dieses Verhalten der Direktion erkennen die Versammelten, daß durch die Vertrauensmänner ihre berechtigten Wünsche auf Belegung der Wonne, Dienstzeit und Koalitionsfreiheit nicht erledigt werden können.

Zudem die Versammelten ihren Vertrauensmännern den Dank für die bisherige Tätigkeit auszusprechen, erfüllen sie anderseits die Verbandsleitung, nunmehr die weiteren Schritte zur Regelung der genannten Angelegenheiten vorzubereiten. Die Versammelten sprechen der Verbandsleitung ihr volles Vertrauen aus und verpflichten sich, sobald der Ruf an sie ergibt, in den Kampf einzutreten.

Die Anwesenden sind bewußt, daß der eventuelle Kampf nur gewonnen werden kann, wenn die gesamten Angestellten ihre Einigkeit durch die Erwerbung der Mitgliedschaft im Transportarbeiterverband dokumentiert haben. Sie verpflichten sich daher, daß Sorge zu tragen, daß in allerdringlicher Zeit die noch absitzstehenden Kollegen dem Verband zugeschafft werden. Weiter bitten die Angestellten bei dem eventuellen Kampf um die Unterstützung der Bürgerschaft von Leipzig und Umgegend und insbesondere um die Solidarität der organisierten Arbeiter.

In der hier anstehenden Diskussion sprachen sich sämtliche Herren in dem Sinne des Referenten aus. Sie verlangten ebenfalls einstimmige Annahme der Resolution und erachteten die Zeitung des Verbandes um die nun zu ergreifenden Maßregeln.

Nachdem die Resolution einstimmig angenommen worden war und der Vorsitzende, Kollege Sängerlaub, die Versammelten erachtete hatte, auch noch den legitimen Mann zur Organisation heranzuholen, wurden die imposanten Versammlungen mit einem begeisterten Hoch auf die Bewegung geschlossen.

Zur Lohnbewegung der Töpfer.

Auf die völlige Ablehnung aller unserer Forderungen durch die Töpferzweigorganisation beschlossen die Töpfer in einer öffentlichen Versammlung mit 100 gegen 6 Stimmen den Streik. In einer vor 14 Tagen stattgefundenen gemeinschaftlichen Kommissionssitzung waren die Unternehmer noch bereit, auf glatte Ober-Prozent zu bewilligen. In der letzten Innungsversammlung waren jedoch — ob eingeladen oder nicht, wissen wir nicht — einige Herren des Bauarbeiterverbundes erschienen. Unter ihnen soll auch der durch den Bauarbeiterausperrung berührt gewordene Herr Alegierungsbaumeister Ente gewesen sein. Diese Herren sollen nun unseren Unternehmern gewaltig das Misstrauen gezeigt haben. Es soll ihnen sogar angedroht worden sein, daß, wenn sie nur im gerügtesten Zustand erscheinen würden, daß Sorge getragen würde, daß die Dampfheizung dem bauenden Publikum nach Möglichkeit anempfohlen und zur Einführung gelangen sollte. Und ist die Fürsorge um das Wohl unserer kleinen Töpfermeister nicht recht begreiflich und wir vermuten, daß hinter dem Vorgehen dieser Herren alles andere liegt als Fürsorge. Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß die Herren einen Bauarbeiterstreik freiwillig haben, weil sie Verträge auf Fertigstellung von Bauten abgeschlossen haben, die wegen der hinausgezögerten Ausperrung nicht eingehalten werden können. Dies wird namentlich bei den Bauten der Gemeinnützigen Baugesellschaft in Schmöckwitz, die teilweise zum 1. Oktober vermietet sind, auftreten. Und kann es ja schließlich gleichzeitig sein, wenn sich unsere Unternehmer als Mittel zum Zweck gebrauchen lassen.

Aus der vorgenommenen Bautenkontrolle ist zu erkennen, daß sehr viele Bauten soweit vorgeschritten sind, daß sie von uns in Angriff genommen werden können und müssen. Außerdem liegen viele Arbeitsangebote nach auswärts vor, so daß ein großer Teil, auch verheiratete Kollegen, abreisen kann. Bei der Bautenkontrolle wurden 184 Kollegen angetroffen, gegen 50 Kollegen waren in Privat beschäftigt; daraus ist zu erkennen, daß die Kollegen ziemlich vollständig in der Versammlung anwesend waren.

Die Streitleitung.

Der Streik der Modelltschler der Firma A. Krause in P.-Anger dauert unverändert fort. Zu den den Modelltschlern gezählten horrenden Stundenlöhnen ist noch zu bemerken, daß diese Höhe von 28, 38, 39, 43 und 45 Pf. erst durch eine Zulage von 1 Pf., die im Frühjahr gewährt wurde, erreicht wurde. Bei den legitimen Verhandlungen mit den Modelltschlern bedauerte

die Firma sehr lebhaft, daß sie den Arbeitern diese „Lohnzulage“ gewährt habe, weil die Arbeiter es jetzt wagten, noch mehr zu fordern.

Arbeitswillige haben sich bisher noch nicht gefunden, so daß die Modelltschler völlig stillsteht. Die Firma versucht nun mehr, die noch im Betriebe tätigen Fabriktschler zu Streikarbeiten heranzuziehen. Diese Arbeiter haben es jedoch bisher abgelehnt, sich zum Verräter an den Interessen ihrer Mitarbeiter zu machen, und da in diesen Fällen den Betreffenden andere Arbeiten nicht mehr gegeben wurden, sind diese entlassen worden. Durch diese Vorgänge sind nunmehr auch die Fabriktschler mit in die Bewegung hineingezogen worden und es wird erwartet, jedes Arbeitsangebot auch dieser Branche in der Firma Krause abzulehnen.

Die Firma ist jetzt bestrebt, Arbeitswillige durch Annoncen anzuwerben; es wird jedoch erwartet, daß Modell- und Fabriktschler diese Firma so lange meiden, bis diese die beschlebenden Forderungen der Arbeiter anerkannt hat.

Geschäftsstelle des Holzarbeiterverbandes Leipzig.

Deutsches Reich.

Der Kampf auf den Schiffswerften.

Die Situation hat sich nur wenig geändert. Die Streikenden und Ausgesperrten unterziehen sich willig den ihnen überwiesenen Aufgaben, und die Organisationen sorgen für die materielle Sicherstellung der Existenz ihrer Mitglieder und deren Angehörigen.

Ob die Fertigstellung der nunmehr brachliegenden Schiffsbauten durch Streikbrecher möglich sein wird, ist noch sehr fraglich. — Erneute Mahnwache einiger Bürgerlicher Blätter und und Sozialpolitiker an die Adresse der Regierung und an Männer von „grohem Einfluß“, doch ja recht bald Frieden zu stiften, machen anscheinend nicht den gewünschten Eindruck.

Wie empfindlich sich der Streik der Hamburger Werftarbeiter bemerkbar macht, ist aus den sich jetzt häufenden Nachrichten zu erkennen, die Schiffe, die früher stets in Hamburg ihre notwendigen Reparaturen vornahmen, nunmehr das Ausland zu diesem Zwecke aufsuchen müssen. Außer dem Dampfer Helios, der schon in der vorigen Woche nach Shields ging, um dort repariert zu werden, geht nunmehr auch der Dampfer Geestemünde wegen Bodenschadens nach England. Der in Kopenhagen durch Feuer schwer beschädigte Dampfer Standard soll dort bleiben, um gleich an Ort und Stelle die nötigen Reparaturen vorzunehmen. Alle drei Schiffe gehören der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft an.

Wie bei allen großen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit zeigt sich auch bei der Werstarbeiterbewegung die Solidarität der übrigen Arbeiterchaft. Die Verwaltungsstelle Hamburg des Zentralverbandes der Schmiede nahm zum Streik der Werstarbeiter Stellung. Zur Behandlung stand die Erhebung eines Extrabeitrages, um die streikenden und ausgesperrten Werstarbeiter recht tatkräftig unterstützen zu können. — Einstimig war man der Meinung, daß den Kollegen auf den Werften alle Sympathie zugewendet werden müsse. — Anträge, die wöchentliche Extrabeiträge bis zur Höhe von 2 Mk. wünschten, fanden keine Annahme. Beschlossen wurde, vorläufig auf die Dauer von 6 Wochen einen wöchentlichen Extrabeitrag von 1 Mk. zu erheben.

Eine Sympathieresolution.

London, 17. August. Das parlamentarische Comitee der Trade-Unions hat eine Sonderstiftung abgehalten, um zur Bewegung der deutschen Werstarbeiter Stellung zu nehmen. Zu einer Resolution wurde den deutschen Werstarbeitern die Sympathie der Versammelten zum Ausdruck gebracht. Die Bedingungen, gegen welche die Deutschen im Kampfe begriffen sind, stellen eine Bedrohung gegen die englischen Arbeiter dar. In alle Mitglieder der Trade-Unions sei eine Mahnung zu richten, den deutschen Werstarbeitern jede offizielle und sonstige Hilfe zu zuteilen werden zu lassen.

Wie die Frauen die Ausbeutung verstehen.

Die französische Zeitschrift „Véto“ veröffentlicht eine Offerte, die ein erschreckendes Bild von den Zuständen gibt, die in so manchen „frümmen“ Anstalten herrschen. Es heißt da:

„Mein Herr! Wir beehren uns, Ihnen die Erfahrung von Frauen anzubieten, der von den gereinigten Händen reiner Mädchens in unserem Heim von X. hergestellt wird. Die auf ihr äußerstes Minimum herabgesetzten Arbeitslöhne gestatten uns, die erste Qualität zum Preis von ... die zweite Qualität zum Preis von ... zu liefern. Jeder Käufer von 20 Alto auf einmal hat das Recht auf eine Totenmesse, die ich in der Kapelle der Anstalt zelebrieren lasse. Privatleute, die sich auf Einzelbestellung beschränken, erhalten mit jedem Käse einen Gebetson. Wenn sie fünf solcher Böns zusammen haben, so brauchen sie sich nur an einer Octonot zu wenden, um einen Westen zu erhalten. Da unsere Käse innerhalb des Heims von Frauen hergestellt werden, die an die äußerste Sauberkeit gewöhnt sind, so sind sie von unvergleichlicher Güte. Sie kosten, heißt mehr davon bestellen! Man zieht die Bestellungen, begleitet von einem Postmandat, an den Abbé V., den Direktor des Heims für reinige Mädchens.“

Die auf ihr äußerstes Minimum herabgesetzten Arbeitslöhne gestatten also den frömmen Wohltätern reiniger Mädchens, ihren vortrefflichen Käse zu billigen Preisen abzugeben und dabei religiöse Zeremonien, die sonst bekanntlich teures Geld kosten, noch gratis zuzugeben. Sie konkurrieren damit andere Geschäfte aus dem Felde und nehmen den bei diesen beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen das Brot weg. Wenn dann die legitimen von der Not getrieben sich schließlich der Prostitution in die Arme werfen, dann haben sie doch wenigstens die Anwartschaft auf das Heim reiniger Mädchens, in dem sie dann, diesmal mit gereinigten Händen, wieder Käse herstellen können, bei Löhnern, die eben die Existenz fristen lassen. Und das alles zur höheren Ehre Gottes.“

Abwehrstreik der Stoffwaren in Chemnitz. Nach kaum 14-tägigem Friedensschluß ist es in Chemnitz zu neuen Differenzen gekommen, welche die Stoffwaren von Chemnitz aus neue in den Abwehrstreik zu treten. Zugang von Stoffwaren und Nahrungsgegenständen ist deshalb von dort fernzuhalten. Galle also keiner auf Annoncen bürgerlicher Blätter herein.

Niedersachsen.

Nelne Metallarbeiter nach Italien!

Das internationale Gewerkschaftssekretariat erläßt eine dringende Warnung für Metallarbeiter vor Zugang nach Piombino in der Provinz Pisa in Italien. Dort sind 2000 Eisenhüttenarbeiter seit dem 24. Juli ausgesperrt, weil sie Lohn erhöhung verlangten. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, Streikbrecher aus dem Auslande, speziell aus Deutschland, zu importieren.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herr in Leipzig.

Berantwortlich für den Justizteil:

Friedrich Villert in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leip

Druckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen

Umfändl. findet unsre Mitglieder-Versammlung nicht Sonnabend, sondern Montag, den 22. August, 15585] Zu jährlichem Besuch lädt ein J. A. Schulze.

N.B. Ausschneiden zum Zirkulieren.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig.

Sonnabend, den 20. August, von abends 8 Uhr an im Felsenkeller, L.-Plagwitz Unterhaltungsabend mit Sommernachts-Ball und Tombola.

Mitwirrende:

Sänger-Chor, L.-West, Freie Turner, L.-West, Freie Musiker-Vereinigung, Dir.: G. Schütze.

Eintrittskarten (im Vorverkauf 20 Pf.) bei: Münster; Kamerun, Nonnenstraße; Glashäusler, zwei Linden, Krüppel, Zigarrengefäß, Ischöchersche Str.; Filiale Volkszeitung, Lützner Str.; Turnhalle, Lindenau. An der Kasse 25 Pf.

Hierzu lädt ein [15589*] Der Vorstand.

Glaser Deffentl. Versammlung im Volkshaus, Mittelsaal.

Tagesordnung: 1. Was lehrt uns die leite Bauarbeiter-Aussperrung. 2. Tarifabschluß der Unternehmer.

Erscheinen aller in Glaserien beschäftigten Arbeiter ist Pflicht.

[15580] Der Vorstand.

Konsumverein für Liebertwolkwitz u. Umg.

(Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.)

Sonnabend, den 20. August, nachmittags 14 Uhr

General-Versammlung im Gasthof zum schwarzen Ross, Liebertwolkwitz

Tagesordnung: 1. Geschäft- und Kassenbericht, Sitzungssprechung derselben und Beschlussfassung über den Gewinnverteilungsplan. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Wohl eines Ausschusses-Mitgliedes sowie eines Stellvertreters. 4. Anträge der Mitglieder nach § 18 des Statuts. 5. Verschiedenes.

Anträge der Mitglieder sind bis 24. August schriftlich einzureichen. Ohne Legitimationsskarte kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet [15588*]

Der Vorstand.

Karl Haferton, Ernst Börner, M. Martin.

Zentralverband der Asphaltteure u. Pappdecker.

Sonnabend, den 20. August

Sommer-Vergnügen

im Etablissement Pantheon, Dresdner Straße unter Mitwirkung der beliebten Meysel-Sänger und des 1. Ostvorstadtischen Bandoneon-Klubs.

Aufgang 8 Uhr. Tombola. Eintritt 20 Pf.

Es lädt freundlich ein [15582] Der Vorstand.

Grüne Schänke L.-Anger. Telefon 3945.

Morgen Freitag

Grosser Elite-Abend der berühmten Krystallpalast-Sänger.

Erste größte Herren-Gesellschaft Leipzigs. Hierauf: Grosser Sommernachts-Ball.

Jeden Sonnabend: Grosser Skat-Abend. Gäste willkommen! Hochachtungsvoll Karl Jacob. [15514]

Gasthof Neustadt Goldner Saal

Morgen Freitag, abends 8 Uhr

Grosser Willy Wolf-Abend

unter persnl. Direktion des Hrn. Kapellmeister W. Wolf.

— Herrlichste Garten-Illumination. —

Hierauf: Feinster Freitagsball Leipzigs.

— Schneidigster Verkehr. —

Goldner Helm, Eutritzsch. Morgen Freitag

Gr. humoristisches Konzert des beliebten Waldow-Ensembles.

Nachdem: Feiner Ball. Feier Abend.

Es lädt freundlich ein [15508]



Westendhallen, Plagwitz Morgen Freitag

Grosser humoristischer Abend

der überall mit Erfolg aufstrebenden Weihmann-Sänger.

Nachdem: Feiner Ball. 11 Uhr: Rosenwalzer.

Jeder Sänger erhält eine prächtige Blumenstrauß gratis.

Aufgang 8 Uhr. [15586] Gustav Büttner.



Turnerabteilung d'Ortsvereins Thonberg-Neureudnitz

Sonntag, den 21. August

Schauturnen

verbunden mit Festzug und BALL im Gasthof Thonberg, Reitzenhainer Straße. Vormittags 8 Uhr: Wettspiele im Riebecks Teich. Nachmittags 1/2 Uhr: Festzug durch Stötteritzer und Reitzenhainer Straße. Darauf folgend: Turnerische Aufführungen, allerlei Belustigungen und BALL.

PROGRAMME:
im Vorverkauf 15,-
an der Kasse 20,-



Hierzu laden wir alle Freunde d. Turnerschaft ein. Der Turnrat.

Pantheon

Dresdner Straße 20
Morgen Freitag, abends 8 Uhr
Gross. intimer Ball bis 1 Uhr.
Neues Orchester.
Neueste Tänze. Erstklassige Kapellen.

Thüringer Hof L.-Volkmarsdorf

Elisabethstraße 13
Jeden Sonntag und Montag: BALL.
Verkehrskino des Ortsvereins L.-Ost und der Arbeiter-Radfahrer L.-Volkmarsdorf.
Neues Parkett. [4207*] Fritz Kassler.

Wer in Leipzig will was sehen,
Muß nach Café Reichspost gehen.
Rudolf Palm, Brühl 33.
Ausdruck von Lager-, Pilsner und Münchner Bier.
Warme Speisen zu günstigen Preisen.
Tag und Nacht geöffnet. [3070*] Tag und Nacht geöffnet.

Talquelle, Talstraße 18.

Freundliches, neu renoviertes Arbeiter-Verkehrslokal. Tägliche Unterhaltungsmusik. Speisen u. Getränke in bekannter Güte. Freundlichst lädt ein [15008*] H. Schürrmann.

Zur Quetsche Frankfurter Str. 27.

Empfehle meine freundl. Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer. Kräftiger Mittagstisch. Gut gepflegte Biere.

Frankfurter Str. 27. * Hochachtungsvoll Franz Geissler.

Max Haufe's Gast- u. Logierhaus 43 Seeburgstraße 43.

Empfehle meine freundl. Lokalitäten. Gute Saub. Übernacht. ff. Biere. Kräftiges Mittagstisch. Verkehrslokal der Tischler, Achtungsvoll D.O.

Liebmans Restaurant u. Frühstücksstube 20 Gerichtsweg 20.

Inhaber: Max Kluge

Treffpunkt aller Bandsleute von Düben, Eilenburg, Pretzsch, Torgau u. Umg. 2 Min. v. Eisenburger Bahnhof. — Vorzügliche Biere. ff. Hof-Bräu, Bamberg, 20 Pf. — Kräft. Mittagstisch. Gutes Billard. Sonnabend: Schweißknöchen. Achtungsvoll D. O.



Unübertroffen an Heizkraft und sparsamen Gebrauch!

Kein Rauch! Kein Geruch!
Wenig Russ! Wenig Asche!

Zu haben in den meisten Kohlenhandlungen

Kohlgarten

Weldmannstraße 14

20581 Fernspr. 11012.

Empfehle meine freundlichen Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer, Garten, Saal, Regelbahnhof, gut gepflegte Biere, Rittergutsgasse. Ergebenst Paul Bayforth.

Neue Bewirtschaftung.

Restaurant

Neue Bewirtschaftung.

zur Wilhelmshöhe

L.-Volkmarsdorf, Zollkofferstraße 1.

Bringe meine freundlichen Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer in empfehlende Erinnerung. ff. Speisen u. Getränke. 15507] Achtungsvoll Max Werner.

Formerheim

Restaurant Lindenau, Kanzlerstr. 40.

Empfehle mein freundl. Lokal zur gesl. Benutzung. Speisen und Getränke hochfein. — Freitag und Sonnabend. Schweißknöchen. — Sonnabend von 10 Uhr abends an Speckkuchen. Hochachtungsvoll Oskar Schmidt. *

Gambrinus Lindenau

Odermannstraße 12

Bringe meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. — Freitags und Sonnabends Schweißknöchen. Ch. Wawrzinek.

Lindenau

Zum braunen Ross, Rossmarktstr. 23.

Empfehle meine freundlichen Lokalitäten. Jeden Morgen warmes Fleisch. — Hochachtungsvoll Adolf Sachse.

Etablissement Frosch-Burg

Großschocher, Mittelstr. 33

Restaurant, Obstweinschänke und Kaffeegarten empfiehlt seinen herrlich gelegenen Garten, großen Gesellschaftssaal und Kolonaden zur gefälligen Benutzung. Speisen und Getränke in vorzüglicher Güte. — Morgen Freitag [15539]

Schlachtfest u. Riesenbratwurst-Schmaus

verbunden mit musikalischer Unterhaltung.

Es lädt ein Der Frosch-Wirt.

Burgkeller L.-Plagwitz

Zschochersche Str. 77

hält seine Lokalität bestens empf. Gesellschaftsz. frei. P. Lehmann.

Vorzugsmilch

vom Rittergut Großhermsdorf

Mehrfach prämiert Betrieb unter Ratskontrolle

Depot: Franz Breitschuh

Dresdner Str. 7 Fernsprecher 8096.

Oelfarben

jeder Art sowie Fußboden-Ladfarben

Karl Stuck Nachf., Peterssteinweg 7

gegenüber dem Königlichen Amtsgericht. [2810*]

Eine gute Zigarre

kaufen Sie bei Curt Kaestner,

L.-Co., Pegauer Str. 24. [v]

Neue Voll-Heringe

Die von mir seit Jahren eingeführten delikaten Vollheringe sind wieder eingetroffen.

4 Stück 20,-

10 " 48,-

50 " 230,-

100 " 450,-

ff. Neues Sauerkraut

a Pfund 6,-, 10 Pfund 55,-

ff. Rollmöpse 1/2 Doz ca. 42 Gr. 100,-

Geleehering 1/2 Doz 5,-

Russ. Sardinen 1/2 Doz ca. 8 Pf. 125,-

Olsardinen 1/2 Doz ca. 44 Gr. 200,-

ff. Sardellen 1/2 Pf. 30,-

ff. Kapern Pf. 120,-, 1/2 Pf. 30,-

Lechte Querfurter Do. 40 Pf. 200,-

Brühwürstchen 70,-

Prompt Versand n. auswärt.

Eugen Spott

Windmühlenstr. 24. Tel. 4498.

viß-a-viß Kurzpreisstraße.

Kauf Briketts bei

Benno Grimm

Tauchaer Strasse 41.

Politische Uebersicht.

Der Frosch-Mäusekrieg geht weiter.

Die Kanonade, die unlängst vom Hansabunde gegen den Bund der Landwirte abgefeuert wurde, hat dort, wie es scheint, arge Verwüstungen angerichtet. Besonders die Drohung, gegen boykottierende Landbündler gerichtlich vorgehen zu wollen, hat große Beunruhigung hervorgerufen. Erst jetzt hat sich der Bundesvorstand so weit erholt, daß er folgende herzlich schwache Erklärung loslassen kann:

Der Hansabund veröffentlichte kürzlich in längeren Ausführungen, daß er mit allen gesetzlichen Mitteln gegen die angeblich vom Bunde der Landwirte oder von einzelnen Mitgliedern desselben begangenen oder verüchten Boykotts vorzugehen gewillt sei, und daß er seine Freunde und Mitglieder bitte, ihm Material zur Verfassung zu stellen, auf Grund dessen er dann die in Aussicht gestellten Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen gedachte.

Dieses Vorgehen des Hansabundes enthält eine bis dahin im politischen Leben völlig ungewöhnliche Drohung, die den Anschein erwecken soll, als ob durch den Bunde der Landwirte gefährdige Handlungen begangen worden seien. In der Erklärung des Hansabundes tritt die Absicht der einseitigen politischen Bekämpfung des Bundes der Landwirte scharf hervor. Unter Entstehung von angeblichen Vorwürfen wird dem Bunde der Landwirte etwas angedichtet, wozu von den leitenden Organen des Bundes niemals in irgendeiner Aufführung aufgefordert worden ist. Die Geißelgkeit gegen den Bunde der Landwirte ist um so stinksäuerlich, als der Hansabund es unterläßt, gegen den Boykott da einzutreten, wo er in einer tatsächlich gefahrvollen Weise in Wirklichkeit gelbt wird: nämlich seitens der Sozialdemokratie.

Wir bitten nun unsere Mitglieder, uns ihrerseits mitzuteilen, wenn der Hansabund sie in irgendeiner Weise seinen Androhungen entsprechend zu belangen sucht. Wir werden unsre Mitglieder, in der sicherer Überzeugung, daß ungesehliche Handlungen nicht begangen worden sind, selbstverständlich vertreten.

Die Erklärung des Bundesvorstands wirkt um so komischer, als sie just in der Deutschen Tageszeitung erscheint, dem einzigen bürgerlichen Blatt, das ehrlich genug war, der wirtschaftlichen Bekämpfung politischer Gegner nichts offen das Wort zu reden. Schrieb sie doch das eine Mal:

Wenn Landwirte es vermöden, einen Geschäftsmann zu unterstellen, der programmatic und agitatorisch den Bunde der Landwirte bekämpft, so ist das nur eine verständliche und selbstverständliche Maßregel der Abwehr oder der Notwehr.

Und ein andermal:

Wenn nun die Landleute ihre Rundschau solchen hansabundischen Firmen aufzagen und entziehen und diesen nicht mehr wirtschaftlich fördern wollen, die sich zum politischen Gegner schlagen und damit an ihrem (der Landleute) wirtschaftlichen Nutzen mithelfen; wenn die Landwirte dann lieber zu Geschäftsmännern gehen, die verständnis für den Landwirt und seine Lebendinteressen haben, so kann man ihnen das wahrlich nicht verdenken. Ja, wenn sie anders handeln, würde man ihnen das als Torheit und Schlappheit anrechnen können.

Was es jedoch erst als "verständliche und selbstverständliche Maßregel" bezeichnet, deren Unterlassung eine Torheit und Schlappheit sein würde, muß jetzt das tüchtige Blatt auf Befehl des Bundesvorstands mit den dramatischen Gebäuden gutgemeinter Entrüstung von sich weisen.

Die Bündler charakterisieren sich durch diesen vorsichtigsten Ullas ihres Vorstands als eine Gesellschaft, die ebenso brutal wie feige ist.

Deutsches Reich.

Der nationalliberale Wetterhahn.

Die Kölner Zeitung, die noch bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage in Preußen in gottesämmertlicher Weise schwankte und nicht wußte, ob sie sich nach links oder nach rechts drehen sollte, will es jetzt mal wieder mit einer Drehung nach links versuchen. Der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes sowie die andauernden sozialdemokratischen Nachwahlsiege haben dem Platze schwere Sorgen gemacht. Es schreibt:

Die nationalliberalen Organisationen müssen in allen Wahlkreisen Deutschlands dafür sorgen, daß der Parteitag in Kassel volle Klarheit darüber bringt, daß die Nationalliberale Partei entschlossen ist, jede Reaktion aus entschiedenste zu bekämpfen und irgendwelche reaktionäre Streiche des schwarzblauen Blots scharf abzuweisen, und daß unablässig durch Aufklärung in der Presse und durch das persönliche Wort über das nationalliberale Programm die Nichtwähler herangeholt und die sozialdemokratischen Wähler wieder auf den Weg der nützlichen Arbeit zurückgebracht werden.

Glaubt das Blatt wirklich, daß diese armselige Drehscheibenpolitik irgendwo noch Eindruck machen wird? — Die Wendung von den Wählern bezeugt zu deutlich, daß es ihm nur darauf ankommt, diese Wähler durch radikale Redensarten ebenso wie bei den letzten Reichstagswahlen einzuseifen und sie nachher ebenso zu — betrügen.

Kost in Tränen.

Der Eindruck der Dreiviertel Million organisierter Sozialdemokraten im Deutschen Reich ist in der ganzen bürgerlichen Presse tief und beunruhigend. Um so amüsant ist es, wie der orthodoxe Reichsbote sich zu trösten sucht:

Wenn trotz allen Kunst- und Kochmitteln die Zahl der "organisierten" Sozialdemokraten die $\frac{1}{4}$ Millionen noch nicht einmal voll erreicht haben und zwar trotz einer rastlosen Werbearbeit von etwa vier Jahrzehnten, wenn man fernier in Betracht zieht, wieviel Terrorismus dabei mitgewirkt hat, um diese Ziffer überhaupt zu erreichen, so wird man bei allen Bedenken über die Fortschritte der Sozialdemokratie doch zur Einsicht gelangen, daß es mit der natürlichen werbenden Kraft der sozialdemokratischen Ideen keineswegs allzu weit her ist, daß vielleicht allerhand zufällige Nebenumstände der Künsterzpartei bei den Wahlen das Hauptgeschäft machen. Die nackte Ziffer von $\frac{1}{4}$ Millionen angestiegt einer Bevölkerungszahl von 88 Millionen sollte doch den Schwärmern, die neuerdings gar so viel mit der "öffentlichen Meinung" operieren, endlich darüber die Augen öffnen, daß die Zwangsparole, die diese $\frac{1}{4}$ Millionen vertreten, mit der wahren Gesinnung des Volkes auch nicht das Mindeste zu tun hat. Es wäre ja noch besser, wenn alle Intelligenz, Erfahrung und Bildung sich von dieser handvoll unfreier Kreaturen gängeln lassen sollten.

Dem Reichsboten sind Dreiviertel Millionen Sozialdemokraten also noch zu wenig.
Dem Mann kann geholfen werden.

Und folgst du nicht willig . . .

Die kürzlich von der einflussreichen holländischen Zeitung Nieuwe Rotterdamsche Courant in der Frage der Schiffsahrt abgaben veröfentlichte scharfe Absage hat in preußischen Regierungskreisen offenbar arg verschuppt, so sehr man sich auch den Auschein gab, als ob man ihr vorläufig keine allzu große Bedeutung beimesse. Sowohl die konservative wie die rechtliberale Presse schlug gegen Holland sehr scharfe Töne an und sah die Rheinisch-Westfälische Zeitung durchblicken, daß der unbedeute Opponent nötigenfalls mit Gewalt zur Vernunft gebracht werden müsse. Sie lädt sich "von einflussreicher, wohlunterrichteter Seite" schreiben, daß das Rotterdamsche Blatt zwar die Meinung einflussreicher Kreise wiedergebe, die holländische Regierung jedoch nicht direkt mit diesen Ausführungen in Verbindung stehe. Das hat unseres Wissens bisher auch niemand behauptet. Wenn auch der Artikel nicht direkt von der holländischen Regierung veranlaßt ist, so ist doch noch lange nicht gesagt, daß sie nicht mit dem Inhalt des Artikels einverstanden wäre. Die "einflussreiche, wohlunterrichtete Seite" sagt sich das offenbar ebenfalls und hält es deshalb für notwendig, der holländischen Regierung die Faust zu zeigen. Da nicht mißverstehender Weise wird nämlich in der Umschrift ausgespielt:

Venn auch zurzeit das Projekt eines Kanalbaues von West nach Ende den behufs Schaffung einer neuen Rheinbindung, das auf nahe 400 Millionen zu veranschlagen ist, noch in weiter Ferne liegt, so erwacht man in den Niederlanden doch die Möglichkeit eines solchen Dammes, der wohl geeignet ist, Rotterdam und ganz Holland von dem riesigen Hinterland des Meins mit seinem bedeutenden Handel einschließen. Es ist also wohl anzunehmen, daß Holland auf Grund der mancherlei ihm erwachsenen eigenen Vorteile bei den kommenden Verhandlungen den Vogen leichtweg überspannen, sondern sich auf einer bestimmten Basis zur Einigung bereit sind wird. Auf jeden Fall ist bei Betrachtung der ganzen Sache nicht außer Acht zu lassen, daß Holland, wie es mit Vorliebe dargestellt ist, nicht etwa nur der gehende Teil sein soll, sondern daß es ein sehr lebhafte Interesse daran hat, als "Nehmer" die Rheinschiffahrt in ihren Gebieten vergrößert zu sehen. Man weiß in holländischen Regierungskreisen sehr wohl, daß ein allzu starkes Vereinen in den zur Förderung stehenden Fragen unter Umständen dazu führen kann, daß die Niederlande selbst den Amt absagen, auf dem sie steht, gestützt auf den Handel eines regesam und aufblühenden Hinterlandes, sicher stehen.

Also eine Drohung in aller Form. Das kleine Holland soll nötigenfalls von dem großen Preußen gezwungen werden, entgegen seinen eigenen Interessen in die Einführung von Schiffahrtsgesetzen zu willigen. Schade nur, daß die Drohung von seinem Menschen ernst genommen wird. Der Kanal Westend ist schon so oft als Preisnotmittel an die Wand gemalt worden, daß sein Kind nicht daran glaubt; er würde so ungeheure Summen verschlingen, daß der eventuell erzielte Erfolg in seinem Verhältnis dazu stehen würde. Und schließlich sind unsre Jünter denn doch zu zwei Rechner, als daß sie sich im Ernst auf solch abfuhr Pläne einüben.

Das liberale Vereinigte in ostelbischer Praxis.

Am Wahlkreise Frankfurt-Lobau, in dem am 15. September die Nachwahl für den verstorbenen Nationalliberalen Detto Kattiusinden hat, geben sich die Behörden die erdentlichste Mühe, einen Sieg der Sozialdemokraten zu verhindern. Unsere Genossen wollten am letzten Sonntag in Briesen in der Mark eine Versammlung unter freiem Himmel veranstalten und wandten sich um die dazu erforderliche Erlaubnis an den zuständigen Amtsvorsteher in Sieversdorf, v. Stolzner-Karbe, der zugleich Vorsitzender des konservativen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt-Lobau ist. Auf das Geuch unserer Fürstenwalder Parteileitung erzielte Herr v. Stolzner-Karbe folgende Antwort:

Der Amtsvorsteher. Sieversdorf, 9. 8. 1910.

Ihr Gesuch von heute wird Ihnen umgehend zur Einigung zurückgegeben. Ich erlaube Sie, die Personenzahl anzugeben, die an der Versammlung teilnehmen werden (!), um prüfen zu können, ob der bezeichnete Garten auch groß genug ist. Weitere notwendige polizeiliche Erhebungen werden mit größter Beschleunigung getroffen werden.

v. Stolzner-Karbe.

Darauf schrieb der Genosse Gelber, daß der Garten, der an dem Hause eines unserer Partei freundlich gesinnten Dorfbewohners liegt, für 200 Personen Raum gewährt und mehr Personen auch kaum zu der Versammlung erschienen dürften. Nunmehr erhält Gelber folgende originelle Antwort:

Beiziglich Ihres Besuchs vom 9. d. M., betreffend Genehmigung einer Wählerversammlung unter freiem Himmel vom 14. 8. 10 zu Briesen i. M. erhalten Sie auf Ihr Schreiben vom 11. 8. 10 hierdurch folgendes zum Bescheid:

Tod in Frage kommende Grundstück habe ich persönlich in Augenschein genommen und gefunden, daß es wohl groß genug ist, um 200 Personen zu fassen, doch ist auf demselben weder für Wasser gesorgt, noch ein Abort vorhanden.

Da ein Abort unbedingt nötig ist, wird Ihnen angehängt, einen solchen auf dem Platz zu errichten und zwar für Männer und Frauen getrennt, da es nicht ausgeschlossen ist, daß auch Frauen an der Versammlung teilnehmen.

Falls nicht beabsichtigt wird, zur Regelung der Wasserfrage eine Pumpe zu bauen, ist mir mitzuteilen, ob und wieviel Geplante zum Wasseraufnahmen bestellt sind.

Die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung kann nicht eher erteilt werden, bevor nicht mitgeteilt ist, daß obige Bedingungen erfüllt sind.

v. Stolzner-Karbe.

Genosse Gelber teilt darauf dem Herrn Amtsvorsteher mit, daß auf dem Grundstück zwei Aborten vorhanden sind; auch ein Brunnen ist auf dem Gebiet, um etwaige durstige Seelen zu erquicken. Nebenstehend können der Amtsvorsteher seine Bedingungen auf keine gesetzliche Vorschrift stützen. Die Antwort war folgender Bescheid:

Sieversdorf, 18. 8. 10.

Wie Sie bereits aus dem Ihnen übermittelten Telegramm erschen haben werden, wird die Genehmigung zur Abhaltung der öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel am 14. d. M. zu Briesen i. M. versagt.

Gründe:

1. Da die Versammlung an einem Sonntage stattfindet, ist die Gefahr bestehen, daß die Versammlung Gelegenheit zu Aktionen und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit geben kann, keine so entfernte, daß sie nicht von der Polizeiverwaltung berücksichtigt werden dürfte.

2. Zu dem Grundstück, wo die Versammlung abgehalten werden soll, führt kein öffentlicher Weg.

v. Stolzner-Karbe.

Man sieht, an Gründen zur Bereitstellung einer sozialdemokratischen Versammlung war der Amtsvorsteher nicht verlegen, aber genug hat ihm das Verbot doch nichts. Die Versammlung

stand zur festgesetzten Zeit in einem Wohnraum des Privathaus statt. Die zahlreich erschienenen Besucher beschlossen, laut § 8 des Vereinsgesetzes, die Versammlung in den anstoßenden Garten zu verlegen und dort konnte die Genossen Iles, Berlin ihrem Temperament die Zügel schließen lassen. Die ganze Bewölkung war über die Streiche des Herrn v. Stolzner und seines Gendarmes, der den Weg zum Grundstück vergeblich zu sperren versuchte, mit Necht empört. Die Auftakt wurde der Herr Amtsvorsteher und seine konservativen Freunde am 15. September ausgestellt erhalten.

Über die republikanische Demonstration in Posen, die unsere Genossen dort anlässlich der prunkvollen Kaiserjagd einweihung veranstalteten, wird uns geschrieben: Die Kundgebung verließ überaus wirkungsvoll. Lange vor Beginn wurde der Saal polizeilich abgesperrt; seit langen Jahren hat Posen keine derart gut besuchte Versammlung gehabt. Bürgerliche waren nur wenige erschienen, aber die polnischen Arbeiter waren überaus zahlreich vertreten, und jubelnd nahmen sie die Mahnung auf, gegen die Schlachthöfe, die trog Enteignungsgefege ins Schloß gehen und sich flittern lassen, den Kampf energisch zu führen. Die Erbitterung über die Verpulverung der Steuergroßten ist außerordentlich groß. Man hatte hier und da gehofft, daß man ähnlich wie bei der Kronung Friedrich I. im Jahre 1701 auch das Volk an den Festlichkeiten und am Schmaue teilnehmen lassen würde. Aber weder wird in Posen ein Ochse am Spieß gebretzen, noch wird der Wein wie in Königslberg aus Brunnen fließen, noch wird Geld unter die Armen verteilt. Dafür — daß ist der Fortschritt der 200 Jahre! — sind schon seit 6 Wochen Dinge von Berliner Geheimpolizisten in Posen tätig, um das "Terrain zu sondieren", und seit Montag, da die Demonstration unserer Genossen angekündigt war, holte man aus Preßlau weitere 50 Polizisten zur "Hilfeleistung" herbei, die denn auch bereits eifrig auf "Anarchisten" Jagd machen. Weitere 100 Polizisten waren für Mittwoch angekündigt. Daneben sind die Entrepreneure eifrig dabei, die Tribünen und Triumphbögen derart "praktisch" einzurichten, daß die Masse der Plebej von dem Kummel möglichst ferngehalten wird. Die "Triumphstraße", für die die Stadt Posen 30000 M. gezahlt hat, wird so angelegt, daß darin nur Platz für die Hofsquadrone, die Pickelhauber und die Birettenträger bleibt. Alle Zuschauer, die keine Uniform tragen, sind von vornherein ausgeschlossen. Und die Geschäftsleute werden obendrein noch dadurch geprellt, daß man die Dekorationen von auswärts bezieht; ja, sogar die Ortsleute usw. holt man aus Erfurt, und lädt den Posener Gärtner das Nachsehen. Die Posener Geschäftsleute sind darüber natürlich sehr erbaut und die Arrangements werden alle Miliee haben, den Begeisterungstaumel wenigstens bei der Masse der Denksaulen und Mischreiter bis zum Sonnabend wach zu halten.

Die Versammlung, die von der Polizei durch ihre auslesersten Kräfte beschickt war, stand nach einstimmiger Annahme einer den höflichen Brunk verurteilenden und eine Volksregierung fordern den Resolution mit einem brausenden Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie ihr Ende. Soviel ist sicher: Diese Prunkfeste der notleidenden Hohenzollern in Verbindung mit der Hegerede des Posener Oberbürgermeisters Wilhelm gegen das Reichstagswahlrecht wird unsere Chancen in Posen erheblich verbessern!

Geld steht nicht.

Ein hübsches Seitenstück zu der Empfehlung des Simplizissimus durch den Verlag der Deutschen Tageszeitung bildet folgendes Inserat, das in dem Breslauer agrarkonservativen Blatt, der Schles. Morg.-Agr. dem offiziellen Organ der schlesischen Konservativen, am 8. d. M. zu lesen war:

Eine erfrischende Lektüre ist die auf dem ganzen Erdkugel verbreitete Münchener "Jugend". Jede Nummer bringt farbige Reproduktionen nach Werken bedeutender Künstler, literarische Beiträge in Poetie und Prosa und eine kritische Behandlung der aktuellen politischen Ereignisse.

Die Lektüre der "Jugend" ist für jeden Gebildeten unentbehrlich!

Das Organ des Herrn von Heydebrand hat wahrscheinlich gedacht, genau so wie sein großer agrarischer Bruder in Berlin: Geschäft ist Geschäft, an den paar Inseraten der "notleidenden" Parteifreunde ist nichts zu verdienen, ergo machen wir das Geschäft mit dem politischen Gegner. Auch das Geld der Jugend steht nicht.

Berlin, 18. August. Zur Ausführung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen hat der preußische Finanzminister eine besondere Verfügung erlassen. Die Behörden der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern haben dabei insoweit mitzuwirken, als es sich um die Erhebung der Abgaben vom Absatz und um die Kontrolle der Ausfuhr von Kalisalzen in das Ausland handelt. Die Abgaben aus dem Absatz von Kalisalzen liefern dem Reiche zu. Die Kalisalzwerke haben monatlich eine Nachweisung der fälligen Reichsabgaben einzureichen. Die erste Nachweisung hat die Zeit vom Tage der Verkündung des Gesetzes bis Ende Juni 1910.

Gegen die Reichswertzuwachssteuer will der deutsche Handelsstag eine Denkschrift erlassen. Zur Beratung der Einzelheiten des Entwurfs und der von der Reichstagskommission dazu gefassten Beschlüsse ist eine Sonderkommission eingesetzt, die Fragebogen an die Gemeinden, die eine Zuwachssteuer bereits eingeführt haben, an Grundbesitzervereine, Terraingesellschaften und Hypotheken- und Grundstücksmälervvereine verfertigen und das daraus hinaus eingehende Material zu einer Denkschrift verarbeiten soll. Der Handelsstag, an dessen Spitze der Reichstagsabgeordnete Kämpf und andere freisinnige Größen stehen, macht sich hier zum Verteidiger der Grundstückseigentümer und Hausagrarien. Er dokumentiert damit, daß wenn es an Zahlen geht, die freisinnigen Wörterbohr und Terrainspekulan ebenso rücksichtslos ihre Geldbeutelinteressen verfehlten wie die konservativen und ultramontanen Agrarier oder die national-liberalen Schlotbarone.

Demokratisch-freisinnige Reichstagskandidatur. Der Allgemeine Volksverein in Marburg, der nicht der Fortschrittlichen Volkspartei angehört, sprach sich für die Reichstagskandidatur v. Gerlach aus und beschloß mit dem zur Volkspartei gehörigen Liberalen Volksverein in Marburg in Verbindung zu treten, um diese Kandidatur zu unterstützen. Der Liberalen Volksverein erklärte seine Zustimmung zu diesem Beschluss. Der Wahlkreis wurde bereits von 1908 bis 1909 von Gerlach vertreten. Bei der Hottentottenwahl unterlag v. Gerlach gegen den reichsverbauderten Antisemit v. Böhme, seines Geschäftsführer des deutschen Bauernbundes. Es wurden damals abgegeben für Böhme, der gleichzeitig Kandidat der Agrarblätter war, 9077, für v. Gerlach 4200, das Zentrum 2071, die Sozialdemokratie 1554 und die Nationalliberalen 1074 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Antisemit mit 10445 gegen den freisinnigen Gerlach mit 8274 Stimmen.

Handwerk und Handel. Der Handelshof hat jetzt seinen großen Geldsack geöffnet, und daraus einen Betrag von 15000 M^r. den vereinigten Innungsverbänden Deutschlands zur Verstärkung gestellt, um daraus Belohnungen an solche Handwerker zu zahlen, die die Weltausstellung in Brüssel besuchen wollen. Die konservativen Presse ist darüber wütend, weil sie sich sagt, daß die Innungen auf seine Seite fallen werden, von der man ihnen mit Geld, das sie sehr nötig brauchen können, am kräftigsten unter die Arme greift. Die Deutsche Tageszeitung meint respektiert: „Sollte sich wirklich das deutsche Handwerk auf den Handelshof verlassen, so würde es verlassen und verloren sein.“ Die konservativen Herrschäften fürchten nur ihre mittelständischen Hilfsgruppen.

Decorative Politik. Zur Erhöhung der Schlagfertigkeit der Armee hat das preußische Kriegsministerium folgende neue Bestimmungen erlassen:

Bei Paraden vor Seiner Majestät spielen die Militärmusiken den zuständigen Präsentmarsch, und zwar so lange, bis der Kaiser den rechten Flügel des Truppenteiles passiert hat; darauf wird die Nationalhymne gespielt, aber nur einmal durch, und dann wieder der zuständige Präsentmarsch. Bei Apfelsinfreien vor dem Kaiser haben von den Zuschauern während des Gebets die Offiziere den Helm und die Herren vom Civil die Kopfbedeckung abzunehmen, und während des Spielens der Nationalhymne die Offiziere zu salutieren und die Herren vom Civil die Kopfbedeckung abzunehmen. Man sieht doch, daß das preußische Kriegsministerium nicht für die Ruh da ist!

Hessen im Belagerungszustand. Mitte die Unwesenheit des russischen Penitzenzaren in Hessen, dessen Frau bekanntlich eine Kur in Bad Nauheim durchmachen will, sind noch weitergehende Sicherheitsmaßregeln getroffen worden, als bisher bekannt geworden ist. Jeder in Bad Nauheim ankommende Kurgast muß sich während der Zeit des über das liberale Hessentum hängenden Belagerungszustandes innerhalb 8 Stunden bei der Polizei anmelden. Mit die Anmeldepflicht von Ausländern sind noch schärferen Bestimmungen getroffen, die bisher der Hessentum nicht allgemein mitgeteilt worden sind. Die Nauheimer Bevölkerung wird von dieser Fürsorge der deutschen Behörden für das russische Bisterchen sehr erfreut sein.

S. 175. Das Kriegsgericht in Münden verurteilte den Leutnant von Bismarck vom Infanterieregiment Nr. 85 wegen Vergehens gegen § 175 zu Dienstentlassung und 2½ Jahren Gefängnis. — Nach der Höhe der Strafe zu urteilen, muß es der ablige Schwinge toll getrieben haben.

Beim Portemonnaie hört der Patriotismus auf. Die Patrioten der Provinz Pommern wollen hinter der übrigen „Patriotier“ Welt nicht länger zurückbleiben und ihrem Nationalhelden Bismarck ebenfalls ein Denktum zeigen. Es fehlt dazu bloß am nötigsten — am Geld. Seit drei Jahren haben sie unermüdlich geschnorriert und dabei doch nur ganze 50000 Mark zusammengebracht, während etliche Hunderttausende gebraucht werden. Das Deutschnationalkomitee stimmt nun in der reichsbändlerischen Deutschen Zeitung ein Jammer und klagen über diese patriotische Hartlebigkeit an. Nur zwei Beiträge à 1000 M^r. sind beim Komitee eingegangen, und mit Beschränkung wird konstatiert, daß nicht etwa adlige Großgrundbesitzer oder reiche Industrielle diese Spender waren, sondern ein Stettiner Rechtsanwalt und ein blütigerlicher Grundbesitzer aus der Insel Mügen. Mit allem Nachdruck wird betont, daß die Schaffung dieses Deutmarks eine Ehrenpflicht ist die Provinz Pommern sei. Das wird die guten Patrioten aber vermutlich kaum trösten. Sie verdanken der Bismarschen Politik zwar Milliardenprosperität, demgegenüber können sie sich aber mit vollem Recht darauf befreien, daß ihr Held in Geldsachen ein ebenso knüchteriger Hiltz war wie seine junfernlichen Klassengenossen.

Russische Grenzliebenswürdigkeiten. Der Frankfurter Zeitung wird aus Königsberg ein neuer Übergriff an der russischen Grenze gemeldet. Ein durch langjährigen Aufenthalt an der Grenze mit den Vorstufen wohl vertrauter und vielen russischen Grenzoldaten gut bekannte 87 Jahre alter Mann wurde von einem Kosaken auf das zwischen den beiden Grenzgräben liegende neutrale Gebiet gelöst und dort festgenommen. Auf drei abgelegene Alarmstähle kam die Grenzwache herbei, da der Kosak erzählte, er wolle sich die für jede Festnahme an der Grenze übliche Belohnung von 3 Rubeln verdienen. Nachdem der alte Mann in der nächsten Grenzwache und in dem etwa 2% Meile entfernten Kordon verhindert war, wurde er in das Gefängnis geworfen, wo er 24 Stunden zurückgehalten wurde. Am anderen Tage wurde er an die preußische Grenze zurückgebracht, nachdem er vorher zwei Schriften, deren Inhalt ihm nicht vorgelesen wurde, unter Anwendung von Zwangsmethoden hatte unterschreiben müssen. Der auf diese Weise Mißhandelte hat den Fall zur Anzeige gebracht, was ihm natürlich nichts nützen wird. Es ist zwecklos, den Teufel bei Beuelzub zu verlegen.

kleine politische Nachrichten. Die spanische Regierung wird die gleichzeitige Veranstaltung von karistischen und republikanischen Versammlungen, die in Katalonien für den 28. August geplant sind, nicht gestatten. — Wie die Blätter melden, ergaben die nach Amtsaufnahme der Wahlen auf Samos durchgeföhrten Neuwahlen eine Mehrheit für den Fürsten Kopassis. — Nach Telegrammen aus Nana lehnen die kretischen Notabeln die Kandidatur zur griechischen Nationalversammlung ab.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Entschuldungskktion für österreichische Offiziere.

Wien, 17. August. Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht die vom Kaiser genehmigten Statuten des Zentralwirtschaftsfonds für das Heer. Die Hauptaufgabe des Fonds ist die Gewährung ausreichender Darlehen unter günstigen Rückzahlungsbedingungen an verschuldeten Offiziere, wodurch eine Entschuldung bzw. Rangierung des Offizierkorps erreicht werden soll.

Bulgarien.

Eine russische Intervention?

London, 18. August. Daily Telegraph berichtet aus Belgrad: Gleichweise verlautet aus Sofia, daß Russland beschlossen habe, zu intervenieren, um die augenblicklich sehr gespannten Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien zu bessern.

Die Leiden der Mazedonier.

Sofia, 18. August. Wie von wohlunterrichteter Stelle verant., hat eine Gruppe mazedonischer Flüchtlinge im Namen von 1800 Schlesiergenossen den Gesandten der Mächtige aus der Schlesischen Zeitung überreicht, worin sie ihre Lage darlegen, auf die Schlesier der Türken bei der Entwaffnung hinweisen und die Grossmächte bitten, Schritte gegen Konstantinopel zu unternehmen, damit die Truppen zurückgezogen, die Verfolgung eingestellt, den Flüchtlingen freie Rückkehr nach Mazedonien, unter Überwachung der Kontrolle, garantiert sowie ihr Leben und Eigentum sicher gestellt werde.

Rußland.

Cholerastatistik.

Nach offiziellen Mitteilungen hat die Choleraepidemie in Russland grauenhafte Dimensionen angenommen. Das Bulletin Nr. 12 der Antipestkommission, dessen Angaben natürlich weitesten nicht vollständig sind, gibt die Zahl der vom 1. Januar bis 17. Juli an der Cholera Erkrankten mit 57720 an, von denen 25504 gestorben sind. Wenn in Betracht gezogen wird,

dass in der letzten Woche der Berichtsperiode allein 15244 Personen erkrankt und insgesamt keine eingesetzten Mittel gegen die Cholera getroffen worden sind, so geht man nicht fehl, wenn man die Zahl der Erkrankungen im laufenden Jahre auf 90000 abschätzt. Nach denselben offiziellen Angaben hat die Choleraepidemie gegenwärtig schon 47 Gouvernemente und 6 Gebiete ergreifen, wobei an einzelnen Stellen eine kolossale Anzahl von Kranken registriert wurde. So sind im Kuban-Gebiet in der Berichtszeit erkrankt 12100 Personen und gestorben 6310, im Don-Gebiet erkrankt 9000 und gestorben 4483 usw. Die hier angegebene Sterblichkeitsziffer von 50 Prozent ist überhaupt in den Choleraherden die in Russland zu finden. In einigen Bezirken des Kuban-Gebietes (Kavkasi, Kuban, Terek-Bezirk) erreicht die Sterblichkeit die Höhe von 60 bis 65 Prozent, d. h. eine solche Höhe, wie nur in sehr entfernten Zeiten, wo man überhaupt nicht wußte, was gegen die Cholera zu tun sei und die durchbare Seuche voll Ergebnisheit zu Hause erwartete.

Die konstitutionelle Regierung Nikolai II. hat aber auch alles mögliche getan, damit das Volk etwa in derselben Weise die Seuche „bekämpfen“ kann, wie zur Zeit Michael Romanow oder Iwan des Schrecklichen. In Not und Unwissenheit zurückgekehrt, von wilden Papen und Volksverändern aufgehetzt, voll Misstrauen gegen alles, was von den „Herren“ kommt, beginnt das Bauerndorf vielerorts Ausschreitungen gegen die Arbeiter und das ärztliche Hilfspersonal, so daß diese an einigen Stellen schon gezwungen sind, mit militärischer Bedeckung im Krankheitsbezirk umherzureisen. Wie aus allen Gebieten, hat auch hier der wahnsinnige Odessaer Satrap Tolmatschow den Dekret der Administratorenbildung geschlagen. Nachdem er zuerst verbietet, über die Cholera in den Zeitungen zu schreiben und dann Repressivmaßregeln gegen die ländlichen Arzte ergriff, hat er nun mit der Geistlichkeit Vereinbarungen dahin getroffen, daß eine Reihe von Kreuzgängen durch die Stadt zu veranstalten sind und der Himmel um Befreiung von der Pest und der Cholera anzuflehen ist. „Sie (die Japaner) schlagen uns mit ihren Kanonen und wir sie mit unseren Gebeten!“ spottete General Dragomiroff während des russisch-japanischen Krieges. Dieselbe Taktik haben General Tolmatschow und Konstantin im Kampfe gegen die inneren Schwierigkeiten beibehalten.

China.

Ein neuer Regierungskurs.

Peking, 17. August. Ein Edikt, das unerwartet die Großräte Schi-Hil und Wu-Yu-Schang aus ihren Ämtern entläßt, hat großes Aufsehen erregt. An ihre Stelle treten Prinz Rück und Hüsi-Schi-Tschang, der seiner Stelle als Präsident des Verkehrsministeriums enthoben ist. Zum Präsidenten des Verkehrsministeriums wurde Tang-Schao-Hi, der fröhliche Schiefe Yuan-Schikai, ernannt. Diese Veränderungen bedeuten eine Rückkehr zum System Yuan-Schikai und ein Eingeständnis des Regenten, daß die Politik der letzten anderthalb Jahre nicht erfolgreich gewesen ist.

Sächsische Angelegenheiten.

Charakterlosigkeit.

In der Leipziger Lehrerzeitung klagt ein Lehrer: „Wie wenig die Forderungen der deutschen und sächsischen Lehrerschaft von den Mitgliedern beider Vereine beachtet werden!“ Ned. d. Volksatz., zeigt der Verlauf der letzten Hauptkonferenz des Bezirks Auerbach, in der ein Vortrag „mit grohem Beifall aufgenommen“ wurde, in dem die Bestrebungen und Forderungen der beiden großen Lehrervereine als unerreichbar (1) hingestellt wurden. Wie kommt es, daß die Lehrerschaft eines ganzen Schulbezirks einem jungen Direktor, der bis vor kurzem noch Lehrer in Leipzig war, zuwinkt, der die Grundforderungen des Sächsischen Lehrervereins einschließlich als nichtberechtigt und revolutionär hinstellt? Sind das noch Männer, die wissen, was sie wollen — oder haben sie nur Beifall gelaufen, um ihren Vorgesetzten gefällig zu sein?

Der Herr Direktor von Treuen hielt auf der Hauptkonferenz einen Vortrag über: Pädagogische Bewegungen der Gegenwart im Spiegel der Vergangenheit. „Entschieden tritt Nebner dafür ein, daß an dem konfessionellen Charakter der Volkschule festzuhalten werde. Er fordert weiter die Beibehaltung des Katechismus Dr. Luthers, wenn derselbe vielleicht auch reformbedürftig sei.“ Nur der Lehrstoff soll geklärt und der Versuchung für die besonders Schwachen am Geiste gemildert werden. „Nur er soll alles beim alten bleiben.“ Geistlichkeit und Schule sollen sich nicht als Feinde bekämpfen, sondern Schulter an Schulter streiten im Kampf gegen Unglauben und Unsittheit.“ Der Herr Direktor von Treuen verkennt hier völlig die Aufgabe und das Ziel unserer heutigen Volkschule. Nebrigend — wie denkt sich der Herr Direktor eigentlich den Kampf der Schule gegen Unglauben und Unsittheit? Unglaube und Unsittheit sind doch Produkte unseres Freiherrn von Freytag-Lichtenau; aber der Unterricht soll die konservativen Herren? Wenn sie nur am Alten bleiben, mag das Volk weiter geistig hungrig und dürrst! Für das arme Volk sind die Brotsamen genug, die von den reichen Herren Elste fallen.

In seinem zweiten Teile tritt der Vortragende „warm für die Beibehaltung der bestehenden Gliederung in einfache und mittlere Volkschule ein.“ Die Kästen- und Standeschule, das Geldsackmonopol sollen also im Schulwesen aufrechterhalten bleiben. Man fühlt hier, wie die konservative Hochburg Treuen auf die Ideen des Nebner eingewirkt hat. Daß unser Volk eben wegen seines Standeswunsens nicht vorwärts kommt, was stört dies die konservativen Herren? Wenn sie nur am Alten bleiben, mag das Volk weiter geistig hungrig und dürrst! Für das arme Volk sind die Brotsamen genug, die von der reichen Elste fallen.

Im dritten Teile seines Vortrages bekennt sich der Vortragende als entschiedener Gegner der „Arbeitschule“. „Für schwachsinnige Kinder mag sie zweckmäßig sein, nicht aber für normale.“ Nach diesen Worten erkennt man, daß dem Herrn Direktor von Treuen die Gebrechen unserer Volkschule samt allen Säcken und dem traditionellen Formelkram noch völlig unbekannt zu sein scheinen. Der Schulwagen soll in den alten, schon längst ausgeschafften Gleisen weiter dahinrollen, denn der Nebner mahnt am Schluß, „an das bestehende anzutasten und in der Bahn historischer Entwicklung weiter zu schreiten, nicht aber Kneiereichsbares zu erstreben“. Die Pädagogik des Sächsischen Lehrervereins bezeichnet der Herr Direktor nur als eine „Pädagogik der Schlagwörter“, die seine aber nennt er eine „Pädagogik der Tat“.

Es ist bezeichnend für den Geist, der in manchen Direktoren verankert, daß festgestellt hat: die Grundforderungen des großen Sächsischen Lehrervereins werden einfach ignoriert und mit Wülzen getreten. Man fühlt sich eben erhaben, für Gegengründung ist man nicht mehr zugänglich. Besonders aber ist es für die Lehrerschaft, wenn sie einem solchen Vortrag zustimmen und Veit spendet. Damit kann allerdings die oberste Schulbehörde behaupten, daß nicht die sächsische Lehrerschaft, sondern nur einige Schreiber die reformatorischen Grundforderungen aufgestellt haben und vertreten. Welchen Zweck hat es denn dann überhaupt, daß der Sächsische Lehrerverein Grundforderungen aufstellt und ihre Durch- und Aufführbarkeit in langen Sitzungen berät, wenn seine Mitglieder dem Gegner und seinen Anhängern Bravo klatschen? Wahrschlich — ein beschämendes Bild unserer Standeschule!

So die Leipziger Lehrerzeitung. In der Tat, es ist ein beschämendes Bild, daß da der Deftigkeit in unserer Zeit der Diskussion der Volkschulreform geboten wird. Ein logischer Schnitzer ist es aber, wenn der Verfasser seine Klage verdeckt unter der Spitzmarke: Disziplinlosigkeit. Wo keine

Überzeugung und kein Charakter ist, kann man auch keine Disziplin erwarten. Der Verfasser hätte deshalb seiner allerdingen sehr berechtigten Klage vorschreiben sollen das Slogan: Charakterlosigkeit!

Die Regierung und die Fleischsteuerung.

Aus Berlin wird gemeldet:

In der Frage der Fleischsteuerung hat die Deutsche Fleischzeitung von zuständiger Stelle erfahren, daß es die sächsische Regierung trotz einer Protestbewegung in Dresden und Leipzig abgelehnt hat, eine Erweiterung der Grenzfassung beim Bundesrat zu bestimmen.

Was von der sächsischen Regierung gar nicht anders zu erwarten war.

Eine Verjährigung des Generalkommandos des XII. Armeekorps.

Der Redaktion der Leipziger Volkszeitung ging in einem geschriebenen Briefe mit diesem rotem Siegel folgende Verjährigung zu:

Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes vom 7. 5. 74 werden Sie erlucht, folgende Verjährigung zu dem von Ihnen am 16. Juli 1910 gebrachten Artikel „Sächsische Offiziere als roteボイコット“ abzudrucken:

Es ist unwahr, daß infolge einer Beschwerde, die der Verband der Lohnfuhrunternehmer wegen der Konkurrenz der Kämpferfuhrwerke an das Königliche Kriegsministerium gerichtet hat, die Dresdner Offiziere für die Meutstage über alle Droschen und Droschkenbesitzer den Boykott verhängt haben. Die von dem Unternehmervertreter für Dresden auf dem Verbandsstage der deutschen Lohnfuhrunternehmer in Breslau aufgestellte Behauptung gleichen Inhalts entspricht nicht der Wahrheit.

Das Generalkommando des XII. (1. S. G.) Armeekorps.

Der kommandierende General: (gez.) v. Broizem.

Die Verjährigung richtet sich eigentlich an die falsche Adresse, denn wir haben nur wiedergegeben, was auf dem Verbandsstage der Lohnfuhrunternehmer in Breslau aufgeführt worden ist. Im übrigen werden ja wohl die Dresdner Lohnfuhrunternehmer zu der Verjährigung Stellung nehmen.

Zur Sache selbst wollen wir nur bemerken, daß nicht nur in Dresden, sondern auch anderwärts ähnliche Erscheinungen beobachtet worden sind. Aus der bekannten „kleinen Garnison“ Forbeck wurde im Reichstag einmal von sozialdemokratischer Seite Beschwerde geführt über die Konkurrenz, die die Herren Offiziere durch die Benutzung der militärischen Kämpferfuhrwerke zu Privatveranstaltungen den Lohnfuhrwerksbesitzern beilegen. Wenn die Offiziere einer Garnison bei einer gemeinschaftlichen Veranstaltung sich nur der militärischen Kämpferfuhrwerke bedienen, so daß die Privatunternehmer vollständig ausgeschlossen sind, und obendrein, wie im Dresdner Falle, die Lohnfuhrunternehmer bei der Militärbehörde über die Benutzung militärischer Fuhrwerke zu Privatzwecken Beschwerde geführt haben mit dem Erfolge, daß bei einer folgenden allgemeinen Veranstaltung nur militärische Kämpferfuhrwerke benutzt werden, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Lohnfuhrunternehmer zu der Ansicht kommen, daß gegen sie ein regelrechter Boykott inszeniert worden sei. Die Schuld trägt dann aber ganz allein die Militärbehörde, die auf solche berechtigte Beschwerden keine Abhilfe schafft.

Bieglerungsrat Martin.

Der sattsam bekannte Bieglerungsrat a. D. Martin, der eigentlich nirgends ernst genommen wird, scheint Wert darauf zu legen, fortgesetzt die Deftigkeit zu beschäftigen. Dieser Tag wurde er vom Amtsgericht Charlottenburg mit einer Klage wegen Beleidigung abgewiesen, die er gegen eine Zeitschrift angestrengt hatte, in der ihm Geschichtsfälschung vorgeworfen worden war. Herr Martin verklärt nur die Deftigkeit, daß er gegen diesen Bieglerungsrat eingelagert habe.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß er als Reichstagabgeordneter den 2. sächsischen Reichstagwahlkreis ausgesetzt sei. Die Sehnsucht nach einem Reichstagmandate wird wohl für immer ungestillt bleiben. Im 2. sächsischen Wahlkreis aber ist die allerwenigste Aussicht zu einem Unterschlupf für Herrn Martin, denn in diesem Wahlkreis sind bereits alle Parteien mit ihrer Kandidatur fertig. Herr Martin muß sich also schon weiter bemühen.

Blinder Eifer schadet nur.

Ein eifriger Sozialist ist der Bürgermeister von Schraplau. Obwohl er sich von den Gerichten schon viele Abschüsse geholt hat, kann er in seinem Eifer nicht ausgehalten werden. Drei Genossen erhielten vor längerer Zeit Strafbefehle, weil sie sich an einem Demonstrationszug beteiligt haben sollten. Dagegen wurde richterliche Entschließung beantragt. Zwei Verhandlungen vor dem Eisener Schöppenrichter, zu denen ein großer Zungenapparat aufgeboten wurde, endeten mit der losenlosen Freisprechung der Demonstranten. Dem Staatsanwalt genügte dieser Kleinfall des Bürgermeisters jedoch nicht, er legte Berufung ein. In der Verhandlung vor der Eisener Strafkammer wurde festgestellt, daß der Bürgermeister gar nicht befugt gewesen sei zum Erlass der Strafbefehle. Die Angeklagten wurden wiederum freigesprochen und die nicht unerheblichen Kosten der Staatskasse auferlegt. Es bewährtet sich wieder das Sprichwort: Blinder Eifer schadet nur!

Die Verkehrsleistungen der Staatsbahnlinien betragen im Monat Juli 1910 nach vorläufigen Feststellungen 15204800 M^r, d. s. 1060100 M^r mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs. Von dieser Summe entfallen 618150 M^r. auf den Personenverkehr (mehr 405000 M^r), und 9128800 M^r. auf den Güterverkehr (mehr 555100 M^r). Das Anwachsen der Einnahmen beruht auf einer allgemeinen Verkehrssteigerung, die sowohl im Personen- wie im Güterverkehr erstaunlicherweise eingetragen hat. Die gesunkenen Einnahmen von Anfang Januar bis Ende Juli belaufen sich auf 92498218 M^r. oder 5680251 M^r mehr als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs. Hierzu trugen der Personenerverkehr 88299894 M^r. (mehr 2584998 M^r) und der Güterverkehr 50158524 M^r. (mehr 804525 M^r) bei.

Da im Etatvoranschlag die Eisenbahnüberschüsse für die laufende Finanzperiode besonders niedrig angezeigt werden sind, kann, wenn die Entwicklung des Verkehrs in den zweijährigen Perioden ebenso vor sich geht, wie im ersten halben Jahre, der erwartende Überschuss den beiden Vorperioden, der bekanntlich in beiden Perioden über 40 Millionen Mark betrug, noch weit übertreffen. Als Zeichen einer rationellen Finanzierung dürfen die Überschüsse

1. Januar 1911 ab auch im Bezirke Zittau die Handelskammer und die Gewerbeakademie je eine von der anderen getrennte Körperschaft. Bei jeder dieser Akademien ist die Geschäftsführung gesondert und jeder ist eine gesonderte Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben und eine gesonderte Rechnungsführung ohne einen darauf gerichteten Antrag gestattet.

Zittau. Die Morgenzeitung meldet: Zu einem Boykott haben sich das Stadttheater und die hiesige Regimentskapelle zusammen geschlossen. In einem an die Vereinsvorstände gerichteten Briefe teilt das Stadttheater mit, daß die genannten Kapellen in dem Etablissement Lindenhof vom 1. Oktober ab keinerlei Musik mehr liefern werden. Das soll auch für Vereinsfestlichkeiten jeglicher Art gelten. Die Differenzen, die zu dem Schritte geführt haben, sind finanzieller Natur.

Nördlich. Die Bezirksschulinspektion hat den ihr unterstellten Schulschulden aufzugeben, einen Nachtrag zur Schulordnung aufzustellen, der den Fortbildungsschülern die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagt. Die Mitgliedschaft und die Beteiligung an Veranstaltungen von Vereinen anderer Art wird von der einzuholenden Genehmigung der Bezirksschulinspektion abhängig gemacht. Reichsgelehrte ist Personen unter 18 Jahren sowieso die Mitgliedschaft bei politischen Vereinen und der Besuch politischer Versammlungen untersagt, und man willst wirklich nicht, was die Bezirksschulinspektion mit dem ersten Teil des Nachtrages beabsichtigt.

Altenburg. Die Nachrichten aus dem Lande, die Jugend zu retten, so wenig haben, wie anderwärts.

Aleine Nachrichten aus dem Lande. Der Hausslerer Hähnrich aus Nadeberg versuchte sich in der Nähe der Bobdorfer Eisenbahnen zu erschießen, verlor sich aber nur schwer und fand Aufnahme im Nadeberger Stadtkrankenhaus. Der reichsreiche Mann war infolge seines Alters arbeitslos geworden und wollte der Armenbehörde nicht zur Last fallen. — Beim Abrollen eines Hauses in Bobeln stürzte der Mater Bauer aus zwei Stockwerkhöhe vom Dachterrassell ab und zog sich schwere Verletzungen und Verstauchungen zu. — Auf der Station Klingenberg gerieten durch unvorsichtiges Manövrieren drei mit Spiritus beladene Wagen auf das Hauptgleis, anstatt auf ein Nebengleis. Die drei führerlosen Wagen rasten auf der stark abfallenden Strecke nach Freiberg zu. Auf der telegraphisch benachrichtigten Station Müdenhütten gelang es, die Wagen auf ein Nebengleis der Hüttenwerke abzuleiten und so abzuhalten. Hier zerstörten die Wagen noch eine starke Preßlinnauer, ehe sie zum Halten kamen. — Das Opfer seines Pflichtbewußtseins ist der Bahnhofsvorleher Raumann in Steinhardtstein geworden, der, wie gemeldet, von einem Zug überfahren und getötet wurde. In dem Gleise, auf dem der Güterzug dahergebraust kam, arbeitete ein Bahnarbeiter, ohne auf das Nahen des Zuges acht zu geben. Raumann sprang schnell hinzu und rettete ihn vor dem sicherem Tode, den er dasst erleiden mußte, da er nicht mehr in stande war, außerhalb des Gleises zu gelangen, und so vom Zug erfaßt wurde. — Auf der Bahnhofsstraße zwischen Flößblatt und Scharfenstein wurde der Bahnwärter Hüniger von einem Personenzug überfahren und so schwer verletzt, daß er starb. — In Aue wollte eine Arbeiterfrau auf einem Spirituslocher Kaffee kochen. Als der Spiritus zur Reise ging, ergreifte die lebhafte Frau die Spiritusflasche und gab Spiritus nach. Die Flasche explodierte natürlich und im Nu stand die Frau in hellen Flammen. Hausbewohner eilten hinzu und entstehen die Flammen mit Decken, doch die Verunglimpfliche hatte bereits so schwere Brändewunden erlitten, daß sie in Hoffnungslosem Zustand dahinsiegt. — Ein in Elsdorff bei Lauf an der Stellung beständiger 21 Jahre alter Dienstleistender fand auf der Landstraße einen geladenen Revolver. Er wußte damit nicht umzugehen, denn beim Handhaben mit der Waffe entzündete sie sich und dem unvorsichtigen Manne wurde die rechte Hand durchschossen. Da sich zu der Wunde außerdem eine nicht ungefährliche Blutvergiftung gesellte, so mußte der Mann in die Leipziger Klinik übergesetzt werden. — In Nördlich verunglimpfte beim Arbeiten an der Boggermaschine in der Mulde der Bildhauer Mühlenzimmermann Emil Thalmann dadurch in schwerer Weise, daß er von dem Drehschlüssel der Maschine an den Kopf getroffen wurde und eine schwere Gehirnerkrankung erlitt. — Auf einem Fabrikneubau in Nördlich läste sich plötzlich, während einige Maurer im Treppenhaus arbeiteten, ein Maurerpfeiler aus Ziegelsteinen und Platte auf die Arbeiter. Während ein Arbeiter mit leichten Verlebungen davonkam, erlitt der Maurer Hermann Stelzer schwere Verlebungen.

Haus den Nachbargebieten.

Euda. Der verhaftete Gastwirtssohn Reinhold Seuff aus Höhendorf hat gestanden, im Februar den Raub von 1800 Mk. im hiesigen Postamt verübt zu haben. Von dem Gelde ist nichts mehr vorhanden.

Halle a. S. Eine Typhusepidemie, die auf eine Verbreitung des Typhus-Welkenfeler Braunkohlenbekens durch das östliche Altmühlgebiet zurückgeführt wird, ist in den südlichen Dörfern des Welkenfeler Beckens ausgebrochen. Im Ort Kunthal sind etwa 24 Personen schwer erkrankt. In den Krankenhäusern von Bötz und Welkenfels liegen ebenfalls zahlreiche Kranken.

Gotha. Das Staatsministerium schloß mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu Berlin einen Vertrag, durch den diese verpflichtet wird, eine Zentrale zur Versorgung des ganzen Herzogtums mit elektrischer Kraft zu errichten. Sie wird ein Hochspannungsnetz anlegen, mittels dessen sie in der Lage sein wird, allen sich in den ersten fünf Jahren melden den Gemeinden elektrischen Strom auszuführen. Der Staat hat der Gesellschaft das ausschließliche Recht der Benutzung der staatlichen Landstraßen zu dieser Anlage erteilt.

Altenburg. In der Nähe von Groß-Braunshain erkrankten gegen 50 Personen nach dem Genuss von rohem Fleisch an Vergiftung. Eine Frau ist bereits gestorben. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Dessau. Am Mittwoch nachmittag durchlief die Stadt die Nachricht, daß in der eine Wegstunde entfernt liegenden Rosslauer Heide ein Ballon abgestürzt sei. Auf der zuständigen Oberförsterei wurde die Nachricht bestätigt. Zwölfjährige Personen wollten gegen 11 Uhr vormittags über der Heide einen brennenden Ballon absteigen sehen haben, dessen Korb mit raspler Schnelligkeit zur Erde fiel und der die Trümmer des Ballons folgten. Der Oberförster setzte sich sofort an die Spitze einer Kolonne Waldarbeiter und suchte die Gegend ab, jedoch bisher ohne Ergebnis.

Haus der Umgebung.

Pausdorf. Der 62 Jahre alte Schmied W. Schulz aus Neuschönfeld verunglimpfte hier im Betriebe der Firma H. Schneider dadurch, daß ihm bei der Reparatur einer Messingstangenglocke ein mehrere Zentner schweres Kopfstück auf den linken Arm fiel, der mehrfach gebrochen wurde.

Borsdorf. Drei Eisenbahnmontatoren nicht übertragbar sind, wollten ein hiesiger Gewerbetreibender E. und dessen Gehilfe Sch nicht gewußt haben. Der Gehilfe benutzte mehrfach die Karte seines Unternehmers, um für den geschäftlich nach Leipzig zu fahren. Vom Amisgericht Grimma wurde deshalb der Unternehmer zu 20 Mk., der Gehilfe zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Brandis. Infolge Verbindung mit der elektrischen Hochspannungsleitung wurde in Nepperwitz ein Knick geöffnet. Wie nunmehr verichtet wird, dürfte es sich um Selbstmord handeln, denn der Getötete hat wiederholt Selbstmordgedanken geäußert und dabei bemerkt, der Tod durch Elektrizität werde wohl der leichteste Tod sein.

Gaußlitz. Mit Zustimmung des Gemeinderates ist für Gaußlitz auf Grund des § 70 Absatz 2 der revidierten Landgemeindeordnung das Nutzen von Waren und ihr Preisbeladen durch Rufe irgend welcher Art auf Straßen, Plätzen, Höfen und in bewohnten Gebäuden verboten worden. Händler, die Nahrungsmitte oder sonstige Gegenstände des Warenmarktes oder Haushaltungsbedürfnisse von Haus zu Haus verkaufen, dürfen durch Anschlagen feststehender Signalglocken oder mit einer kleinen Handklingel, nicht aber durch Signalhaken, auf ihre Annäherung aufmerksam machen. Derartige Beleidungen sind jedoch nur in größeren Pausen und nicht in solcher Weise zu geben, daß dadurch eine Belästigung des auf der Straße verkehrenden Publikums oder der Fußgänger herbeigeführt werden kann. Vor Geschäftsläden, in denen gleichartige Waren verkauft werden, sowie in der Schulstraße sind solche Glockenzeichen überhaupt zu untersagen. Ebenso ist das Halten mit den Geschirren auf den Straßen und Plätzen nur solange gestattet, als Waren verkauft werden und laufendes Publikum sich am Verkaufsstande aufhält. Zu widerhandlungen werden auf Grund von § 800 BGB 10 des Reichsstrafgesetzes mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen geahndet.

Portitz. Gemeinderatssitzung vom 14. August. Einem Vertrag mit dem Gemeindeverbande, zur Errichtung einer Nebenlandzentrale bei Bau eines Transformationshauses vorzunehmen, stimmt man zu. Des weiteren war ein Schreiben vom Rat der Stadt Leipzig eingegangen über die Verpflegung der Witwe Hanke. In der letzten Sitzung war beschlossen, die Witwe Hanke für 8 Mk. wöchentlich im städtischen Pflegehaus unterzubringen. Das lehnt der Rat der Stadt Leipzig ab. Der Gemeinderat sah den Beschluss, die Witwe Hanke im Siechenhause unterzubringen; der Sohn der Witwe Hanke, der sich schriftlich verpflichtet hatte, seine Mutter bis an ihr Ende zu unterstützen, soll von der Aufsichtsbehörde dazu angehalten werden. Von einem Schreiben der Amtshauptmannschaft über Strafen- und Wegebaulachen nahm der Gemeinderat Kenntnis, ferner fordert die Amtshauptmannschaft, das Stammbuch (welches in einem Spartenbuch angelegt ist) anzugeben zur Eintragung in den Spartenvermerk. Eingegangen waren noch Schreiben der Thüringer Gasgesellschaft über Abgabe von Gas an Privatbetriebe sowie ein Nachtrag zur Nebenlandzentrale. Am Schluß der Sitzung wurde wiederum Klage geführt über die Beschädigungen der Bäume auf den Straßen. Die Verhängungen sind besonders zur Zeitzzeit auf die beladenen Erntewagen sowie auf unvorsichtige Fahrten der Geschäftsführer. Die Geschäftsführer behalten sich das Recht vor, im Wiederholungsfalle die nötigen Schritte bei der Aufsichtsbehörde einzuleiten.

Holzhausen. Der Gemeinderat hielt am 16. August eine Sitzung ab, in der elf Punkte zur Verhandlung standen. Für nächstes Jahr sind 8000 Mk. für Wegebau vorgesehen. Es sollen circa 120 Meter Kleinpflaster in der Seifertshainer Straße, in der Kleinpflaster Straße circa 50 Meter ausgeführt, in der Kämerstraße circa 400 Meter beschottert werden. Das Einquartierungs-Regulat ist von der Amtshauptmannschaft genehmigt worden. Es entfallen ein Pfund auf Einkommen von 1800 Mk. an gerechnet, und vier Pfund nach Einheiten auf Grundbemessung. Der Verein Helmatisch hat sich erboten, eine Skizze für den Bebauungsplan herzustellen. Die Kosten

sollen die Interessenten tragen. Ein Unterstützungsgebot wird genehmigt, begleitet wird der Arealabtrennung Starke an Müller zugesagt. Die Ochsenweise am Collinberge soll im September geteilt oder im ganzen öffentlich verpachtet werden. Die Wertzuwächse der beim Verkauf eines Grundstückes des Gutsbesitzers Röthig an seinen Sohn kommt mit 14000 Mk. (1/3 Prozent) in Verrechnung. Die Pensionierung der Gemeindebeamten wird verlängert und werden einige Gemeinderatsmitglieder beauftragt, einer Versammlung beizuhören, welche von der Amtshauptmannschaft geleitet wird und im September stattfindet. Expedient Nobell soll als Protokollant verpflichtet werden. Die Pfauenverpachtung ergab 481 Mk. Die Gasbeladung soll Ende August wieder eintreten. Die Kosten eines umgefahrenen Gasankabels betragen 20 Mk. und sollen von dem Geschäftsführer eingezogen werden, der den Kabelader umgefahren hat. Das elektrische Klingelabel soll gelegt und im April 1911 Licht und Kraft verabfolgt werden. Ein Antrag des Geistlichen Ahle, eine Tragbahn anzuschaffen, damit Verunglimpfte und Tote nicht auf einem Motorwagen befördert zu werden brauchen, wird abgelehnt mit der Begründung, 1. daß es noch Gemeinden gebe, wo Leichen auf einem Motorwagen befördert würden, 2. daß Unfallsfälle so wenig vorkommen, daß die Tragbahn jahrelang unbenuzt dastehen würde. Die Gemeindeverwaltung 1909 sind abgeschlossen, und ist eine Kommission gewählt, dieselben zu prüfen. Die Auslegung der Rechnung wird noch bekanntgegeben.

Entzira. Am 15. August war der 3. Termin Gemeindeanlagen und das Schulgebäude auf das 3. Quartal 1910 fällig; spätestens bis 5. September sind diese Stiener bei Vermeldung des Maibaum beginn. Zwangsbeitreibungsvorfahrens abzuführen.

Delitzsch. Der Lehrling des Sattlermeisters Mayerhofer geriet mit der rechten Hand in die Werkmaschine und quetschte sich das erste Glied des zweiten, dritten und vierten Fingers ab. Vor nicht langer Zeit hatte der junge Mann schon das Unglück, sich mit einem Seile den Daumen der linken Hand abzuhacken. — Der Mischthüter des Rittergutes Saalfeld gilt in der Nähe des Forsthauses beim Aufstellen ab und wurde von den schon geworbenen Pferden ein Stück mitgeschleppt. Schließlich gings ihm der Wagen über den rechten Fuß. Da die Pferde dann anhielten, gelang es dem Verunglimpften noch auf seinen Wagen zu steigen und nach hier zu fahren.

Elsterwerda. Das Delitzscher Tageblatt berichtet eine Räuberbeschreibung aus Elsterwerda, wonach ein Arbeitswilliger der Dermatoidwerke, aus Magdeburg stammend, der seit noch nicht ganz vierzehn Tagen Hausreinigerdieneleistung leistet, auf dem Wege nach der Fabrik — zwischen dem Werk und der Elsterstraße — von zwei dort im Felde Lagernden Männern angehalten und befragt worden sein soll, ob er in der Fabrik noch weiter arbeiten wolle. Als seine Antwort im bejahenden Sinne ausfiel, will er nach seinen Angaben von dem einen Mann einen Stoß gegen die rechte Seite der Brust erhalten haben, der allerdings nur einen langen Schulterschaden verursachte, während der andere ihm am Hals packte und ihm Kragen und Vorhang herunterriß. Auf dem Weben und Ölgegossen hin hätten die beiden Männer ihn freigeslassen und die Flucht ergreifen. Es handelt sich ganz offenbar um die Flunterei eines Arbeitswilligen, der sich durch diese Räubergeschichte interessant machen will, oder sonst welche Zwecke verfolgt. Nach Angabe des Tageblatts kann der Herr Arbeitswillige die beiden, die ihn überfallen haben sollen, gar nicht beschreiben; er hat natürlich keine Männer je gesehen, die ihn überfallen wollten. Mit solchen Überfallunternehmen wird eben bei jedem Streik gearbeitet. So alt und elend derartige Mittel auch sind, sie werden immer wieder angewendet.

Iwenau. Für die Ortschaften Iwenau mit Koschbar und Jänisch ist eine Gemeinde- und Krankenpflegerin angestellt worden. Der Stadtgemeinderat zahlt hierzu einen Jahresbeitrag.

Iwenau. Eingesandt. Am 28. Juli wurde ich bei der Ortskrankenkasse Iwenau von meinem Arbeitgeber als Mitglied angemeldet. Nachdem die Arbeitsgelegenheit am 15. August zu Ende war, begab ich mich nach dem Bureau des Ortskrankenkasse und meldete mich als freiwilliges Mitglied. Hier wurde mir aber der Bescheid, daß ich nur zur Invalidenversicherung angemeldet sei. Auf sofortige Erklärung beim Arbeitgeber wurde der Beleg über die Anmeldung hervorgeholt. Das Gerichtsamt meinerseits und seitens des Bureauverwalters meines Arbeitgebers war nicht gering, denn auf dem Beleg war „Ortskrankenkasse“ einfach geschrieben. Nach ausdrücklicher Verstärkung des Bureauverwalters meines Arbeitgebers nicht von ihm. Welches Recht besitzt aber ein Angestellter einer Krankenkasse, die Anmeldung in einer sochen Weise zu korrigieren? Handelt dieser Angestellte nach seinem Gewissen, oder sind diesem Angestellten besondere Instruktionen erliegt worden? Es wäre sehr wünschenswert, hierauf eine Antwort zu erhalten.

Einißburghardt, Iwenau.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt. In der am 11. August stattgefundenen Mitgliederversammlung des Distrikts Schlebusch wurden folgende Genossen in den Hauptvorstand gewählt: Konrad Müller, Vorsteher; Max Schulz, Stellvertreter; Max Wille, Kassierer; G. Bähr, Stellvertreter; L. Päßold, Schriftführer; G. Hartung, M. Dößner, A. Roth, Beisitzer. Alle Zuschriften sind an Konrad Müller, Augustastrasse 8, alle Gelder an Max Wille, Bismarckstraße 8, zu adressieren.

Versammlungskalender.

Donnerstag: Fürsäuer. Mitgliederversammlung. Volkshaus. Abends 1/2 Uhr. Bauarbeiter u. Konstruktionsarbeiter. Vertreterinnen-Sitzung. Volkshaus. Abends 1/2 Uhr. Sonnabend. Mitgliederversammlung. Volkshaus. Abends 1/2 Uhr. Freitag: Büro. Öffentl. Versammlung. Volkshaus. Abends 1/2 Uhr. Samstag: Volksarbeiter. Versammlung. Volkshaus. Abends 6 Uhr. Montag: Metallarbeiter. Vertreterinnen-Sitzung. Volkshaus. Abends 1/2 Uhr.

Doppelte Rabatt-Marken!

■ Zu besonders billigen Preisen ■

Sommer-Restbestände

Kleiderstoffen
Waschstoffen
Blusen
Paletots
Staubmäntel

Wasch-Kleidchen
Wasch-Anzügen
Handschuhe
Normal-Wäsche
Strümpfen

Wir geben von heute ab bis zum 27. August auf alle Artikel die

doppelte Anzahl
Rabattmarken
auf 1 Mk. 8 Marken!

■ Bereits eingetroffene Neuheiten ■

Für Herbst und Winter:

Kleiderstoffe
Blusenstoffe
Kostüm-Röcke
Blusen
Unterröcke

Einsätze, Besätze
Spitzen, Spachtel
Gürtel, Taschen
Jabots, Schals
Schleier

Eisenbahnstrasse
Nr. 39-43

Schusters Warenhaus

Größtes Kaufhaus des Ostens.

Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag, den 18. August: 20. Abendmahl-Vorstellung (2. Serie, weiß): **Guhmann-Gensel.**
Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Regie: Regisseur Blinde.

Siebenhaar, Besitzer des Hotels zum grünen Schwanz	Dr. Jaded	Klaus Wermelski, Dr. Aunschmann
Horstchen, sein Sohn	Käthe Niegling	Wenzlaff, Dr. Kraus
Hensel, Schuhmann	Dr. Decart	Schöniger, Pferdehändler
Mädchen, seine Frau	Dr. Schippang	Grämer, Tierarzt
onne, Magd bei Hensel	Dr. Kosewitska	Käbel, Tanzmeister
Bertha, Kellnerin	Dr. Albrecht	Gilbebrand, Schmid
George, Kellner	Dr. Colmar	Hauske, Mutter bei Henschel
Wermelski'sche, Tochter der Schuhmutter zum grünen Schwanz	Dr. Demme	Henschel, Dr. Böhme
Das Stück spielt in einem kleinen Dorf, der 2. im Mai, der 3. im November, der 4. und 5. im folgenden Frühjahr.		Staus, Aufseher bei Siebenhaar
Von 1. bis 5 Uhr, abends 10 Uhr. Spielplan: Freitag: Die Gedenktag. Anfang 7 Uhr.		Ein Feuerwehrmann
Von 1. bis 5 Uhr, abends 10 Uhr. Spielplan: Freitag: Die Gedenktag. Anfang 7 Uhr.		Dr. Ingemohr

Altes Theater.

Donnerstag, den 18. August, abends 10 Uhr: **Der fidele Bauer.**

Operette in 1 Vorspiel und 2 Akten von Miller Lönn. Musik von Leo Fall. Regie: Oberregisseur Hart. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Hindemith. Vorspiel: **Der Student.** Mathieu Scheidler. Lindoberer, der Bauer vom Lindobererhof Dr. Haas. Winzen, sein Sohn Dr. Holland. Raubalot, 2. Sohn Dr. Hartwinkel. Endlebhofer, Bauer Dr. Siegmund. Jöpf, Obergleitl. Ein Bauer. Spielt im Dorfe Oberwang in Oberösterreich.

Erster Akt: Der Doktor.	Dr. Weble
Mathieu Scheidler.	Dr. Weble
Stefan, sein Sohn	Dr. Höhne
Amanz, 1. Sohn	Dr. Schmid
Lindoberer, der Bauer vom Lindobererhof	Dr. Haas
Vincenz, sein Sohn	Dr. Heine
Raubalot, 2. Sohn	Dr. Hartwinkel
Endlebhofer, Bauer	Dr. Siegmund

Spield am Dienstag, den 1. August, abends 10 Uhr. Spielplan: Freitag: Die Gedenktag. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. Gewöhnliche Preise.

Mareks Fußbodenfarben trocknen über Nacht, sind halbtrocken, billig das einzige Beste Mittel zur Vertilgung von Wanzen.

Adolf Marek, Eisenbahnstraße 144, Eisenstraße, Ecke Körnerstraße.

Krystall-Palast-Theater

5 Novitäten

Ernest Thorne

mit neuen Illusionen.

Ferner: Aufreten sämtlicher Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Durchsetzungskarten Mk. 5.50.

Krystall-Palast. Theatersaal.

Vaudeville-Saison. Artistische Leitung: Ferry Körner.

Zum 44. **Das Bett.** Zum 44.

Male: von Henri Lavedan. Male:

Anfang 8 1/4 Uhr. — Billets im Krystall-Palast u. bei Aug. Pollich.

August Battenberg. August 1910

Holland im Orient.

Operette „Ohne Männer“ in 2 Bildern von Oskar Coppée.

Musikarrangement von Gustav Sorge.

Otto Röhr

Humorist am Flügel.

Familie Malss

Drahtseilkünstler.

La Palma u. Nathai

Mensch oder Affe?

Joe Marin u. Lona

Akrob. Jongleurakt.

W. u. M. Belloni

Dressierte Kakadus.

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8 1/4 Uhr: Lokomotivführer Claussen. Schauspiel in

4 Akten von Waldemar Müller-Eichhart.

Morgen: Abends 8 1/4 Uhr: Charley's Tante. Schwank von Branden-Thoma.

vorverkauf numerierter Billets bei Franz Stein, Markt 16 und

Paul Pfützner, neben Battenberg.

Eleg., solide Versandkartons.

Dauerhafter brauner Dermatoibbezeug mit acht Lederecken, zwei

Schlüsseln, solidem Griff, innen Drellfutter und zwei Gurten.

Pr. 101 E. 00 > 40 > 15 em. A. 8.50

102 E. 65 > 40 > 15 " " 9.00

103 E. 70 > 40 > 15 " " 9.50

104 E. 75 > 40 > 15 " " 10.00

187-190 Segeltuchbezeug: " 4.50, 6.00, 6.50, 7.00

" empfiehlt in " **Karl Blaich** Windmühlenstr. 32

größter Auswahl für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel."*

Erste Lindenauer Handschuhfabrik

jetzt Merseburger Straße 82 oben Frau Michael

Krawatten, Wäsche, Hosenträger, Trikotagen, Hüte u. Stöcke, Handschuhe für Damen und Herren "

Oscar Papesch.

Cheatervorstellungen:

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstraße 19.

Donnerstag, den 18. August, abends 8 Uhr: **Gespielt bei Königl. Hofschauplatztheater in Stuttgart.**

Der Meisterdieb (Arsène Lupin).

Nomade in 4 Akten von François de Croisset und Maurice Leblanc. Aus dem Französischen von Stephan Epstein.

Im Spiegel gespielt vom Oberregisseur Ernst Bornstedt.

Gouraud Martin Ernst Bornstedt

Germaine, d. Tochter Marcella Mallen

Sonia Krissman, der

Gesellschafterin Rose Dulé

Jeanne, Vermählungen (Lili Böhnel)

Georg, Vermählungen (Lili Böhnel)

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. August.

Geschichtskalender. 13. August 1842: Der italienische Maler Guido Reni in Bologna gestorben (* 1575). 1792: Der englische Staatsmann Lord John Russell geboren (* 1878). 1850: Honore de Balzac in Paris gestorben (* 1799). 1866: Gründung des Norddeutschen Bundes. 1896: Wilhelms II. Umsturz-Veteranenverein. 1907: Internationaler Arbeiterkongress in Stuttgart.

Sonnenaufgang: 4,48, Sonnenuntergang: 7,19.
Monduntergang: 1,2 vorm., Mondaufgang: 6,57 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. August.
Schwache Südwestliche Winde, vorwiegend heiter, warm, meist trocken.

Die Polizei.

T.

Man muß es der Gehestaltung in Dresden lassen, interessante und zeitgemäße Themas in Vorträgen behandeln zu lassen, versteht sie. Wenn allerdings mit der in den Vorträgen entwickelten Theorie die Praxis im öffentlichen Leben Sachsen beeinflußt oder dies beabsichtigt sein sollte, so dürfte diesem Bestreben wenig Erfolg beschieden sein. Als der Heidelberg Staatsrechtslehrer, Professor Jelinek, dort über Wahlrecht sprach, nannte er das Pluralswahlrecht ein unehrliches System, das hinderte aber nicht, das Sachsen gerade dieses System für seine Bürger für das geeignete hielt und einführte. Im Februar d. J. hat nun der Professor des öffentlichen Rechtes an der Berliner Universität, Dr. Anschütz, einen Vortrag gehalten über Die Polizei!*

Gewiß etwas eigenartig, daß ein deutscher Rechtslehrer im klassischen Polizeistaat die Polizei in einem Vortrage behandelt. Es ist eine fleißige wohldurchgearbeitete Abhandlung die Anschluß in dem Vortrage bietet. Was er über den Begriff und die geschichtliche Entwicklung der Polizei bringt, wird manchen willkommen sein, sinnemal es so kurz und klar zusammengefaßt ist. Leicht hat es sich Anschluß aber insofern gemacht, als er die Praxis außer Betracht läßt, oder das praktische Walten der Polizei, besonders in Sachsen, nicht kennt. Man kann ihn auch darum nicht zu stimmen, wenn er zu dem Schluß kommt: Der Polizeistaat ist überwunden durch den Rechtsstaat, eine neue Ordnung, welche Gesetz und Recht herrschen läßt, nicht so wohl im Verkehr der einzelnen unter sich als vor allen im Verhältnis der einzelnen zur öffentlichen Gewalt, zur Verwaltung.

Die Polizei ist in unserem öffentlichen Leben ein sehr gewichtiger Faktor, nach Meinung gar vieler der allerwichtigste Faktor, ohne den das Reich, die Bundesstaaten, kurz die ganze Gesellschaftsordnung gefährdet wäre und doch wird auf keine Einrichtung so viel geschimpft, wie auf die Polizei. Vom fechtenden Handwerksburschen bis zum reichen Nahrungsmittelfabrikanten, vom Bauspekulant bis zur Halbweltsdame, von der Verbrecherspelunke bis zum Stammstätt des Gosenphilisters ist man sich darüber einig, daß die Polizei immer da ist, wo man sie nicht wünscht, aber nie da, wo sie gebraucht wird.

Das, was man unter Polizei versteht, hat sich im Laufe der Zeit sehr verändert. Ursprünglich deckte sich der Begriff mit dem Staate, dem ganzen Staatswesen. Auch in Deutschland, wo der Name im 14. und 15. Jahrhundert zuerst auftrat, verstand man darunter nicht einen bestimmten und begrenzten Verwaltungszweig, sondern die ganze Staatsfähigkeit, einschließlich der Justiz, dem Finanzwesen usw. Wohlergehen und Wohlstand der Allgemeinheit wurde als „gute Polizei“ bezeichnet.

Noch im 17. Jahrhundert verstand man darunter „das ganze Regiment“ eines Landesherrn. Es sonderte sich dann im Laufe der Zeit davon ab in das Militärwesen, dann die Finanzangelegenheiten und später die Justiz, so daß der Polizei alle Angelegenheiten der inneren Verwaltung, alle Angelegenheiten der Kultur, der Wohlfahrt des Volkes zu verwalten verblieb. Bis ins 18. Jahrhundert teilten die Machthaber alles was sie nach ihrem Gutdünken für des Staates Wohl und Sicherheit zu gemeinen und öffentlichen Nutzen für notwendig hielten, unter den Begriff Polizei ein.

Unter dem Titel „Christliche Polizei“ wurden in den alten Landtagen Postordnungen, Zuchthäuser, Bleierschmelz und alles mögliche behandelt.

So sagt z. B. C. H. v. Nömer in seiner Darstellung des Sächsischen Staatsrechtes (1787–1792). „Der Religionsunterricht des Volkes ist eine der wichtigsten auf die Sicherheit des Staates bezugshabende Polizeianstalt.“

Es ist ersichtlich, daß die Herrscherden die einflussreichsten Posten der Verwaltungsbehörden, die die Polizei in erster Linie zu haben hatten, sich sicherten. So gehörten in Sachsen die Amtmänner der Kreishauptleute wie der Amtshauptleute zu den „adligen Dignitäten“, d. h. sie waren dem Adel vorbehalten.

Dieser schrankenlosen und zwangswise Fürsorge für das Wohl und Wehe ihrer Untertanen, ganz nach dem Ermessen der Landesherrn und ihrer Verwaltungsorgane entstand dann eine Opposition, die sich in der Forderung ausdrückte, die Zwangsfürsorge oder Polizeigewalt des Staates finde ihre Grenze an dem Naturrecht, dem Menschenrecht des einzelnen. Der Staat habe wohl für die Sicherheit, aber nicht für die Wohlfahrt seiner Untertanen zu sorgen. Kant und besonders der junge Wilhelm Humboldt verfochten den Standpunkt, der Staat habe nur für den Rechtschutz und die Sicherheit des Gemeinlebens zu sorgen, und dürfe demgemäß die Freiheit des einzelnen nur so weit beschränken, als es die Rücksicht auf die Freiheit des andern erfordere, jeder

weiteren auf Beförderung der privaten Glückseligkeit und des allgemeinen Wohlstandes gerichtete Tätigkeit aber sich enthalten müsse.

Die Anschauung fand ihren Ausdruck im Preußischen Allgemeinen Landrecht 1794, worin es heißt: „Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publico oder einzelnen Mitgliedern deselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist Amt der Polizei“.

Ein Jahr später wurde derselbe Polizeibegriff in die französische Gesetzgebung aufgenommen. In einigen deutschen Bundesstaaten, besonders in Sachsen, fand keine gesetzliche Formulierung dieses Begriffs statt. Noch heute beruft die Macht, Gewalt und Befugnisse der Polizei bei uns auf Gewohnheitsrecht. Dieses Gewohnheitsrecht ist aber von den Gerichten als gelten des Recht anerkannt. Es ist so der Begriff Sicherheitspolizei entstanden. In der Praxis des Staatslebens ließ sich der Staat aber nicht trennen über den Sicherheitszweck hinaus tätig zu sein im Dienste des Wohlfahrtszweckes, was man als Wohlfahrtspolizei bezeichnete. Die Polizei ist so in der geschichtlichen Entwicklung geworden: Die Staatsfähigkeit in der inneren Verwaltung zur Abwehr von Gefahren und Störungen, die dem öffentlichen Rechte drohen, der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung. Diese Ordnung aber ist der Inbegriff der Normen, deren Befolgung nach den jeweils herrschenden Anschauungen als Grundlagen des Gemeinlebens gelten.

Diese Anschauung ist nach Zeit und Ort sehr verschieden. Dr. Anschütz führt als Beispiel an: Es habe eine Zeit gegeben, wo das Rauchen auf der Straße ordnungswidrig, dagegen das Ablagern von Mist und Unrat auf derselben Straße ordnungsgemäß gewesen sei;

dieser jeweiligen Anschauung über „Grundsatz des Gemeinwesens“ habe sich die Polizei anzupassen, aber sie solle nicht meistern und bei ihren Entscheidungen einen objektiven Maßstab anlegen. Zutreffender als der Vergleich sind die Worte Fausts:

Was ihr der Geist der Zeiten heißt,

Das ist im Grund der Herren eigner Geist,

In dem die Zeiten sich bespiegeln.

Wäre die Polizei ein so neutrales Wesen, das über den Wolken thronte, dann wäre es eben keine Polizei, das heißt kein Werkzeug der jeweils herrschenden Klasse.

Das objektive Ermessen, was jeweils Sitte, was herrschende Anschauung ist, ist auch ein eigenartiges Ding. Wenn nächtlicher Weile in Berlin die Menschen vors Schloß ziehen um eine Kleist-Rezitation zu hören, so ist das ordnungsgemäß, aber am hellen Tage in einem Parke spazieren gehen, um für ein gleiches Wahlrecht zu demonstrieren ist polizeiwidrig. Um Störungen abzuwehren, die der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Staate drohen, soll die politische Polizei, die Fremdenpolizei, die Prezopolizei und Theaterpolizei usw. dienen. Maßgebend für die Beurteilung bleibt aber immer die herrschende Staatsgewalt und die Anschauung der jeweils herrschenden Klassen. Die Polizei kann Zwang anwenden, so weit ohne solchen ihre Zwecke nicht erreicht werden können, sie kann Freiheit und Eigentum der einzelnen beschränken zum Zweck der Beseitigung und Verhütung polizeiwidriger Zustände. Und das alles auf Grund eines Gewohnheitsrechtes, Anschluß sagt: „Alles Gesetz ist Recht und auch das Gewohnheitsrecht ist Gesetz.“

Wo aber das Gewohnheitsrecht nicht ausreicht, wird zur rechten Zeit eine gesetzliche Ermächtigung geschaffen. So konnte nach Herkommen die Polizei anordnen, daß die Radfahrer Nummern führen und Legitimationskarten haben müssen, aber finanzielle Einnahmen konnte sie daraus erst schlagen, als die Gebührenordnung, oder das Kostengesetz vom 30. April 1906, dem längst geäußerten Bedürfnis mit der nötigen Latte für die Polizei abgeholfen hat. Aus dem Polizeistaate herauszulösen, wo das pflichtgemäß Ermessen der Polizei entscheidend über Freiheit und Eigentum ist, muß das erste Bestreben sein und zwar in dem Rechtsstaat, wo an Stelle der subjektiven Ansicht über Zweckmäßigkeit, des verfassungsmäßig zustandegekommene Gesetz tritt.

In einem Verfassungsstaate sollte nur Geisteskraft haben, was mit Hilfe der verfassungsmäßigen Parlamente Gesetz geworden ist; Verordnungen nur insofern, als sie durch das Gesetz bestimmt sind, oder als Ausführungsverordnungen sich nötig machen. Die Ausführungsverordnungen sind im § 87 der Verfassungsurkunde festgelegt und haben den Zweck, das zur Durchführung der Gesetze nötige anzuordnen, dürfen aber keine neuen Rechtsgedanken enthalten.

Nach § 88 der Verfassungsurkunde gibt es auch noch sogenannte Notverordnungen: Bestimmungen, die ihrer Natur nach die Zustimmung der Stände bedürfen, die aber, um Schaden vorzubeugen, nicht verzögert werden dürfen. 1848 zum Beispiel ist durch Notverordnung die Zensur aufgehoben und die allgemeine Volksbewaffnung angeordnet worden. 1908 hat sich durch diese der Staat die Gewinnung radikalharter Quellen vorbehalten. Notverordnungen dürfen die Verfassung und das Wahlrecht nicht berühren, sie müssen auch der nächsten Ständeversammlung vorgelegt werden.

Werden sie von den Ständen verworfen, verlieren sie ihre Gültigkeit.

Nach dem alten Landrecht, einem Gewohnheitsrecht, hatten die Behörden die Macht, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Eine ganze Anzahl solcher Polizeiverordnungen ist bei der Einführung der Verfassung als geltendes Recht übernommen und sie werden noch heute von den obersten Gerichtshöfen als geltendes Recht anerkannt. Bei der Einführung der Verfassung 1831 war man bestimmt, die Justiz, die bisher als Dienerin des Landesherrn zur Handhabung „guter Polizei“ betrachtet wurde, von dem Einfluß der Regierung unabhängig zu machen (§ 47 der Verfassungsurkunde).

Die Arbeitszeit darf vom Unternehmer nicht eigenmächtig abgeändert werden.

Um die Frage der Berechtigung des Unternehmers, die Arbeitszeit abzuändern, entstand ein Rechtsstreit, der vor der Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zum Ausdruck kam.

Der gegen die Firma Mannesmann, G. m. b. H., als Kläger auftretende Kontrolleur Erich A. begründet seine Klage auf Zahlung von 102 Mark Gehalt wie folgt: Am 30. April wurde den Angestellten nach erfolgter Gehaltszahlung, als bereits die leitenden Personen fortgegangen waren, mitgeteilt, sie hätten von nun an statt 3 Stunden, wie bisher, nur 2 Stunden Tischzeit zu machen. Die Folge davon war, daß sofort vier Angestellte ihre Kündigung zum nächsten Ultimo per Brief übermittelten. Der Kläger zog vor, am nächsten Tage dem Direktor in schriftlicher Aussprache zu erklären, daß er in Rückicht auf die besonders entfernt gelegene Niederlassung der Fabrik gezwungen sei, an der dreistündigen Tischzeit festzuhalten. Der Direktor schlug ihm darauf vor, 3 Stunden Tischzeit zu machen, aber um 7 Uhr statt wie bisher um 8 Uhr zu kommen, doch auch damit will er sich nicht einverstanden erklären kann. Er teilt vielmehr der Direktion nach einigen Tagen brieflich mit, daß er auf der beim Engagement vereinbarten Arbeitszeit bestehen müsse. Die Beklagte begründet die daraufhin ausgesprochene Entlastung des Klägers damit, daß A. sich den Anordnungen der Gesellschaft auch noch widersetzt habe, als diese ihm sogar noch eine besondere Konzession mache. Der Kläger sei weder um 7 Uhr früh angetreten, noch habe er sich mit der Tischzeit nach dem Willen der Gesellschaft eingereicht. Der vom Gericht gehörte Sachverständige bestätigt dem Kläger, daß er ein verojöt und auch in anderer Beziehung kränklicher Mensch ist.

Das Kaufmannsgericht kam zur Verurteilung der Gesellschaft entsprechend dem Klageantrage. In der Begründung heißt es: Der Geschäftsherr darf nie die Arbeitszeit des Angestellten zu seinen ungünstigen ohne seine Einwilligung erheblich ändern. Hat der Geschäftsherr die neue Arbeitszeit aufgenommen, so kann er innerhalb der Abnahmedefrist, sofern er zur Einhaltung physikalisch oder physisch nicht mehr imstande ist, seine Einwilligung zurückziehen. Die körperliche und wohl auch geistige Beschaffenheit des Klägers hat es ihm unmöglich gemacht, die Neuverordnung durchzuführen. Um 7 Uhr anzutreten brauchte A. nicht und konnte es wohl auch nicht. Das Gericht ist auch der Ansicht, daß es nicht mehr richtig war, die Abänderung am Monatschlus im letzten Moment bekannt zu geben.

Überfahren. In der 12. Vormittagsstunde wurde in der Neueren Lauhaer Straße ein Postkasten vom Stockchen Kohlengeschirr übersfahren und erlitt schwere Verletzungen am Kopf und an der linken Hilfse. Der Bedauernswerte wurde in die Sanitätswache gebracht.

Glückschlag abgelaufener Anfall. In der Josephstraße in Lindenau wurde heute vormittig ein 4jähriges Mädchen von einem Milchgeschirr übersfahren. Dem Kind ging ein Borderrad über die Seite. Glücklicherweise hat das Kind keinen ernstlichen Schaden erlitten.

Mordmord. Am 10. August er., abends gegen 5 Uhr, wurde die ledige Kellnerin Betty Drescher in einem Gasthof in Altenberg ermordet und ihrer Barthaft in unbekannter Höhe beraubt. Eher ist der verheiratete Kaufmann Heinrich Dic, zuletzt in Witzburg wohnhaft, geboren am 8. Juli 1878 zu Gießen, Bezirkshauptmannschaft Salzburg, 1,70 m groß, schlank, blasses, schmales Gesicht, blonden dunklen Schnurrbart, dunkle Haare, trug grauen Sakanzug, welches Hemd, schwarze Kravatte, weichen, hellgrauen, oben eingebrochenem Filzhut über weißen Strudhut, je mit schwatzem Band, hat gewandtes Auftreten. Der Mörder Heinrich Dic, Kaufmann, hat nach neuerlicher Mitteilung am linken Handgelenk eine von einem Selbstmordversuch herkommende große Schnittwunde. Der kleine Finger der rechten Hand ist stief. Dic, der mit der Drescher ein Liebesverhältnis unterhielt, stieß am 10. August er., abends 1/2 Uhr, Er ist mehrfach bestraft und hat sich vor 8–10 Jahren in verschiedenen Städten unter falschen Namen aufgehalten. In Witzburg nannte er sich Wilhelm Gebhard, in Frankfurt a. M. Heinrich Dregel, in Köln Heinrich Debler.

Möglücker Abhängig auf gestohlene Sparflaschenbücher. Unter erschwerenden Umständen wurden in den Nachmittagsstunden des 7. August aus einer Wohnung in der Johanniskirche zwei Sparflaschenbücher der höchsten städtischen Sparflasche, mit einer Einlage von je 500 Mk., sowie eine Lebensversicherungspolice Nr. 181872 der Versicherungsanstalt „Vitória“ in Berlin und eine solche Nr. 122162 der Lebensversicherung „Centuria“ gestohlen. Beide Sparflaschenbücher wurden am nächsten Tage bei der Sparflasche in L.-Leubnitz durch einen 8 bis 10 Jahre alten Schulknaben mit blassem blassen Gesicht, bekleidet mit dunklem Anzug, der eine Wachstumshärtige Tasche getragen hat, vorgelegt. Gleichzeitig legte der Knabe einen Brief mit vor, der besagte, daß von jedem Buch 100 Mk. abgehoben werden sollten. Der Beamte schöppte jedoch Verdacht, handlige das Geld nicht aus, befehlte die Blücher zurück und beschloß den Knaben, den Auftraggeber selbst zu schicken. Blücher ist weder der Knabe noch der angebliche Auftraggeber wieder erschienen. Der Verluststräger hatte bis dahin die Blücher noch gar nicht vermisst. Zur Auflösung des Sachverhaltes wäre es sehr erwünscht, wenn sich der Knabe umgehend bei der Kriminalpolizei melden würde.

Vermisst wird der Arbeitsbursche Otto Hunold, geb. am 10. Juni 1895 in Halle, seit 12. August aus der Wohnung seiner Eltern in Bösdorf. Der Vermisste ist mittelgroß, kräftig, hat blonde Haare, braune Augen und längliches Gesicht. Er trug dunklen Jackettanzug, schwarze harten Hut und schwarze Schnürschuhe. Möglicherweise treibt sich der Bursche in der Stadt umher.

Seit 12. August wird aus der Wohnung ihrer Mutter, Blumenthalstraße in L.-Gohlis, die am 19. Dezember 1895 hier geborene Elfrida Eberhardt vermisst. Bei seinem Weggang äußerte sich das Mädchen, daß es sich ein Leid antun wolle.

Unfälle. Gestern abend stürzte ein Tapetzer im Treppenhaus eines Geschäftshauses in der Petersstraße von einer Bodenleiter rücklings herab und zog sich erheblich Rücken- und Beckenquetschungen zu.

Auf der Kreuzung der Elster- und Provinzialstraße fuhr gestern früh ein Gymnasiast mit seinem Fahrrad an einen Motorwagen der L. G. Str. A. an, stürzte und kam unter den Borderperron zu liegen. Hierbei zog er sich eine erhebliche Verletzung am Hinterkopf zu und wurde nach Anlegung eines Notverbandes nach der elterlichen Wohnung in L.-Gohlis gebracht.

In selbstmörberischer Absicht brachte sich gestern abend im Johannapark ein 19 Jahre alter Handlungsschille aus Gohlis mit einem Dolchmesser mehrere Stiche in die Brust bei und wurde schwerverletzt nach dem Krankenhaus geschafft.

Zahnprellerei. Ein 20 Jahre alter stellungloser Gardier wollte, nachdem er in einem Lokale der inneren Stadt 28 Schnitt Bier genehmigt und buntentsprechend gegessen hatte, ohne Bezahlung verschwinden, wurde aber rechtzeitig bemerkt, eingeholt und festgenommen.

Stohling. Nach vorausgegangenem scheltenhaftem Spott in der Eichstrasse wohntender Schlosser seine Chefrau mit einem Dreikant mehrere Male und verlebt sie am Kopf und an beiden Armen.

Schwundler. In letzter Zeit trat in mehreren Fällen ein Betrüger in hiesigen Geschäften auf, der sich Großväter für

* Gedruckt und verlegt bei B. G. Teubner, Leipzig. Preis 1 Mark.

Herrschäften geben läßt, um dann nachträglich den Stoff abzuholen. In einigen Fällen gelang dem Spitzbuben der Trick, während anderseits die Geschäftsinhaber dem Menschen nicht trauten. Der Schwindler ist etwa 30 Jahre alt, von mittlerer Gestalt, hat blonde Haare und trägt den linken Arm in einer Binde. Bekleidet war er mit dunkelgrauem Jackettanzug und mit weitem Strohhut.

Diebstähle. Gestohlen wurden sieben Fahrräder in heisiger Stadt und zwar ein Brennabor, ein Reform, ein Sirius, ein Phänomen-, ein Vogel-Plauen-, ein Meteor- und ein Rad ohne Marke.

Am 11. August nachmittags wurde in der Waldstraße ein blauwestlichem Handwagen mit zwei Eichelbäumen ohne Kastenaufbau gestohlen.

Beim Fahrraddiebstahl in einem Grundstück in der Hainstraße wurde ein schon vielfach vorbestrafter Bäcker gesellt von hier erwischt und festgenommen.

Bergholzungen. Beim Verkauf eines Prismenglases (Fernstechers) im Werte von 140 M. wurde von einem Optiker ein 51 Jahre alter, mit Buchhaus wiederholter vorbestrafter Holzbildhauer angehalten. Über den Erwerb konnte er keine Auskunft geben und mußte der große Unbekannte herholten, der ihm das Glas zum Verkaufe übergeben hatte. Der Holzbildhauer kam in Haft, das Glas ist zweifellos gestohlen.

In Möckern wurde kürzlich bei einem Einbruch aus einem Grundstück eine Hose und eine Bluse gestohlen. Zusätzlich traf gestern der Eigentümer den Dieb in seinen Sachen, verlor seine Festnahme und wurde in dem Spitzbuben ein vielfach vorbestrafter politischer Schmied erkannt.

Im Besitz eines bei der Polizei in Haft befindlichen achtzehn Jahre alten Bäcker gesellten aus Lemberg wurde eine Rückenluhr mit blauwestlichem verziertem Gehäuse und blauwestlichem Zifferblatt gefunden, die der Bäcker gefunden haben will. Jedermann ist aber die Uhr gestohlen und kann sich der Besitzer melden.

Ortskrankenkasse.

Die hiesige Ortskrankenkasse hielt am 12. August unter Beteiligung von 45 Unternehmern und 251 Arbeiternvertretern eine außerordentliche Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: Vertragsvertrag und Statutenänderung.

Der Vorsitzende, Herr Pollender, berichtete ausführlich über die Entwicklung der Arztklage seit dem Jahre 1904 und über das Ergebnis der Verhandlungen, über die Verlängerung des Endes dieses Jahres ablaufenden Vertrages. Die hierauf getroffenen Vereinbarungen gehen dahin, daß der gegenwärtige Vertrag auf weitere 3 Jahre verlängert und das Pfandschuhonorar für die ersten 3 Jahre von 6.50 M. auf 7.25 M. für die letzten 3 Jahre auf 7.50 M. pro Mitglied und Jahr erhöht wird. Weiter ist vereinbart worden, daß die Kilometergebühren von 50 auf 75 Pfg. erhöht werden, in Zukunft die vertrauensärztlichen Funktionen nicht mehr aushilfsweise durch Kassenärzte, sondern ausschließlich durch selbstgestellte Vertrauensärzte ausgebüllt werden, so daß sich die Aufstellung eines dritten Vertrauensärztes nötig macht, und daß die Höchstzahl der zugelassenen Kassenärzte, bisher 375, in Zukunft seiner Belieferung unterworfen ist, um so mehr als in den vergangenen fünf Jahren diese Maximalzahl niemals erreicht worden ist. Diese und eine Reihe anderer unverlässlicher Bestimmungen fanden einstimmige Billigung der Generalversammlung.

Zur Befestigung der bisher erschienenen 5 Statutennachträge hat der Kassenvorstand der Versammlung ein neu ausgearbeitetes Statut zur Beratung vorgelegt, das zugleich eine Anzahl Änderungen enthält. Diese sind:

Erhöhung der Beiträge von 3% auf 4 Prozent,

Einführung einer Schwangerschaftsunterstützung,

Erhöhung des Sterbegeldes für Ehemänner auf 40 M., für

Kinder auf 20 M.,

Erhöhung des Krankengeldes von 50 auf 55 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes,

Abänderung des § 87 betr. das Verfahren bei der Wahl der Generalversammlungsvertreter und

Erhöhung der Mahngebühren.

Der Vorsitzende erläuterte nochmals die den Vertretern gebrückt zugegangene Begründung und die von der Königlichen Kreishauptmannschaft bei einer Vorprüfung gewünschten Änderungen, worauf in einer Generaldiskussion eingetreten wird.

Herr Wüstner tritt namens der Unternehmer im Kassenvorstand der geplanten Statutenänderung entgegen und hält namentlich einer Beitragserhöhung und Erweiterung der Leistungen im gegenwärtigen Augenblick nicht angebracht, da seiner Meinung nach die im nächsten Jahre als Gesetz zu erwartende Reichsversicherungsordnung so umfangreiche Änderungen bringen werde, daß eine nochmalige Umarbeitung des Statuts erforderlich werde. Auch Herr Graf schließt sich der Ansicht des Herrn Wüstner an, er hätte gewünscht, daß die Generalversammlung auf einen für die Arbeitgeber günstigeren Zeitpunkt einberufen worden wäre, da viele noch verreisen seien und bemängelt die festgesetzte Höhe der Mahngebühren.

Die Herren Wittig, Friedel und Gerde treten für die Beitragserhöhung ein und bedauern die ablehnende Haltung der Unternehmer mit Hinweis darauf, daß die Erhöhung der Beiträge mäßig sei und die Unternehmer davon nur zu einem Drittel getroffen würden, wobei sich eine Bemerkung des Herrn Gerde im besonderen gegen Herrn Fischer richtet, bei dem die Mehrleistungen wegen der vielen Lehrlinge, die er beschäftigte, ganz unbedeutend sei. Herr Wüstner betont demgegenüber, daß sich auch die Unternehmer der Notwendigkeit der Erhöhung des Krankengeldes nicht verschließen, nur hielten sie den gegenwärtigen Augenblick hierzu noch nicht für geeignet. Herr Fischer lehnt ebenfalls die Vorlage ab.

In der weiteren Debatte, bei der sich noch verschiedene Herren beteiligen, kommt Herr Fischer der Bemerkung des Herrn Gerde gegenüber auf das Ausbildungswesen der Lehrlinge zu sprechen, welches Gebiet er trotz Widerspruches des Vorsitzenden nicht verläßt, so daß ihm schließlich das Wort entzogen wird. Herr Fischer betrachtet dies als eine Majorisierung und ersucht die übrigen Unternehmer, mit ihm die Versammlung zu verlassen, denn fast ausnahmslos entsprochen wird. Damit war die Generaldiskussion erledigt. In der Spezialberatung werden die

Änderungen der verschiedenen Paragraphen und die Bestimmungen des Anhangs einzeln mit geringen Abweichungen und schließlich das ganze Statut genehmigt mit Wirkung vom 1. Januar 1911 ab.

Die durch den neuen Arztrevertrag und die beschlossenen Statutenänderungen der Kasse und sonstigen Forderungen entstehenden Mehrauswendungen betragen:

ca. 135 000 M.	für ärztliche Behandlung,
" 18 000 "	Kilometergebühren,
" 7 000 "	Erweiterung des vertrauensärztlichen Institutes,
" 295 000 "	Krankengelder,
" 45 000 "	Schwangerenunterstützung,
" 20 000 "	Arzneikosten,
" 75 000 "	Erhöhung der Verpflegung in Krankenhäusern und Privatkliniken,
" 40 000 "	Beamtenbesoldung,

ca. 885 000 M., denen eine Mehreinnahme an Beiträgen von ca. 845 000 M. gegenübersteht werde, so daß sich die bis her ungünstige, zur Erfüllung des gleichen Reservefonds abzuführende Quote um 200 000 M. erhöhen wird.

Haus der Partei.

Ein jünger Verleumder. Der Redakteur des Karlsruher Volksfreundes, Genosse Kolb, hat bis jetzt noch mit keiner Silbe auf die Juridikalisierung seiner Chrabschniedereien betreffend die Genossen Rosa Luxemburg reagiert, die auf Grund unanfechtbarer Tatsachen sofort in der Leipziger Volkszeitung und im Vorwärts vorgenommen worden war. Er behauptete, die Genossin Luxemburg sei vom Zürcher Kongress zurückgewiesen worden, da sie im Verdacht stand, eine russische Polizeispionin zu sein. Er behauptete weiter, dieser Verdacht habe jahrelang auf ihr geruht. Er behauptete drittens, noch Ende der neuzeitlichen Jahre habe die Frankfurter Tagesspost das Material wieder einmal zusammengestellt, ohne daß Luxemburg ein Wort hätte antworten können. Wir wiesen sofort nach, daß sich Kolb diese Chrabschniederei glatt aus den Fingern gesogen habe, daß aber auch nicht ein Wort davon wahr sei. Dieser Kolbsche Artikel erschien am Sonnabend. Und bis heute hat dieser Wahrheitsfreund sich noch nicht veranlaßt gesehen, seine Chrabschniederei juristisch zu nehmen oder überhaupt mit einem Worte auf unsere Feststellungen zu reagieren!!

Gegen Kauhly, der einen lichtvollen Artikel zur badischen Budgetbewilligung in der Neuen Zeit veröffentlicht hatte, wendet sich Kolb in seinem Volksfreund in einem Artikel, in dem er, ohne seinen Lesern den sachlichen Inhalt der Kauhly'schen Ausführungen mitzuteilen, den Genossen Kauhly mit folgenden Schmähungen überflüttet:

Mit Gründen der Vernunft und der Logik kommt man gegen die radikale Phraseologie vorerst nicht auf. Tief beiderartlich ist es jedenfalls, daß der wissenschaftliche Führer unserer Partei mit so elenden Klopfsechtereien argumentiert und nicht davor zurückstehen, 17 Genossen, die alle ohne Unterschied im Klassenkampf jederzeit ihren Mann gestellt und ihre Pflicht erfüllt haben, mit Streikbrechern auf eine Stufe zu stellen. Wer mit solchen Mitteln kämpfen muß, richtet nicht uns, sondern sich selbst, vor allem aber seine wissenschaftliche Qualität. Wenn das, was Kauhly im Kampf um die Frage der Taktik in den letzten Jahren theoretisch produziert hat, die Quintessenz sozialistischer Wissenschaft wäre, dann wäre unsere Wissenschaft konkrott.

Bravo, Kolb! rufe die gesamte — bürgerliche Presse!

Zur Budgetfrage nahmen Parteikonferenzen der Wahlkreise Potsdam-Spandau-Osthavelland, Brandenburg-Westhavelland-Prenzlau-Angermünde, Blumenthal-Stade (18. Hannover), Mülhausen-Langenau und Wiesbaden Stellung. In allen Versammlungen wurden Resolutionen gegen die badische Fraktionsmehrheit angenommen.

Von Nah und Fern.

Von der Brüsseler Weltausstellung.

Brüssel, 17. August. Das Exekutivkomitee hat am Vormittag endgültig beschlossen, die belgische Abteilung wiederherzustellen und die Trümmerhäuser am Haupteingang durch eine künstlerisch ausgestattete Wand zu maskieren. Die Arbeiten sollen in vierzehn Tagen vollendet sein. Der Kriegsminister hat eine ganze Division Truppen zur Verfügung gestellt, um an den Aufräumungsarbeiten auf der Ausstellung teilzunehmen. Diese Truppen treffen im Laufe des Donnerstag aus den verschiedenen Garnisonstädteln in Brüssel ein und werden sich sofort nach dem Ausstellungsgelände begeben.

Im Aeroplano von Paris nach London.

London, 18. August. Der Aviatiker Moisant, der mit seinem Mechaniker von Paris nach London zu fliegen beabsichtigte, traf bereits gestern abend in Dover ein, von wo er nach London weiter fliegen wollte. Er mußte jedoch nach 25 Minuten bei Tilmanstone, das 7 Kilometer von Dover entfernt liegt, landen. Er beabsichtigte heute den Flug fortzusetzen.

Krieg im Frieden.

In der Nacht zum Mittwoch sind in der Kieler Bucht zwei Torpedoboote zusammengesunken. Beide Boote sind gesunken. Die Besatzungen sind gerettet.

Drei Personen erstickt.

Königsberg, 17. August. Infolge eines auf der Treppe des Hauses Rühlengrund 2 gestern spät abends aufgebrochenen Brandes sind drei im Dachgeschoss des Hauses wohnende alte Frauen erstickt. Mindestens andere Bewohner der oberen Stockwerke wurden teils durch Anwohner und die Feuerwehr mit Leitern gerettet, teils sprangen sie aus den Fenstern auf den Hof. Hierbei erlitt eine Frau schwere Verletzungen.

KIOS - Kurprinz 3 Fürsten 4 Well-Nacht 5
Abu Sekkin Bristol 4 Fleur de Kios 5 Pf.
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.
Lieferant der französischen Tabak-Regie.

Otto Meerguth,
Mastochsen-Schlächterei
Fabrik feiner
Fleisch- und Wurstwaren
Wigandstrasse 2 L.-Kleinzschocher Wigandstrasse 2
empfiehlt jeden Abend

gekochten Schinken, gekochte Pökelprippchen u. Schwarzfleisch
Jeden Freitag und Sonnabend von 5 Uhr ab

Schinken in Brotteig sowie ff. warme Wurst

Spezialität: ff. russisch. Salat, la. Jagdwurst und Mortadella, ff. Thüringer Blut-, Leber-, Zungen- und Zervelatwurst sowie alle ff. Aufschaltwaren. Auf Wunsch auf Platten garniert zu denselben Preisen.

Schuhwaren-Bersteigerung
Drogen-Freitag, nachm.
3 Uhr, versteigere im

Zentralstrasse 5
ca. 150 Paar bessere Herren- u. Damen-Schuhe, kleine Daim-Halbschuhe und Hausschuhe, 450 Paare Suppenwürfel u. ca. 950 Paare Seifenpulver.

Georg Albrecht
Bersteigerer u. Tag. Tel. 12555.

Monatsgarderobe

10 Alle Herren können sich 10 hochwertig u. sehr doppig 10 Kleid. Neue u. wen. getr. Anzüge, Bräute, Hosen, Frühj. - Palet., Gesellschafts-Anz. u. leihw.

10 Grosse Fleischergasse 10 nicht klein (Goldene Krone.) Schauh. (Nicht versteigert) im Hause d. städt. Speiseanstalt II.

Bergarbeiterlos.
Recklinghausen, 18. August. Durch eine Schlagwetterexplosion auf der Zeche König Ludwig wurde ein Arbeiter getötet, zwei erlitten Brandwunden.

Die Cholera in Rußland und Italien.
Peterburg, 17. August. In Peterburg sind in den letzten 24 Stunden (von Mittag zu Mittag) an Cholera 48 Personen erkrankt und 24 gestorben. Der Krankenstand betrug am Ende der 24 Stunden 755 Personen.

Rom, 18. August. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Innern sind die Krankenhäuser in Apulien wirklich Cholera. Alle Maßnahmen gegen die weitere Verbreitung der Seuche sind getroffen.

Der Knabenmord im Grunewald.

Berlin, 18. August. Der Knabenmord im Grunewald hat seine Auflösung gefunden. Als Mörder wurde auf Grund seines eigenen Geständnisses der Vater des Kindes in Haft genommen. Es handelt sich um den 31-jährigen Fischer Hermann Schmale in Weishen. Schmale wollte nach seinen Angaben mit dem Sohn gemeinsam in den Tod gehen. Nachdem er das Kind mit Cyan vergiftet hatte, fand er aber nicht den Mut, sich selbst das Leben zu nehmen. Er lief davon und stellte sich schließlich selbst der Polizei. Als Motiv zu der Tat gibt er ein schweres Magenleiden an, doch scheinen auch traurige Familienvorhängnis mitzuspielen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Newport, 18. August. Ein Großfeuer zerstörte das Fabrikviertel von Jersey City. Der Schaden wird auf ein bis zwei Millionen Dollars geschätzt.

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter sind beim Gewerkschaftskartell Leipzig vom 1. bis 15. August folgende Beiträge eingegangen:

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Zahlstelle Leipzig und Umgegend, 5. Rate 100 M.; Transportarbeiterverband-Litje 2826: 8.45; Handlungsgesellenverband, Neustadt 3088: 10.50, Städterb II 3490: 0.80, Gutrisch II 3508: 3.00, Gohlis IV 3508: 0.60, Lindenau III 3514: 1.50, Lindenau III 3528: 10.50, Städterb II 4488: 3.00, Lindenau VIII 4527: 3.00, zusammen 38.70; Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter B. Beyer 3022: 2.95, B. Höhne 3028: 3.55, H. Forster 3851: 3.50, 3859: 1.10, 3866: 8.00, Groß 3881: 1.75, 4244: 8.00, 4250: 0.80, R. Richter 4207: 1.30, B. Meyer 4221: 2.75, 4225: 0.80, Herm. Springer 4229: 3.45, 4238: 2.00, 4235: 0.25, zusammen 48.15; Verband der Lithographen und Steindrucker 2687: 8.59, 3801: 5.00, 3817: 3.65, 3829: 4.00, 4089: 2.90, 4058: 10.00, 4068: 7.10, 4069: 6.10, 4880: 5.55, 4887: 5.85, Pöhlau & Co., Steindrucker 4889: 18.70, 4890: 11.05, 4894: 2.25, 4895: 8.85, zusammen 98.70; Textilarbeiterverband 2507: 7.07, 2520: 18.15, 2530: 0.50, zusammen 20.72; Brauereiarbeiterverband 2617: 1.50, Bachausen 2625: 5.00, 3895: 0.50, Gohliser Altstadt 4370: 5.50, 4377: 16.80, Union Rodau 4378: 1.05, Niedau 4379: 7.70, zusammen 3845; Metallarbeiterverband, Marionetten-Majolinenbaugesellschaft 4880: 7.00; Fabrikarbeiterverband Marktstände 2581: 0.70, 2582: 8.00, 2583: 5.70, 2584: 2.40, 2585: 2.80, 2586: 3.70, 2587: 5.55, 2588: 10.05, 2589: 7.90, 2591: 5.45, 2592: 5.80, 2593: 6.80, 2594: 7.40, 2595: 8.70, 2596: 8.80, 2598: 8.75, 2599: 10.10, 2600: 8.07, zusammen 118.55.

Im Sommer 469.82 M.; bereits quittiert 42 852.52 M. eingegangen.

Der Ausschuß des Gewerkschaftskartells

G. C.: O. Zipperer.

Kriekosten der Redaktion.

B. D. Kleinzschocher. Das Eingesandt können wir nicht bringen, es ist schlimm genug, daß noch Arbeiter auf solch anarchistische Konflikte hereinfallen.

B. D. Leutzsch. Sie sind einem Wiggold zum Opfer gefallen. Einen solchen Truppenteil gibt es nicht.

Auskunfts

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer.

II.

Sozialdemokratische Anträge und Interpretationen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Anzahl Anträge eingereicht, die auch zum größten Teil zur Beratung gelommen sind. Einige wurden infolge des überreichten Landtagschlusses, gegen den wir vergeblich protestierten, indes nicht erledigt. Bei Einbringung dieser Anträge ließen wir uns in erster Linie von dem Bestreben leiten, des Volkes Wohl und Recht zu wahren und zu fördern, die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen und ihre Beschäftigungsverhältnisse zu fördern. In den folgenden Ausführungen soll kurz dargelegt werden, welches Schicksal einzelnen unserer Anträge bereitet wurde.

Wegfall der untersten Einkommensteuer-Klassen.

Ein von der sozialdemokratischen Fraktion eingereichter Antrag sollte die Steuerbefreiung der Leute mit kleinem Einkommen erreichen, ohne ihnen das Wahlrecht zu nehmen. Der Antrag lautete:

Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag einen Gesetzentwurf zuziehen zu lassen, durch den die vier untersten Stufen der zur Staatsentkommenssteuer veranlagten Personen in Wegfall kommen, ohne daß aber das Wahlrecht von der Staats- und Gemeinde-Einkommenssteuer abhängig gemacht wird.

Noch vor diesem sozialdemokratischen Antrage war ein freiliniger eingegangen, der ohne nähere Angaben forderte, daß die untersten Steuerklassen in Wegfall kommen sollten, ohne daß dabei die zum Landtag Wahlberechtigten ihres Wahlrechts verlustig gingen.

Viele Anträge wurden bei den allgemeinen Verhandlungen über den Etat mit in Beratung genommen, wo Genosse Fleischner den sozialdemokratischen Antrag kurz begründete und betonte, daß unsere Fraktion bereit sei, Vorschläge für eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen des Staates zu machen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde zusammen mit dem der Freilinigen der Finanzdeputation A überreisen, wo er erst kurz vor Schluss des Landtags beraten wurde. Es ist darüber zwar ein schriftlicher Bericht erschienen, zur Schlusseratung im Plenum ist der selbe jedoch infolge des überreichten Landtagschlusses nicht mehr gekommen.

In der Finanzdeputation A ist sowohl der freilinige wie der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Linken abgelehnt worden, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß ein Zustand, wie ihn bezüglich des Landtagswahlrechts der Antrag zu schaffen gehe, für sie durchaus unannehmbar sei. Vorher hatte die Regierung auf bestimmte Anträge hin über den Steuerausfall bei Verwirklichung der Anträge Angaben gemacht. Danach beziffert sich der Ausfall bei Wegfall der Steuerstufen von 1a bis 6, also der vier untersten Stufen, auf 1 770 054 M. Davon müsse man aber 200 408 M. abziehen, die nach den Berechnungen infolge Erstattungen, Erlässen und sonstigen Wegfällen nicht einbringlich seien, dazu seien noch 85 627 M. zu rechnen, die an Veranlagungs- und Erhebungskosten beim Staat erpart würden. Wieviel die Gemeinden einerseits an Erhebungskosten aus der Staatskasse verlieren, andererseits auch Erhebungskosten ersparen würden, ließe sich mangels ausreichender Unterlagen hierfür nicht sagen.

Auf den Angaben der Regierung ergibt sich, daß die Verwirklichung des sozialdemokratischen Antrags höchstens einen Steuerausfall von 1 474 010 M. zur Folge gehabt hätte — eine Summe, die man leicht hätte durch eine Erhöhung der Progression für große Einkommen doppelt und dreifach einbringen können.

Aufhebung der indirekten Landesteuer.

Sachsen deckt zwar den größten Teil seiner Ausgaben durch Nebenkassen aus den Staatsbetrieben und direkten Steuern, es hat aber auch noch einen wesentlichen Teil indirekter Steuern. Darunter sind zu rechnen:

1. Schlachsteuer	5 481 808 M. Ertrag
2. Übergangsabgabe vom Fleischverkauf	500 852 "
3. Landesgesetzliche Stempelsteuer	5 000 000 "
4. Gebühren	230 189 "

Außerdem sind in dem Kapitel 21 des Etats, das die indirekten Steuern umfaßt, noch Metzgsteuer und Pachtgelder (78 286 M.), verschlebene Einnahmen (70 000 M.), Anteil an der Reichsverbrauchssteuer (1 647 000 M.) und an Bergungen für Erhebung und Verwaltung der Reichsausgaben 4 718 061 Mark angeführt.

Den Gesamtausgaben in Höhe von 17 727 484 M. stehen nach dem Etat für 1910/11, dem auch die obigen Angaben entnommen sind, nicht weniger als 6 400 742 M. Ausgaben gegenüber, so daß nur ein Überchuß von 11 227 742 M. verbleibt. Sind auch die Ausgaben zum Tell für Auswendungen bei Erhebung der Reichszölle entstanden, so ist die unverhältnismäßig hohe Ausgabe doch ein Beweis dafür, daß indirekte Steuern vor allen außerordentlich viel an Erhebungskosten verschlingen. Von den die Lebensmittel des Volkes oder den geselligen Verkehr verfeuernden Abgaben steht also ein sehr großer Teil gar nicht in die Staatskasse, sondern geht für Verwaltungsausgaben drauf.

Durch folgenden Antrag unternahm die sozialdemokratische Fraktion einen Vorstoß gegen die indirekten Landesteuern:

Die Kammer wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Sessjon des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die indirekten Landesteuern aufgehoben werden und Ertrag dafür durch entsprechende Reform und weiteren Ausbau der direkten Steuern befaßt wird.

In später Abendstunde, nachdem das Haus bereits sechs Stunden getagt hatte, kam der Antrag am 28. August zur Beratung. Genosse Fleischner, der die Begründung übernommen hatte, wies besonders darauf hin, daß die indirekten Steuern besonders den Konsum der armen Leute verteuern, das gelte ganz besonders von der Schlachsteuer. Auf die Steuerverhältnisse in England eingehend, wies er an Beispiele nach, daß die direkten Steuern noch sehr ausbaubar seien. Würde man den jetzt 5 Prozent betragenden Steuersatz für Einkommen über 100 000 Mark nur um 1 Prozent erhöhen, würde sich schon eine Mehrerlöseinnahme von 8 Millionen Mark ergeben. Aus der Vermögenssteuer ließen sich ebenfalls mit Leichtigkeit größere Beträge herausschreiben. Auch das Kapitel der Steuerhinterziehungslagen darf nicht übersehen werden, dadurch würde der Staat von reichen Leuten um hunderttausend geprallt. Der Finanzminister Dr. Müller verteidigte mit großem Eifer die indirekten Steuern im allgemeinen und die Schlachsteuer im besonderen. Die Regierung hörte auf die indirekten Steuern nicht verzichten, die niemand sieht und die das Fleisch kaum merklich verteuerten. Der Nationalliberaler Döhler und der Agrarler Schmidt unterstellt den Minister lebhaft, während der freilinige Günther sah, daß man dem sozialdemokratischen Antrage nicht ohne weiteres zustimmen könne, sondern schriftweise vorgehen müsse. Er stellte den Antrag, nur die Schlachsteuer und die Übergangsabgabe auf Fleisch aufzuheben.

Auf Antrag der Nationalliberalen war beschlossen worden, den sozialdemokratischen Antrag in sofortige Schlusseratung zu nehmen, das heißt, ihn ohne Deputationsberatung sofort zu erledigen. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, der eben erwähnte freilinige Antrag Günther gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Volkspartei abgelehnt.

Arbeitslosenfürsorge.

Durch die ausgebreite Wirtschaftskrise in den letzten Jahren war das Elend der Arbeitslosigkeit wiederholt so traurig und erschütternd aufgetreten, daß sich verschiedene kommunale Körperschaften genötigt sahen, Maßnahmen dagegen einzuleiten, die allerdings in vielen Fällen versieht, durchweg aber völlig unzureichend waren. Doch wäre auch das wenige in den meisten Fällen nicht getan worden, wenn nicht die sozialdemokratischen Vertreter und die Gewerkschaften drängten, geschoben und energisch gefordert hätten. Diese Aufgabe übernahm auch die sozialdemokratische Fraktion des Landtages. Sie kam nach eingehenden Beratungen zu dem Entschluß, von der Regierung zu fordern, die Gemeinden zu ausreichender Hilfe zur Steuerung der Arbeitslosennot zu veranlassen und hierzu den Gemeinden Staatsunterstützungen zu gewähren. Der zu diesem Zwecke eingeführte sozialdemokratische Antrag hatte folgenden Wortlaut:

Die Kammer wolle beschließen:

1. Die Regierung zu ersuchen, zur Linderung der durch Arbeitslosigkeit erzeugten Notlage folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. die Gemeinden des Landes zu veranlassen:

a) unter teilweiser Benutzung der Sparkassenüberschüsse, Lustbarkeitsabgaben usw. einen Arbeitslosenfonds einzurichten,

b) aus diesem Fonds beschäftigungsfähigen Arbeitern, die einer Arbeitslosenkasse angehören, einen Zuschuß zu dem Unterstützungsbeitrage ihrer Kasse zu gewähren, der in der Regel 50 Prozent desselben betragen soll,

c) allen anderen Arbeitern zu ermöglichen, durch Petitionen an diesem Fonds Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erlangen, und hierzu ebenfalls einen Zuschuß in obiger Höhe aus Fondsmittelen zu gewähren;

2. den Gemeinden auszugeben, geeignete Arbeiten zur Verstärkung Arbeitsloser im Winter zu tarifmäßigen bezlebentlich im Berufe ordentlichen Löhnen bereitzustellen;

3. dem Landtage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, wonach den Gemeinden mindestens 50 Prozent der Summe zurückzustatten werden, die sie zu Zwecken der Arbeitslosenfürsorge ausgewendet haben, und hierzu in den Etat für 1910/11 200 000 Mark einzustellen;

4. zur Linderung der Arbeitslosennot im kommenden Winter Staatsarbeiten und Vergabe von Staatsaufträgen in der Vorbereitung so zu beschleunigen, daß eine größere Anzahl Arbeitnehmer zu tarifmäßigen bezlebentlich im Berufe ordentlichen Löhnen Beschäftigung findet und Arbeitserlassungen vermieden werden;

5. den im September 1910 in Paris stattfindenden internationalen Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine aus Regierungsvorvertretern und Abgeordneten beider Kammen bestehende Deputation zu beschließen;

6. nach diesem Landtage eine Deputationsfahrt über die Frage der Arbeitslosenfürsorge zu unterbreiten.

Der Antrag zweifellos einer breitenden Bedeutung entsprach, stand noch im letzten Wahler das Elend der Arbeitslosigkeit förmlich nach Abhilfe schrie, und auch bürgerliche Kreise erkannten hatten, daß man diesem Schlimmsten aller sozialen Nöbel nicht mehr gleichgültig gegenüberstehen dürfe, sah man mit eigner Spannung dem Verhalten der Regierung entgegen. So viel sozialpolitische Einsicht wie vereinzelt Stadtverwaltungen müsse man ihr doch wohl guttrauen. Wer aber dieser optimistischen Ansicht gewesen war, wurde schmähsch. enttäuscht.

Nachdem Genosse Niem den Antrag unter Berücksichtigung der Notlage beschäftigungsfähiger Arbeitnehmer eingehend begleitet und auch die im sozialdemokratischen Antrage hervorgehobenen Wege zur Abhilfe gewürdigt hatte, operiert der Minister des Innern, Blythum v. Eckstädt, mit elenden abgebrühten Redensarten gegen den Antrag. Da durch Arbeitslosigkeit verursachte Notlage sei nicht schlimm. Er berief sich dabei besonders darauf, daß in der Großenhainer Metallindustrie keine große Arbeitslosigkeit festgestellt worden sei. Der Antrag rufe auch Bedenken wegen der Autonomie der Gemeinden wach; außerdem sei die Sache noch so unsär, daß Staatsmittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Minister wurde vom Genossen Dohlt scharf und treffend abgesetzt, der ihm besonders nahelegte, einmal das Reichsarbeitsblatt zu studieren, wenn er einen Überblick über die Erwerbslosigkeit verschaffen wolle, statt nach Großhain zu schicken, dessen Verhältnisse keineswegs maßgebend sein könnten. Die Nationalliberalen schickten den Seminardirektor Gessert vor, der anscheinend etwas Sympathie für die Arbeitslosen hatte und den Antrag als dankenswert bezeichnete, aber auch allerhand nützliche Bedenken auszumachen. Noch ärger trieb es der Konervative Dr. Böhme, der ongleiche Arbeitern auf dem Lande gegen den Antrag ausfuhrte. Die Sozialdemokratie, die doch den Staat umstürzen wollte, verfolge mit dem Antrag in der Hauptsache politische Zwecke.

Schließlich wurde der Antrag der Nationaldeputation überreisen, die zugleich als soziale Deputation fungierte. Hier hatte Genosse Drähdorff den Vorstoß. Von unserer Seite wurde alles verfügt, die Arbeitslosenfrage zu fördern und zu einem Ergebnis, das helfen zu einem der Sache günstigen Beschlüsse der Deputation zu gelangen. Doch versagte hier schon der Berichterstatter, der nationalliberal Abgeordnete Schnabel. Er lehnte vor allem die Forderung nach Staatsmitteln zur Unterstützung der Gemeinden ab, dagegen schlug er Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und die Abfassung einer Denkschrift vor. Das alles lief auf eine Abmilderung der wichtigen und brennenden Sache hinaus. Mit welcher Objektivität übrigens der nationallibrale Berichterstatter an die Sache herantrat, erahnt sich schon daraus, daß er in seinem Berichte u. a. bemerkte, die Sozialdemokratie verhüte die Frage der Arbeitslosigkeit als ein Hauptagitationsmittel. Damit sollte wohl gesagt sein, daß der sozialdemokratische Antrag agitatorischen Zwecken diente.

Die Vorschläge des Berichterstatters verdichteten sich schließlich zu folgendem unzureichenden Antrage:

Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen:

1. darauf hinzuweisen, daß in allen Groß- und Mittelstädten sowie einzeln, das platt Land und kleinere Städte umfassenden Bezirken parlamentarisch, unter neutraler Leitung stehende Arbeitsnachweise, die dann untereinander in Verbindung zu treten haben würden, erichtet werden;

2. von jetzt an bis auf weiteres zu verschiedenen Seiten des Jahres das ganze Land umfassende staatliche Erhebungen über Umsatz, Dauer, Ursache und Wirkung der Arbeitslosigkeit als auch des Arbeitermangels im Königreich Sachsen anzustellen und von deren Ergebnis den Ständen Kenntnis zu geben;

3. auf Grund dieser Erhebungen und unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in verschiedenen Städten und Dörfern mit den dort getroffenen Einrichtungen zur Arbeitslosenfürsorge und -versicherung gemacht worden sind, eine Deutschrift ausarbeiten zu lassen und diese dem nächsten Landtage vorzulegen;

4. dieser Deutschrift einen Entwurf zu einer Sitzung über Errichtung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung beizufügen;

5. den voraussichtlich im Herbst dieses Jahres in Paris stattfindenden internationalen Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sofern eine Einladung dazu an die Regierung erfolgt, durch eine aus Regierungsvorvertretern und Abgeordneten beider Kammen bestehende Deputation zu beschließen;

6. im Bundesrat auf baldige reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge hinzuwirken.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen; es stimmten ihn also auch die sozialdemokratischen Mitglieder. Dagegen wurde ein Antrag des Mitberichterstatters, des Genossen Winkler, von den konservativen und nationalliberalen Mitgliedern der Deputation abgelehnt, der die Einstellung von Staatsmitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Etat forderte. Danach brachte die aus den sozialdemokratischen und einem freilinigen Mitgliede bestehende Deputationsmehrheit folgenden Antrag ein, der dazu dienen sollte, den Antrag der Mehrheit zu erzielen:

Die Kammer wolle beschließen:

1. die Staatsregierung zu ersuchen, in den nächsten Staatshaushalt Mittel dafür einzustellen, daß den Gemeinden Beihilfen gewährt werden können zu den von Ihnen bestimmten Aufwendungen zur Arbeitslosenfürsorge, insbesondere für Einrichtungen zur Beseitigung oder Linderung der Arbeitslosigkeit.

Zuletzt unternahmen die Nationalliberalen, die erst alle Staatsunterstützung abgelehnt hatten, noch eine Schwung. Sie brachten noch einen Antrag ein, wodurch die Regierung erachtet wurde, in Erwägung darüber einzutreten, ob, in welche Höhe und unter welchen Voraussetzungen im Staatshaushalt Mittel zur Förderung oder Unterstützung gemeindlicher Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt werden können.

Bei der Schlusseratung im Plenum am 28. April verteidigte Genosse Winkler das Minderheitsgutachten und belehrte gleichzeitig die Unzulänglichkeit des Mehrheitsantrages, wenn er nicht durch die Forderung der Minderheit ergänzt werde. — Im Namen der Regierung erklärte der Minister o. Blythum, sie sei bereit, im Sinne des Deputationsantrages an der Lösung der Frage mitzuwirken; man solle aber nicht versetzen, daß sie eine solche Lösung auf dem Präsentiersteller vorlege. Für den Minderheitsantrag hatte er kein Wort der Zustimmung, woraus sich ergab, daß die Regierung die Einstellung von Staatsmitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch vor ablehne. Der Antrag der Deputationsminderheit wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Volkspartei abgelehnt. Da gegen den nationalliberalen Antrag nur die Konservativen stimmten, wurde er angenommen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten dagegen, weil er immerhin einen kleinen Schritt weiter ging wie das Deputationsgutachten.

Aus diesem Verlaufe der Verhandlungen ergibt sich, daß etwas Positives für die Arbeitslosen noch nicht erreicht wurde. Doch sind der Mehrheit und der Regierung immerhin einige Zuwendungen abgetrotzt worden, die freilich nicht viel mehr als theoretischen Wert haben. Doch wird die sozialdemokratische Fraktion in den nächsten Sessjonen alles aufzubieten, die wichtige Sache weiter zu fördern.

Elster Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter.

k. Hamburg, 10. August.

2. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Vorstandsbereich ist sehr ausgedehnt und lebhaft. Das Abkommen der Hauptvorstände nimmt dabei einen sehr breiten Raum ein. Von einzelnen Abgeordneten wird es verteidigt und erklärt, es habe den Kollegen großen Nutzen gebracht. Auf der anderen Seite werden aber zahlreiche Stimmen laut, die an dem Vereinigungskommen Kritik üben. Es fehlen Verschlechterungen in die Tarife aufgenommen worden, ohne daß die Kollegen zuvor gefragt worden seien. Die Kollegen hätten bei dem jetzigen Zustand fast nichts mehr zu sagen, was eine Lautheit der Kollegen zur Folge habe. Die vorgeschlagenen Gauabschleddgerichte finden meist Zustimmung, einzelne Delegierte versprechen sich aber von ihnen nicht viel. Einige befürchten die einzelnen Branchenverhältnisse und wird untersucht, wie hier die Agitation besser zu gestalten ist. Besonders sind es die Vertreter der Wäschearbeiter und der Konfektionsfachbetriebe, die für ihre Branchen mehr getan wird. Gellat will auch, daß einzelne Unternehmer die Tarife nicht einhalten. Der Forderung auf Einführung von Betriebsräten müßte mehr Augenmerk geschenkt werden.

Am Abend haben wir aus der Debatte hervor: Schuhmacher-Stuttgart wünscht, daß der Geschäftsbereich künftig frischer erscheint. Mit den Gauabschleddgerichten würde die Erleichterung der Differenzen in die Länge gezogen. Der juristische Vorstand habe ja keine Sachkenntnis, man solle deshalb von diesem abscheiden. Fett-Ulm wünscht, daß das Gauleiterystem aufgehoben und das Bezirksleiterystem eingeführt wird. Pfeiffer-Wiesbaden: In der Damenkonfektion sei noch wenig erreicht worden. Es wäre gut, wenn hier zur Vertriebung der Agitation eine weibliche Kraft angestellt werde. Bei der Feststellung der Lohnsätze für die neuenfeldgrauen Uniformen seien die Kollegen ausgeschaltet worden. Dadurch werde die Agitation erschwert. Die Erregung der Wiesbadener Kollegen über den Schiedsspruch der Hauptvorstände sei berechtigt gewesen, da alle ihre Forderungen abgelehnt worden sind. Die Väter der Bewegung hätten die Annahme des Schiedsspruchs plädiert, die Kollegen seien aber nicht mehr zu halten gewesen, so daß der Streit unvermeidlich war. Wenn man auch das Vorgehen der Wiesbad

lungen übermittelt. **Mälter**-Köln meint, durch die Abmachungen der Hauptvorstände sei bei den Kollegen die Ablösung aufgekommen; sie hätten nun nichts mehr zu sagen. Die Arbeitgeber hätten kein Interesse mehr, die Differenzen drücklich zu erledigen. Sie gehen wegen jeder Kleinigkeit zu dem Schiedsgericht der Hauptvorstände. Von den Gauschiedsgerichten verspricht sich Nedner nicht viel. Dem „Adar“ gegenüber müsse man auch einmal die Zähne zeigen. Auch aus den Reihen der Arbeitgeber sei das Abkommen der Vorstände nicht gehalten worden. Dies sollte man auch beachten! **Groth**-Stettin: Die Arbeitgeber haben Tarifstriche über Tarifstriche begangen. Darum glaubten einzelne Kollegen, daß sie dasselbe tun könnten. Es hat bei uns große Mühe gekostet, diese Kollegen zurückzuhalten. Die Unternehmer versuchten auf alle mögliche Art, den Kollegen ihre erworbenen Rechte wieder zu nehmen. Da muß man auf der Hut sein. **Kunze**-Berlin: Es sei nicht richtig, daß für die Konfessionschneider nichts getan werde. Man tut dies jetzt nur auf eine andre Art, bei der aber die Konfessionschneider, wenn auch langsam, aber mit größerer Sicherheit für die Organisation gewonnen würden. Wenn der Gedanke der Betriebswerkstätten nicht vorwärtskomme, so seien die Kollegen mit daran schuld. Nedner verlangt dann einige Änderungen der Bestimmungen für die Gauschiedsgerichte.

Mirrus-Berlin, zweiter Vorsitzender des Verbandes, präzisiert die Stellung des Vorstandes zu den zahlreichen vorliegenden Anträgen. Er glaubt, daß durch das Gauschiedsgericht die Differenzen schneller als bisher erledigt werden. Das Begegnen auf Stellung von Fournituren solle man nicht durch Beschluss schließen, dies sei keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage. Durch das Tarifmuster sei Ordnung geschaffen worden. Wenn bei Schiedsgerichten nicht allen Wünschen Rechnung getragen worden sei, dann solle man bedenken, daß bei derartigen Verhandlungen gegenseitige Konzessionen gemacht werden müssen. Mirrus kritisiert dann das Verhalten der Stuttgarter Kollegen, die vor Ablauf des Tariffs in Streik eintreten wollten. Tarifverträge würden abgeschlossen, um sie zu halten. Wenn unsre Kollegen bei günstiger Geschäftskonjunktur ohne Mühsucht auf den bestehenden Tarif verlinnen, durch Streik einen besseren Tarif zu erzielen, dann brauche man sich auch nicht zu wundern, wenn die Unternehmer in schlechten Zeiten dasselbe in ungewohntem Sinne tun. Wenn eine weibliche Agitatorin angestellt werden soll, dann muß auch gesagt werden, für wen, für den Ort, den Bau oder das Reich? Mirrus bespricht dann die Wiesbadener Sache, die ja von allgemeiner Bedeutung ist. Der Hauptvorstand und der Betrat hätten die Zustimmung zur Einleitung einer Bewegung in Wiesbaden nicht gegeben. Es sei trotzdem geschehen. Und dann, als die Forderungen von dem Schiedsgericht nicht akzeptiert worden sind, habe man sich dem Streich nicht gefügt. Das müsse ganz entschieden verurteilt werden. Der Vorstand habe die Streitunterstüzung verworfen müssen, und er bitte, den Wiesbadenern die Streiksünd nicht zu erlassen. Es wird dann eine Kommission eingesetzt, die die vorliegenden Anträge überwischen werden.

In der weiteren Debatte wird von mehreren Nednern kritisiert, daß Frauen und Töchter von Parteigenossen und Gewerkschaftern, die in der Branche tätig sind, der Organisation sehr abweisend gegenüberstehen und die Genossen sie nicht anhalten, dem Verband beizutreten. **Tauschek**-Witten schlägt davor, mit entsprechenden Flugblättern bei den Parteigenossen und Gewerkschaftern in dieser Hinsicht zu wirken. Er unterstüzt des weiteren einen Antrag Bremen, der den Vorstand beauftragt, zweiwochige Regelung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage mit dem Vorstand des Adar baldigst in Verbindung zu treten.

Gaukeller Joseph-Frankfurt a. M. betont, man dürfe nicht fragen, was hat das Schiedsgerichtsverfahren dem einzelnen Ort gebracht, sondern man müsse fragen, was es der gesamten Organisation gebracht hat. Man darf nicht sagen, unsre **Hilfslage** hat Nachteil gehabt, doch halb-machen wir nichts mit. **Gaukeller** nicht bestritten werden, daß die gesamte Organisation von dem Schiedsgerichtsverfahren Vorstöße gehabt hat. Man muß bedenken, daß bei den vorliegenden Ortsvereinen Parität geschaffen wurden. Wir haben durch den Schiedsgerichtsvertrag drei Friedensjahre bekommen, die unzweckhaft zum Nutzen unserer Organisation waren. Wir konnten für die einzelnen Branchen mehr tun und uns andern Aufgaben zuwenden, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Nachdem insgesamt 32 Nedner zum Wort gekommen waren, wurden die Verhandlungen vertagt. In die Nednerliste sind zu diesem Punkte noch 24 Nedner eingezzeichnet.

k. Hamburg, 17. August.

3. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Geschäftsbericht füllte auch noch einen Teil der heutigen Sitzung aus. Die Ausführungen der Nedner bewegen sich in demselben Rahmen wie gestern. An der Tätigkeit des Vorstandes werden wie in der vorangegangenen Diskussion im allgemeinen keine Ausstände gemacht. In der Tariffrage — Abkommen der Hauptvorstände — kommen auch wieder verschiedene Meinungen zum Ausdruck. Die große Mehrheit der Delegierten dürfte aber mit der Stellung des Vorstandes in der Tariffrage voll einverstanden sein. Der von den Wiesbadener Delegierten ausgedrückte Wunsch auf Austritt einer weiblichen Agitatorin hat sich unterdessen zu einem zahlreichen unterstützten Antrag verdichtet. Weitere während der Debatte eingegangene Anträge verlangen, daß der Vorstand beauftragt wird, mit dem „Adar“ in Verhandlungen zu treten, um die Frage des Heimarbeiterschlages und der Sicherung der Autoren einheitlich zu regeln; daß der Vorstand seinerseits bald eine Konferenz der Wäschearbeiter einberuft, damit diese die Taktik sowie die Grundzüge zwecks Erlangung einheitlicher Tarifforderungen usw. aufstellt; weiter soll wie im Herbst 1900 eine allgemeine Agitationstage mit vorhergehender Flugblattverbreitung in die Wege geleitet werden. Durch

den Schlusshandwort ging **Stilshmer** ausdrücklich auf die erhobenen Einwände ein. Ein Schiedsspruch könne nicht allen Wünschen Rechnung tragen, daß jede Hilfslage mit ihm zufrieden sei, werde man nie erleben. Man dürfe nicht vergessen, daß zwei Parteien um jede einzelne Position ringen. Der Schiedsspruch sei eine Einigung auf der mittleren Linie, man könne da nicht von Diktatur reden. Tarifverträge müßten unter allen Umständen gehalten werden. Es gehe nicht, wie die Stuttgarter, zu sagen, die Unternehmer haben die Verträge schon oft gebrochen, da können wir dies auch tun. Da schließen wir lieber keine Tarife ab. Freilich, wenn die Unternehmer an einem Orte wiederholt den Tarif brechen, dann können die dortigen Kollegen erklären, der Vertrag gilt nur für uns nicht mehr, er ist aufgelöst. Das muß aber gleich geschehen! Bezuglich der Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen wird der Vorstand mit dem „Adar“ in Unterhandlung treten, dieser werde wohl mit sich reden lassen. Stilshmer besprach dann die Fournituren- und Betriebswerkstättenfragen. Er hält, sich in diesen Punkten nicht durch Beschlüsse festzulegen. Nedner wendet sich auch gegen die Wünsche auf Abschaffung des Gaukellers und Einführung des Bezirksteuerfests. Man solle höchstens einige Gane teilen.

Dann gab noch Frau Lippa-Wien, die Vertreterin der österreichischen Wäschearbeiter und -Arbeiterinnen — der durch den Schlusshandwort vorher das Wort abgeschnitten war —, ein interessantes Bild der Verhältnisse in der Wäscheindustrie, die zu wenig bekannt seien. In warmen Wörtern trat sie sehr wirkungsvoll für die Austritt einer weiblichen Agitatorin ein, die besonders für die Wäscheindustrie nötig sei. In Berlin seien die Löhne in der Wäschebranche bedeutend geringer, als in Wien. Die Österreicher hätten deswegen ein starkes Interesse, daß auch in Deutschland eine starke Organisation für die Wäschearbeiter geschaffen wird. Eine Agitatorin würde sicherlich gute

Erfolge erzielen. Man solle sich in diesem Punkt nicht von der Kostenfrage leiten lassen. Nicht nur eine Agitatorin, sondern mindestens zwei seien allein für die Wäscheindustrie nötig. Stilshmer erwähnt darauf, daß in Berlin schon eine Kollegin für die Wäschebranche angestellt ist, es aber trotzdem nicht vorwärts geht. Auch sonst werde viel für die Wäscheindustrie getan.

Der Verbandsbericht nimmt nun den Kassenbericht entgegen, den Heimat in Berlin gibt. Wir haben die wichtigsten Zahlen schon gebracht. Heitmann betont, der Kassenbestand sei der höchste, der je erreicht worden sei. Wolle man aber großen Kampf gewonnen gegenseitig überstehen, dann müsse er noch erhöht werden. Mit der Stellung der Beiträge und Selbststeuereinziehung in die einzelnen Klassen — auf dem letzten Verbandsbericht — habe man einen guten Griff gemacht, da sich das Gros der Mitglieder in die höchste Klasse eingehängt habe.

Den Ausschußbericht erstattet **Stilshmer**-Hamburg. Der Ausschuß habe sich nur mit sieben Beschwerden zu beschäftigen gehabt. Das sei gewiß ein Zeichen, daß die Vertretung der Verbandsinteressen bei dem Vorstand in guten Händen gewesen sei.

Für die Hauptkassenrevisoren berichtete **Stoltenberg**-Berlin. Kasse und Bilcher seien in bester Ordnung gefunden worden. Er beantragt, den Kassierer zu entlasten.

Den Bericht der Preiskommission gibt **Mier**-Berlin. Die Kettung der Fachzeitung sei in guten Händen, da nur zwei Beschwerden eingegangen seien. Die Gesamtmitgliedschaft dürfte mit der Haltung und Redigierung der Fachzeitung voll einverstanden sein.

Mediatore **Sabath**-Berlin beschränkt sich in seinem Bericht auf einige Bemerkungen.

An diese Berichte schließen sich Erörterungen, die aber in der heutigen Sitzung noch nicht zum Abschluß kamen.

Die Verhandlungen werden vertagt; die Nachmittagssitzung fällt aus, da der Verbandsbericht eine Distanzfahrt macht.

Aus der Partei.

Aus dem badischen Parteitagbericht des Landesvorstandes.

A. Die Proklamation des Landesvorstandes vom April 1908 appelliert an den Elter der badischen Genossen zur Vorbereitung der Landtagswahl:

Ein ungeheure Arbeitsfeld liegt noch unberührt vor uns und Jahrtausende neuer Anhänger können für uns noch gewonnen werden. Auf also ans Werk! Nur im Kampf zeigt sich, was taugt und lebensfähig ist.

Die badischen Genossen führen den Wahlkampf im Herbst 1908 mit gutem Erfolg. Die deutsche Finanzreform kam ihrem Siegesmarsch am meisten zu statten. Im ersten Wahlgange siegt die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 50 481 auf 88 078; die Hälfte der 20 sozialdemokratischen Sitze der Zweiten Kammer sind ohne jede blütterliche Hilfe erobert worden. Der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen erhöhte sich im Vergleich zur Wahl des Jahres 1905 von 17 auf 28. Die beiden blütterlichen Gruppen des konservativen ultramontanen und des liberalen Blocks vereinigten Abnahmen um 7,8 resp. 8,7 Prozent am Gesamtausfall. Man erwartete mit leicht einem entsprechend günstigen Einstrom auf den Verlauf der parteigünstlichen Organisation in Baden. Den soeben erschienenen, für den Offenburger Parteitag bestimmten Geschäftsbericht des Vorstandes der badischen Landesorganisation wird man leider etwas unbefriedigt aus der Hand legen, denn von den bestaunenden neuen Anhängern, deren Gewinnung der Landesvorstand zur Pflicht mache, traten nur wenige Hunderte in die Vereine der badischen Landesorganisation ein. Der Bericht des Landesvorstandes umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar 1908 bis Ende Juni 1910, also ein einhalb Jahre. In dieser Periode liegt die Zahl der grauhaarigen Parteigenossen in Baden von 107 Mitgliedschaften mit 13.787 Personen auf 195 mit 14.628 Organisierten, also um ganze 889 Abschaffung.

Der Bericht erläutert diesen immensen Grundschwund der Organisation durch das brutale Vorgehen der Unternehmerverbände (Generalauflösung verschiedener Berufsgruppen), wobei die Organisationsarbeit auf der ganzen Linie gehemmt wurde. Es falle auch schwer, viele der neu gewonnenen Mitglieder dauernd in der Organisation festzuhalten. Ein bedenklichste sche es aber noch in den gewerkschaftlichen Organisationen bezüglich der Ausbreitung der politischen Organisation und der Parteipresse aus. Der Sekretär für Mittelbaden betont, die Notwendigkeit der Ausschaltung, bis es einmal gelingen wird, diejenigen Wähler, die einmal für unsere Partei stimmten, zu wirklich überzeugten Anhängern zu machen. Da die Organisation der Frauen in Baden noch sehr im Argen liegt, verdient der Ortsverein Karlsruhe Anerkennung; dort liegt die Frauenmitgliedschaft von 11 auf 106. Auch der Jugendorganisation wird dort größeres Augenmerk geschenkt.

Einen Rückstand für die Entwicklung der Organisation erklärt der Sekretär Unterbaden in der ungünstigen Propaganda der Sportsvereine, die in neu erschlossenen Orten sofort eine Versplitterung der proletarischen Bewegung eintreten lassen. Er fragt über den ungenügenden Erfolg in organisatorischer Hinsicht mit den Worten:

Eine Zunahme von 288 Mitgliedern in allen 8 Reichswahlkreisen und eine Mehrnahme an Beiträgen und Bilichern von 627,45 Mtl., einschließlich des im 1. Halbjahr 1910 verlaufen Extramarke im Werte von M. 200,80 eine Gesamtmehrnahme von 628,25 Ml., kann und darf uns nicht zu freuen stellen. Dies muß allseitig ganz energisch zugegriffen werden, damit es in Zukunft besser vorwärts geht.

Ebenso unbedingt äußert er sich über den Fortschritt der Parteipresse im Vergleich zur Stimmenzahl bei der Landtagswahl seines Bezirks.

Das Bild der Bewegung des Abonnentenstandes läßt sich aus dem Bericht des Landesvorstandes überhaupt schwer erkennen. Abonnentenzahlen fehlen bei den großen Blättern. Das Offenburger Volksblatt wurde eingestellt; es gelang nicht, die jetzt durch den Volksfreund bedienten Abonnenten festzuhalten. Die Offenbacher Volkszeitung verharrt auf ihrem alten Abonnentenstand von 14—1500; es besteht die Absicht, das zweimal wöchentlich erscheinende Organ zu einem Tagblatt zu erweitern. Der Karlsruher Volksfreund ist mit seinem finanziellen Ergebnis recht aufzufinden; es hat sich eine Erhöhung der Einnahmen für Abonnements und Inserate eingestellt, und ein Reservefonds für Erneuerungen konnte begonnen werden. Die Porzheimer Freie Presse, ein Kopfblatt des Volksfreundes, verzichtet in der Auflage eine Steigerung. Die Mannheimer Volksstimme erklärt den Rückgang im Abonnentenkonto aus der allgemeinen wirtschaftlichen Krise (Arbeitslosigkeit, ungünstig verlaufene Lohnbewegungen). Dagegen zeigt das Inseraten-, Akzidenz- und Buchdruck-Konto einen erfreulichen Fortschritt.

Der Vorstandsbericht nimmt dann Bezug auf die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes in Baden, welche zu Protesten und Gerichtsverhandlungen Anlaß gab. Zum Schluß appelliert der Landesvorstand an die schon so oft erprobte Geschlossenheit der Partei für den kommenden Reichstagwahlkampf. Sei auch ein Teil berechtigter Wünsche in weniger befriedigender Weise erledigt worden, so müssen durch neue Kämpfe und Siege weitere Fortschritte folgen. Troch taktischer Meinungsverschiedenheiten, dürfen ein gemeinsames Zusammensetzen den Gegnern Respekt einlösen und „die Machtgüter des sozialen Kapitalismus und seiner Helferhelfer zuschanden machen.“

Es will scheinen, als habe der Landesvorstand aus der Betrachtung der realen Verhältnisse in Lande Baden die Erkenntnis gewonnen, daß die Arbeiterschaft im Muster-

lande des Großblocks politisch genau so bedrängt und kapitalistisch ausgebettet wird, wie im übrigen Deutschland. Im Gegensatz zum Norden fehlt es aber dem badischen Süden an einer ebenso breiten, überzeugten und opferwilligen Kampforganisation des Proletariats. Hier ist das Rhobus! Mehr Aufklärung schaffen, statt blütterliche Ministerien zu retten!

Die sozialdemokratische Partei in Hamburg erstattet wie alljährlich auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 1909/10 einen ausführlichen schriftlichen Bericht, der diesmal 111 Seiten umfaßt und sowohl über die Tätigkeit der Landesorganisation wie die der drei Hamburger Wahlkreisorganisationen Auskunft gibt. Der Bericht der Landesorganisation beginnt mit einem Rückblick auf die allgemeine politische Situation im letzten Jahr und die in diesem vorgenommenen Bürgerschaftswahlen. Die Agitation zu den Bürgerschaftswahlen war außerordentlich lebhafte; auch die sogenannten alten Fraktionen, die Väter des neuen Klassenwahlrechts, beteiligten sich daran und veranstalteten zum erstenmal öffentliche Wählerversammlungen, in denen sie befürwortet um die Stimmen der zahlreichen Beamtenwähler buhlten. Von den 887120 abgegebenen Stimmen sieben Wähler gibt 12 Stimmen ab; erzielten sie jedoch nur 154420, die Gegner des Klassenwahlrechts aber 292700 Stimmen. Hierzu fielen 142591 Stimmen auf die Kandidaten der Sozialdemokratie. Das Wahlergebnis wäre noch ungünstiger für die Wahlrechte, räuber ausgefallen, wenn nicht einige Kandidaten von den alten Fraktionen in ihren Wahlkreisen verschont hätten, kein Anhänger des lebhaften Wahlgeistes zu sein. Die große Zahl der Mandate verdanken die alten Fraktionen nur der Klasseneinteilung bei den allgemeinen Wahlen und den privilegierten Wahlen. Des Weiteren aber auch, weil die Erwerbung des Bürgerschaftsrechts so erschwert ist, daß zwei Drittel der Reichstagswähler von dem Bürgerschaftswahlrecht ausgeschlossen sind.

Die Mitgliederzahl stieg von 89081 auf 48285, hat also um 8904 zugewonnen. Bei einer Agitation unter den Abonnenten des Hamburger Echo sind 2870 neue Mitglieder gewonnen. In Monatsbeiträgen wurden 57 002 mehr eingenommen als im vorigen Jahre. Die Zahl der Beiträge ist von 480 971 auf 488 033 gestiegen. Davon sind entrichtet von männlichen Mitgliedern 426 505 und weiblichen Mitgliedern 61 528. Die Mitgliederzahl verteilt sich auf den 1. Kreis mit 6842 (im Vorjahr 6871), 2. Kreis 6893 (6850), 3. Kreis 20 080 (20 710). Im vergangenen Jahre wurden 10 826 Neuaunahmen vorgenommen, denen ein Abgang von 7522 Mitgliedern gegenübersteht. Der geringe Mitgliederschwund im 1. und 2. Wahlkreis findet seine teilweise Erklärung in der Bevölkerungsverminderung dieser Stadtbezirke; die Bevölkerung wird immer mehr in die Außenbezirke des 3. Kreises gedrängt. Im Verhältnis zu den 1907 sitz die Partei abgegebenen Reichstagswählerstimmen waren politisch Organisierte vorhanden im 1. Kreis 29,2, im 2. Kreis 20,5 und im 3. Kreis 45,0 Prozent. Von den 48 285 Mitgliedern waren 5024 Frauen (im Vorjahr 4817).

Die Zahl der Abonnenten auf das Hamburger Echo hat sich um 5000 erhöht und beträgt jetzt 68 000. Es ist nicht nur der Rückgang vom vorigen Jahre wieder eingeholt, sondern der Höchststand vom 1. Januar 1908 um 1800 überschritten. Als vor zehn Jahren von der Partei die Kolportage in eigene Regie übernommen wurde, waren nur 28 000 Abonnenten vorhanden. Es sind also in dieser Zeit 37 800 Abonnenten gewonnen worden. Gewiß ein guter Erfolg. Auch die Gleichheit hat eine Zunahme von 330 Abonnenten zu verzeichnen, obgleich durch die Einführung des Vereinsorgans der Hausangestellten eine Anzahl Abbestellungen erfolgt sind. Der Abonnementstand beträgt jetzt 10 000.

Einen recht erfreulichen Ausschluß hat der Schriftvertrieb durch die Organisation genommen. Neben den regelmäßigen vierteljährlich zur Ausgabe gelangten Broschüren sind eine Reihe Blätter zu Vorzugspreisen an die Mitglieder abgegeben. Für Blätter sind allein M. 12 800,15 eingenommen, außerdem für Broschüren, Kalender und Protokoll M. 10 085,86. Der Bericht bemerkt hierzu: „Die großen Summen beweisen, daß bei einem guten Willen es schon möglich ist, unsere Literatur unter den Parteigenossen abzusehen. Die Schriften werden vielfach zu Diskussionen in den Bezirkssammelkünsten benutzt, wodurch nicht nur manche gute Anregung gegeben wird, sondern die Genossen auch zum Bespuren angeregt werden.“ Verlaufen wurden neben den regelmäßigen vierteljährlich an rund 13 000 Genossen umgesetzten 10-Pfennig-Broschüren 12 250 Exemplare. Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung von Ant. Pannekoek, 11 280 Exemplare. Die Finanzgeschichte des Deutschen Reichs von Emanuel Wurm, 12 180 Exemplare. Die Geschichte der badischen Landesorganisation von Dr. H. Lauffenberg, 108 Exemplare. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von F. Mehring, 1785 Exemplare. Die Frau und der Sozialismus von August Bebel, 1773 Exemplare. Vorläufer des neuen Sozialismus von Karl Kautsky, 145 Exemplare. Der Ursprung des Christentums von Karl Kautsky, 40 Exemplare. Geschichte des Sozialismus in Frankreich von Paul Louis, 150 Exemplare. Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreich von Heinrich Gunow, 276 Exemplare. Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage, 200 Exemplare. Verschaffungswesen und Verlassungskämpe in Deutschland von Georg Grodauer, 400 Exemplare. Empör. Lieder und Gedichte von Karl Frohne, 9117 Exemplare. Protokoll vom Parteitag in Leipzig, 812. Einem reich erfreulichen Ausschluß hat der Schriftvertrieb durch die Organisation genommen. Neben den regelmäßigen vierteljährlich zur Ausgabe gelangten Broschüren sind eine Reihe Blätter zu Vorzugspreisen an die Mitglieder abgegeben. Für Blätter sind allein M. 12 800,15 eingenommen, außerdem für Broschüren, Kalender und Protokoll M. 10 085,86. Der Bericht bemerkt hierzu: „Die großen Summen beweisen, daß bei einem guten Willen es schon möglich ist, unsere Literatur unter den Parteigenossen abzusehen. Die Schriften werden vielfach zu Diskussionen in den Bezirkssammelkünsten benutzt, wodurch nicht nur manche gute Anregung gegeben wird, sondern die Genossen auch zum Bespuren angeregt werden.“ Verlaufen wurden neben den regelmäßigen vierteljährlich an rund 13 000 Genossen umgesetzten 10-Pfennig-Broschüren 12 250 Exemplare. Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung von Ant. Pannekoek, 11 280 Exemplare. Die Finanzgeschichte des Deutschen Reichs von Emanuel Wurm, 12 180 Exemplare. Die Geschichte der badischen Landesorganisation von Dr. H. Lauffenberg, 108 Exemplare. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von F. Mehring, 1785 Exemplare. Die Frau und der Sozialismus von August Bebel, 1773 Exemplare. Vorläufer des neuen Sozialismus von Karl Kautsky, 145 Exemplare. Der Ursprung des Christentums von Karl Kautsky, 40 Exemplare. Geschichte des Sozialismus in Frankreich von Paul Louis, 150 Exemplare. Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreich von Heinrich Gunow, 276 Exemplare. Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage, 20

Die Parteiorganisation im Wahlkreise Naumburg-Wehlen-Zeitz zählt nach dem Jahresbericht des Zentralvorstandes 38 Wahlstellen (Vorjahr 32) mit zusammen 5163 (4478) Mitgliedern. Unter diesen sind 1088 (969) Frauen. Die Zunahme beträgt also 890 Mitglieder, doch sind in Wirklichkeit 1815 neu beitreten, 483 Mitglieder traten aus, 180 wurden gestrichen werden. Viele der Ausritte erfolgten aus Anlass der Beitrags erhöhungen in der Partei und im Bergarbeiterverband, die fast zu gleicher Zeit erfolgten. Die Zugehörigkeit der Parteilmitglieder zu den gewerkschaftlichen Organisationen verbessert sich von Jahr zu Jahr. 1908 waren von 4474 1294 nicht gewerkschaftlich organisiert, in diesem Jahre sind es bei 5163 nur 1016. Zu bedenken ist hierbei, daß von den 1088 Frauen naturgemäß viele leiner gewerkschaftlichen Organisation angehören.

Über die Tätigkeit der Parteiorganisation informieren folgende Ziffern: Es fanden statt 300 (303) Vereinsversammlungen, 100 (82) öffentliche Versammlungen, sowie eine große Reihe Sitzungen, Konferenzen und andere Veranstaltungen. Unter den 100 öffentlichen Versammlungen sind 52 Wahlrechtsversammlungen, die insgesamt 18 200 Besucher aufzuweisen hatten.

Flugblätter wurden 204 000 im Kreise verbreitet, außerdem noch an einzelnen Orten bei verschiedenen Gelegenheiten viele Tausende. Der Volkskalender erzielte eine Auflage von 28 880. In der Volksfrage ist ebenfalls wieder ein Fortschritt zu verzeichnen; wir haben jetzt 69 (59) Lokale zur Verfügung.

Die Abonnentenzahl des Volksblattes stieg von 7888 auf 8426; im Kreise werden ferner gelesen 720 Exemplare der Gleichheit, 51 der Zwickauer Volkszeitung und 14 das Vorwärts. Der zur Gründung eines eigenen Blattes gesammelte Preissonds erhöhte sich um 8100 M. auf 14 272 M.

Die Gemeindevertreter wählen brachten die Zahl unserer Mandate auf 119 (1907 - 51, 1908 - 72). Unter diesen 119 Vertretern sind 18 Stadtverordnete. Bildungsaußenstellen bestehen jetzt in Zeitz, Wehlenfels, Thalheim, Kreishaus und Streckau. Die Jugendorganisation zählt an Mitgliedern in Wehlenfels 200, Zeitz 180, Naumburg 40 und Böhlen-dorf 20. Gewerkschaftlich Organisierte sind im Kreise 13 988 vorhanden, 1000 mehr als im Vorjahr.

An Strafen wurden gegen Genossen verhängt 1 Monat und 5 Wochen Gefängnis und Haft, daneben noch 412 M. Geldstrafen. Außerdem erhielt ein Redakteur des Volksblattes für eine "beleidigende" Notiz aus unserem Kreise noch 200 M. Geldstrafe. Die Freiheitsstrafen und der größere Teil der Geldstrafen resultierten aus dem Wahlrechtskampf.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 20 002.33 (21 089.20) M. und eine Ausgabe von 18 824.37 (19 012.80) M. auf. An die Bezirkskommission wurden 800 M., an die Parteihauptstelle 8000 M. abgeführt.

Am 1. Oktober d. J. tritt das neue Parteisekretariat in Tätigkeit; zu gleicher Zeit beginnt auch das neue Kopfblatt zu erscheinen. Die Errichtung des Sekretariats machte sich notwendig, da die Partiarbeiten im Nebenamt nicht mehr zu erledigen waren. Von neuen Kreisbüros wird besonders die bessere Bearbeitung der lokalen Angelegenheiten des Kreises erwartet. Die kommende Reichstagswahl erfordert ebenfalls eine Arbeit, die das bisherige Parteiorgan in genügender Weise nicht übernehmen konnte. Als Sekretär und Geschäftsführer des neuen Blattes wurde der seit langen Jahren als Vorliegender tätige Genosse Leopold Zeitz gewählt, die Redaktion wird Genosse Blechschmidt (jetzt in Sonneberg) führen.

Der Kreistag am 14. August bestätigte die gefassten Beschlüsse und beschloß ferner die Übernahme der Geschäfte in Zeitz und Wehlenfels in Parteidrage. Zum Parteitag in Magdeburg wurde gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

Der Kreistag verurteilt das Verhalten der badischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten aus allerharschste. Er erwidert in dem Verhalten der badischen Abgeordneten einen bewußten Disziplinbruch und erwartet vom Parteitag in Magdeburg, daß er klar und deutlich ausspricht, daß, wer die Einheit und die Disziplin in der Partei bewußt bricht, nicht mehr zu ihr gehören kann. Der Kreistag erwartet von den Delegierten unseres Kreises, daß sie in diesem Sinne stimmen.

Als Kreisvorsitzender wurde Genosse Leopold wieder gewählt. Parteitagsdelegierte sind die Genossen Thiele und Leopold.

Die Parteiversammlung für Neuh. j. L., die am Sonntag in Gera tagte, war von 92 Delegierten besucht. Der Geschäftsbericht ließ eine sehr erfreuliche Entwicklung der Partei erkennen. In 19 Gemeinden lagen 108 Parteigenossen in der Gemeindeverwaltung. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist von 4000 auf 4220 gestiegen. Sowohl das Parteiblatt, die Neuh. j. L. Tribune, als auch die Parteibuchhandlungen haben gute Fortschritte gemacht. Zum Parteitag wurden die Genossen Wurm in Berlin, Fischer und Kau auf gewählt.

Parteitag für die Provinz Posen. Am Sonntag den 14. August tagte in Kolmar i. P. der mit 18 Delegierten besuchte Parteitag für die Provinz Posen. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß zurzeit in 19 Wahlkreisen der Provinz 1075 Mitglieder vorhanden sind, darunter 70 Frauen. Verbindungen bestehen jetzt in allen 15 Wahlkreisen. — Nach einem Referat des Genossen Leyh über Kommunalwahlen sprach sich der Parteitag einstimmig für Beteiligung an den Stadtverordneten- und Gemeindewahlen aus. Nur 8 Orte in der Provinz erheben kein Bürgerrechtsgeld. — Als Delegierter zum Magdeburger Parteitag wurde für alle Wahlkreise der Genosse Leyh-Bromberg gewählt. Ein Antrag der Posener Genossen, den sich nach Posen zu verlegen, wurde nach langem Hin und Wider von den Posenern für dieses Jahr zurückgezogen. Auf dem Parteitag kam zum Ausdruck, daß es auch im dunkelsten Osten, wenn auch langsam, vorwärts geht.

Reichstagsschlachten. Unsere württembergischen Parteigenossen haben in den letzten Wochen eine Anzahl Wahlkreise mit Kandidaturen besetzt. Es wurden aufgestellt: Für Stuttgart: Hildburghausen; Heilbronn: Feuerstein; Böblingen: Spörka; Esslingen: Schlegel; Balingen: Mattutat; Göppingen: Lindemann; Ulm: Dietrich.

Die Parteikonferenz des Kreises Weissenbaden-Mehlgau stellte einstimmig den jewigen Vertreter des Kreises, Genosse Lehmann in Mannheim, wieder als Kandidaten für die kommende Reichstagsschlacht auf.

Aus den Organisationen. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Kreisvereins für Dortmund und Hörde erstattet seinen 1½ Jahre umfassenden Geschäftsbericht. Der Bericht hebt hervor, daß die Krise noch immer von nachhaltender Wirkung sei, namentlich auch im Bergbau. Sie hatte denn auch eine außerordentlich starke Fluktuation der Mitgliedschaft zur Folge. Das vorige Geschäftsjahr wurde abgeschlossen mit 8527 Mitgliedern. In den 1½ Jahren wurden neu aufgenommen 8004 männliche und 870 weibliche Mitglieder, übergetreten aus anderen Kreisen sind 202 Mitglieder. Das würde eine Gesamtmitgliedschaft von 12 751 ergeben. Durch Zugzug, Aushilf und Streichung sind jedoch die Neuaufnahmen fast völlig wieder ausgeglichen worden, so daß der Verein am 1. Juli d. J. 7120 männliche und 1490 weibliche Mitglieder, insgesamt 8820 zählt. Versammlungen unter freiem Himmel und Straßen demonstrieren erfolgten eine ganze Reihe im Verlaufe des Wahlrechtskampfes. Aus dem Wahlrechtskampf entstanden einige Prozesse für unser Parteiblatt, die Arbeiterzeitung. Insgesamt wurde wegen dieser Sachen auf 2 Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe erkannt. Ein Flugblatt, das unter den Massen verbreitet wurde, ist nicht gefasst worden. Die Gemaßnahmen der verbreiteten Literatur betrug 1 882.931. Durch Agitation für die Arbeiterzeitung wurde der Abonnentenstand um 2000 gehoben. Die Zahl der gewonnenen Abonnenten war noch um 2000 höher, doch ging dieser Gewinn durch die Fluktuation und die Einwirkung

der Bauarbeitertransferrierung wieder verloren. Die Kommunalwahlen im letzten Herbst brachten recht erfreuliche Erfolge für unsre Partei. Zunächst ist als Haupterfolg die Eroberung von vier Stadtverordnetenmandaten in der Stadt Dortmund selbst zu verzeichnen. Ferner eroberen wir in den Gemeinden des Landes noch 19 Mandate in der dritten und 2 Mandate in der zweiten Abteilung. Im Wahlkreise sind nun insgesamt 77 sozialdemokratische Gemeinderäte vorhanden. Bemerkenswert ist auch die Zahl der abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokratie steht mit 11 880 Stimmen an erster Stelle, es folgt das Zentrum mit 8291 Stimmen, während die Nationalsozialisten bei aller Unterstützung durch die industriellen Werke es nur auf 8700 Stimmen brachten. An einem Unterrichtskursus des Genossen Dr. Dünker-Stuttgart, der acht Abende umfaßte, beteiligten sich im Durchschnitt an jedem Vortrag 215 Besucher. Die Jugendbewegung hat Fortschritte gemacht, doch wird ausgesprochen, daß von manchen Orten noch viel mehr geleistet werden könnte.

Die Stuttgarter Parteiorganisation kann auf eine glänzende Entwicklung in der abgelaufenen Geschäftspräperiode — 1. Januar 1900 bis 20. Juni 1910 — zurückblicken. Die Mitgliederzahl betrug Anfang 1900 5217. Dem Gesamtverein alieberlich sich Anfang 1900 der Sozialdemokratische Verein in Tegeloh mit 152 Mitgliedern an, dagegen lösten sich die Karl-industriellen Bezirke Cannstatt und Unterlürheim los. Wird der dadurch bedingte Mitgliederabgang in Rechnung gestellt, so stieg die Mitgliederzahl im Gesamtverein von 4521 auf 5141, darunter 241 weibliche. Gegenüber einem Versuch des Bonnerbundes und der Mischhändler, den Preis von 20 auf 22 Pf. pro Liter heraufzulegen, sahen sich Partei und Gewerkschaften zu gemeinsamem Vorgehen veranlaßt. Es gelang denn auch, die Preissteigerung abzuwehren, wodurch der Stuttgarter Bevölkerung Sonderaufende von Mark erhalten blieben. Auch ein Versuch bei der Erhöhung der Biersteuer einen Extraprofit für Wirt- und Brauer herauszuschlagen, wurde abgewehrt. — Der Kassenbericht weist eine Einnahme 28 085.88 M. und eine Ausgabe von 28 127.02 M. nach. Der Abonnentenstand der Schwäbischen Tagwacht in Groß-Stuttgart stieg in der Berichtszeit von 8526 auf 8800.

Eine ins Wasser gesetzte Staatsrettungsbaktion. Die große Staatsaktion gegen das bekannte Dortmund und der Lieberbüch für Massengefangene hat nun doch mit der Freisprechung des Verlegers, Genossen Umbreit, geendet. Es ist bekannt, daß vor einigen Monaten in den verschiedensten Orten das Lieberbüch beschlagnahmt wurde, u. a. in Berlin, Magdeburg, Dresden, Dortmund usw. Die ganze Aktion ging von Berlin aus, wie auch die Berliner Staatsanwaltschaft die Anklage gegen den Genossen Umbreit veranlaßt hat. Unter Anklage gestellt waren die Lieber, Bet' und Arbeit' (von Herwegh), der Sozialistenmarsch, die Arbeitsmänner und die Internationale. Die Anklage war erhoben auf Grund des § 190 des Strafseebuches (Aufreizung zum Klassenkampf). Selbst der Staatsanwalt konnte nicht wissen, was im Sozialistenmarsch eigentlich aufreizend sein sollte und sich hier die Anklage fallen. Das Gericht erkannte, daß wegen der ersten beiden Lieber (Bet' und Arbeit', Sozialistenmarsch) aus objektiven Gründen Freispruch zu erzielen habe, wegen der beiden letzten Lieber (die Arbeitsmänner, die Internationale) aber aus subjektiven Gründen. Die beiden legten Strophes des Lieber, "Die Arbeitsmänner" wirkten zweifellos aufreizend, ebenso die "Internationale" in ihrem Inhalt. Ledoch kommt in Betracht, daß die Arbeiterzeitung schon im Februar alle diese Lieber in hervorragender Stellung zum Abschlag brachte, ohne daß der Staatsanwalt etwas gegen sie unternommen habe. Der Angeklagte habe daher subjektiv des Glaubens sein können, daß die Gedichte straflos seien. Aus diesen Gründen müsse auf Freisprechung erkannt werden. Der Staatsanwalt hatte 200 Mark Geldstrafe beantragt. Die Beschlagnahme des Lieberbüches bleibt allerdings bestehen.

Gemeindewahlsergebnisse. In Klein-Krozenburg, einem vorwiegend von Fabrikarbeitern und Bauern bewohnten hessischen Dorf bei Hanau, errang am Sonntagabend die Sozialdemokratie ihren ersten großen Kommunalwahlzug. Ihre sämtlichen drei Kandidaten wurden mit 209 bis 228 Stimmen gewählt, das Zentrum unterlag mit 175 bis 185 Stimmen. Der Ort ist katholisch und war bisher eine Zentrumsdomäne. Die Steuerkünste des Zentrums im Reichstage, besonders an der Tabaksteuer, haben den Umschwung bewirkt, das zeigte sich neulich schon, als einer unserer Genossen zum Beigeordneten gewählt wurde. Natürlich wurde auch ihm, wie man es in Hessen gewohnt ist, die Bestätigung verliehen. Aber das hinderte die Arbeiter im Nachbarorte Klein-Auheim nicht, am Sonnabend bei der Beigeordnetenwahl den Genossen F. Adam Bauer I zu wählen; er erhielt 240, der bisherige Beigeordnete P. Jung II 234 Stimmen.

Die Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nach dem von unserer nordamerikanischen Brüderpartei an den internationalen Kongress in Kopenhagen erstatteten Bericht zählte diese am 1. Januar 1907 89 Staats-Organisationen, zu denen 1900 Total-Organisationen gehörten mit einer Mitgliedschaft von 26 748. Gegenwärtig hat die Partei 42 Staats-organisationen mit 2200 Total-Organisationen und einer durchschnittlichen Mitgliedszahl von 58375. Ein anderes Zeichen der zunehmenden Macht der Bewegung in den Vereinigten Staaten ist das Wachstum der sozialistischen Presse. Während im Jahre 1907 nur 50 wöchentliche und monatliche Organe in verschiedenen Sprachen bestanden, bestehen jetzt 70 sozialistische Publikationen, darunter drei tägliche Zeitungen. Neben die Hälfte davon erscheint in Englisch, die andere Hälfte in Deutsch, Französisch, Spanisch, Polnisch, Tschechisch, Russisch, Schwedisch und Italienisch. In Englisch erscheinen zwei tägliche Zeitungen: Chicago Daily Socialist und New York Call, die allerdings noch einen schweren Kampf zu bestehen haben, aber über die größten Schwierigkeiten bereits hinweg sind. The Progressive Women ist für die Propaganda unter den Frauen bestimmt und für die Jugend erscheint: The Little Socialist.

Eingelaufene Schriften.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 28 des 20. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Mehr Schutz den Müttern. — Der Anteil der Frau an der deutschen Industrie. Von Mathilde Wurm. — Die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Ehegatten. III. Von Ernst Oberholzer. — Johann Gottfried Seume. III. Von Dr. W. Hauffenstein. — Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsstatistik für 1907 und 1908. Von R. S. — Vom Kampf um das Frauenwahlrecht in England. — Vom Spinnen und Weben in alter Zeit. III. Von H. Jäckel. — Der Fabrikarbeiterverband. Von W. Kähler. — Aus der Bewegung: Von den Organisationen. — Jahresberichte der Genossinnen in Braunschweig und Bremen. — Ueber den Stand der Nürnberger Arbeiterinnenbewegung 1909. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenzeit: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sanitarbeiterfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Verschiedenes.

Für unsre Mütter und Hausfrauen: Epistel. Von Otto Erich Hartleben. — Kleidung und Gewandstoffe in alter Zeit. I. Von Hannah Lewin-Dorff. — Schwimmhallen für Frauen. Von H. — Herstellung von einfachen Obstkonfitüren. Von M. Et. — Feuerstein: Unter Feinden. Von Fr. Niesche. — Es ist ein Kind... Von Werner Peter Larsen. — Eine Frauenrevolte im Elsass aus dem vierzehnten Jahrhundert. Von Emil Unger.

Für unsre Kinder: Bekanntnis. Von Ludwig van Beethoven. — Mutter Sonne. Von Ed. — Hunger. Von Ham-

mersdorf. (Gedicht.) — Ein Ferientag mit der Dresdner Kinderschulgemeinschaft. Von Hans Löwe und Martha Krause. — Von den Schülernjägern. — Fasanenmutter. Von Ernest Seton Thomsen. — Die klugen Bäume. Von E. H. Strasburger. (Gedicht.)

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierjährlich ohne Beistieg 55 Pf.; unter Kreuzband 55 Pf. Jahresabonnement 2.60 M.

Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum. Heft 5 der Broschürenreihe. Der Klassenkampf des Proletariats ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt:

1. Das Arbeiterlos. Das Ende der Verlorenheit. — Die Kindersterilität. — Das Arbeiterkind in der Schule. — Die Kinderarbeit. — Der Wellengang des Proletariats. — Die Arbeitersterilität. — Arbeiterkrankheiten. — Gewerbliche Arbeitskrankheiten. — Beruf und Ausbeutung. — Ergebnisse der Krankenversicherung im Deutschen Reich. — Der Arbeiter simuliert Gesundheit. — Die Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit. — Grubenkatastrophen und Arbeitsverkürzung. — Verstieades und verlauntes Arbeitserleben. — Die Arbeitskatastrophen und die Unternehmer. — Wirkung der Katastrophen auf die Massen. — Die Geliebten der Arbeit. — Der moderne Arbeiter, die Maschine und die Ausbeutung. 2. Die Zusammenfassung des Proletariats. Die Familiengröße der Lohnarbeiter. — Das Handwerk im allgemeinen. — Die Schmiede. — Die Schuhmacher. — Die Entwicklung zum Großbetrieb. — Gewerke und ungelernte Arbeiter. — Die Frauen in der Textilindustrie. — Die Frauen in der Fleischindustrie. — Die Frauen in der Industrie der Nahrungsmittel. — Die Frauen im photographischen Gewerbe. — Die Frauenarbeit bringt überall vor. — Die Konkurrenz der Jugendlichen. — Die automatische Fabrik. — Das technische und Verwaltungspersonal. — Frauenarbeit bringt auch beim Verwaltungspersonal vor. — Die Entwicklung des Proletariats. 3. Die soziale Gliederung des Deutschen Reichs. Alleinstrebere und Gehilfenbetriebe. — Die soziale Gliederung in der Industrie. — Zusammensetzung des handelsgewerbes. — Der Handel und die Kartelle. — Die soziale Zusammensetzung der Landwirtschaft. — Die soziale Gliederung der gesellschaftlichen Produktion. — Andere soziale Schichten. — Kapitalistische Tendenzen. — Das Großkapital. — Kampf bis zum Siege!

Den Schwarzen gewidmet. Unter diesem Motto präsentiert sich uns die neueste Nummer des Wahnen Jakob als eine Spezialnummer zur diesjährigen Zentrumsparade, dem in nächster Woche in Augsburg stattfindenden Katholikentag.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteur zu beziehen.

Für unsere Frauen.

82 000 weibliche Parteimitglieder.

Nach dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Magdeburg hat die Partei eine Mitgliederzunahme von 89 521 zu verzeichnen, an der die weiblichen Mitglieder mit 20 886 beteiligt sind. Die Partei mustert also gegenwärtig 82 845 weibliche Mitglieder.

Gewiß eine stolze Ziffer für die kurze Spanne Zeit seit dem Inkrafttreten des Reichsverfassungsgesetzes. Gemessen an der Zahl der männlichen Parteimitglieder erscheint sie jedoch noch wenig. Die 82 845 politisch organisierter Frauen und Mädchen sind nur 18 Prozent der Gesamtpartei.

So sehr wir uns über den prächtigen Fortschritt freuen, so sehr zeigt uns aber auch diese Differenz zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern, wie außerordentlich viel wir noch an arbeiten, zu agitieren und zu organisieren haben. Der Altenberger Parteitag sprach für die Genossen das Pflichtgebot aus, ihre weiblichen Angehörigen auszulämmen, damit sie Mitglieder der Partei werden. Gegen diese moralische Verpflichtung, die auch ohne Parteitagsbeschuß eine selbstverständliche für jeden Genossen ist, wird zweifellos noch sehr viel vertreten. Und das geschieht, trotzdem es ebenso sehr im Interesse der Genossen, daß diesem Pflichtgebot Folge geleistet wird. Mit dem Wachstum, der zunehmenden Stärke der Gesamtpartei wächst auch ihr Ansehen und ihre Macht. Mit der Führung sämtlicher weiblicher Angehörigen der Genossen müßte die Zahl der Parteimitglieder doch sofort um mindestens 75 Prozent steigen werden. Welch ein Fortschritt wäre das! Das wäre ein Fortschritt, weit größer, als das die kommenden Zahlen widerspiegeln können.

Wiewiel hemmender, feindlicher Einfluß wäre damit beendet, wenn alle Frauen und erwachsenen Töchter unsrer Ge-

nossen überzeugte Anhänger und Mitglieder unsrer Partei wären. Die Genossen brauchen nicht immer aufs neue den Widerstand ihrer indifferenten Frauen zu bekämpfen; den Kolporteuren unsrer Zeitungen wäre der stillen aber aufreibende Kampf erspart, den sie jetzt immer wieder aufs neue aufnehmen müssen gegen die rücksichtigen Frauen unsrer Parteimitglieder. Ja, mehr noch: Ein großer Teil der Frauen und Töchter unsrer Genossen, die uns heute noch fernstehen, würden, einmal gewonnen, zu wertvollen Kräften für die Partei werden. Verbunden in der eigenen Familie durch entsprechende Erziehung des Kindes, werden in den Reihen der Indifferenter. Und beides ist dringend notwendig im Interesse der Partei. Aber auch gute Mitarbeiterinnen innerhalb der Organisation würden sich erleben aus den Reihen der Frauen und Töchter unsrer Genossen, die heute noch abseits stehen. So gut, wie ein großer Prozentsatz der bereits Organisierten freudig und unzweiflig an der Verwaltung, an der Verbreitung von Flugblättern, Agitatorblättern, an der Kleinarbeit in Versammlungen, bei Wahlen, an der Werbung von Mitgliedern und Abonnenten der Parteizeitung sich beteiligt, so gut würden es auch jene tun, die nun zunächst zu gewinnen sind: Die Frauen und Töchter der Genossen.

Natürlich soll über ihrer Gewinnung nicht die Agitation unter jenen vernachlässigt werden, deren Mann und Vater und ebenfalls noch fernstehen. Die Agitation auf der breitesten Grundlage muß der Agitation in unsrer Reihen vorausgehen und auch sie ergänzen. So zu versuchen erfordert das Parteiinteresse; denn niemals kann die Sozialdemokratie ihre Schlachtkräfte schlagen und ihre Siege erscheinen, wenn sie sich nur auf die Hälfte der Arbeiterschaft stüt

Abzahlungsgeschäfte	
Liebau, Turnerstr. 27, I.	
Aluminium u. Emaille	
Max Richter & Co., Pl. Zschoch. Str. 18, Ecke Fröbelstr. 18. Installat. f. Gas, Wasser u. Elektr.	
Apfelsine	

Obstweinschänke	
Bayersche Str. 18, Nähe Bahnhof, Eig. Kelterei Joh. Lochstamper. Ausschank in Gläsern 10 Pf.	
Bäckereien, Konditoreien	
E. Albrecht, Lü. Henriettenstr. 11. Herm. Becker, Lü. Albertinestr. 61b. Alfred Beyrer, Co., Bornaische Str. 87. P. Britz, Gautzsch, Oetzscherstr. Oawin Flecke, Juliusstr. 27. Rich. Gimpel, Lü. Gundorfer Str. 1. Emil Griebel, Mös. Steinmetzstr. 4. Willy Haase, Schl. Könenitzstr. 14. Oskar Hünzel, Leut., Barneckerstr. 31. O. Hempel, Paunsd., Johannist. 13. Paul Heuskel, Wahr., Bahnhofstr. 9. Oskar Horn, Stötteritzerstr. 17. W. Kabitzeck, Böh. - Ehrb., Südst. 34. W. Kümmeler, Lü. Guttmuthstr. 43. Otto Kind, Schl. Könenitzstr. 50. B. Klepal, Schl. Könenitzstr. 37. Alfred Knothe, Lü. Calvis-Str. 23. Karl Oehm, Lü. Rietzschelstr. 19.	
Liebau	



Liebau Brotsfabrik

far. Jüdin, Böh. & Co.
Leipzig-Eutritzs
gar. rein. Roggenbrot
Vollgewicht 1413.

Rich. Pönitz, Lü. Henricstr. 12. Max Rahrig, Rdn. Gemeindastr. 3. Wilh. Reichardt, Lü. Lützen. Str. 83. Max Rohne, Lü. Gund. u. Großstr. Franz Köthig, Stünz.

Gust. Salomon, Dolitzcher Str. 60. liefert garantiert reines Roggenbrot m. Vollgewicht. Tel. 3898.

Schmoek, Ernst, Mös. Hallische Str. 54. Fr. Schreiter, Oetzs., Oststr. 3. K. Schröter, Lü. E. Kais.-u. Göderstr. A. Schwendler, Barneok. Str. 18. H. Selle, Lü. Ecke Lützen.-u. Josefstr. Arno Seyfarth, Wahren, Bahnhofstr. Franz Springer, R. Kuchengart. Str. 3. W. Steinkopf, R., Gemeindastr. 11. E. Volkmar, Lü. Gundorferstr. 30. O. Wagner, Neurd., Cellekenstr. 23. H. Wuttke, Schönefeld, Südst. 26.

Beordigungsanst. u. Sargm.

W. Fuchs, verw., Vo., Bogislawstr. 28.

Hugo Irmer, Schloßburg.

Ernst Koenze, Lindenaus. Str. 5.

Gebr. Reiche, Ltz. St. 48, Köln. St. 34.

Ott. Rühle, Lü. Marktstr. 8.

W. Steinberg, Go., Eisenach. Str. 34.

M. Verbeck, Kirchr. 82.

Bettfedern, Betten, Reinigung

Ad. Kirschberg, N., Reichstr. 39.

H. Oldig, Südst. 2.

A. Petzold, Lü. Birkenstr. 12.

„Purn“, Wittembergerstr. 38.

J.C. Schwartz, Brühl 50, Gg. 1796.

O. Tröhl, Waro, Hospitalstr. 26.

Rob. Zeugner, Dresdnerstr. 47.

Bildereinrahmungen

Friedr. Franko, Elisabethstr. 8.

Hennig & Nagel, Gerberstr. 56.

vorm. M. J. Gebr. Reiche, Zeitzerstr. 35.

C. Kretzschmar, Zeitzerstr. 37.

Wilh. Niedling, Kolonadenstr. 3.

R. Städler Nach., Zeitzerstr. 1, Leipzig.

billigst. Werkstatt.

Emil Vogel, Bayersche Str. 26.

Brauereien, Bierhandlung.

Brauerei Burghausen-Leipzig,

eingetr. Genossensch. m. b. H.

empfiehlt ihre vorzügl. Biere.

Brauerei C. W. Naumann

Tel. 2898 Leipzig-Plagw. Tel. 2898

J. Pottkämper, Eutritzs., seine aus-

best. Maiz u. Hopfen gebr. Biere.

C. Schubert, Port. u. Fleischb. Sdpl. 6

F. A. Ulrich

Trinkt Gebr. Ulrich, Leipzig.

von: Damhbrauerel Zwenkau A. C.

Zwenkau.

Briketts, Kohlen

Oskar Schünfuß, L.-Volkmarad.

Kirchr. 100, Tel. 10467 (a. Vlad.)

Br. Berger, Stött., Hauptstr. 60.

Ernst Claub, Josephinenstr. 31.

O. Dorn, Neu-Mockau.

O. Freiberg, Co., Pfeifferstr. 19.

Ferd. Grabau, N., Tauchaer Str. 30.

Rud. Heinrich Nach., Pl. Gleistr.

Ferd. Hölszsch, Ida/Mariannenstr. 8.

R. Kretzschmar, Go., Möck. Str. 8.

Bruno Paukert, Co., Peg. Str. 31.

B. Kiefer, Schönef., Südst. 11.

Ernst Wolf, Schenckendorffstr. 60.

H. Schlichting, L.-Thonberg

Reitzeneh. Str. 18.

A. Richter, Paunsd.-Sommerl.

A. Schwarze, Anger, Möck. Str. 14.

I. Voigt Nach., Go., Hall. Str. 31.

F. Wagner, Soll., Wurzn. Str. 142.

Buchhandlungen

J.A. Gutzschebach, Kurprinzstr. 2.

Lotterie-Coll.

Butterhandlungen

Ernst Edler, St. Privatstr. 12.

Götz's feinst. Schlossbutter.

L. Hartkopp, Comeniusstraße 8.

Kluge Frauen kaufen nur

Melonen-Butter

O. Marx, Zweinaundorfer Str. 6.

Reinholtz, Richard, Kreuzstr. 33.

Käufit. Traubenbutter

D. G. Vogel, Go., Lindenthal. Str. 17.

Abzahlungsgeschäfte

Liebau, Turnerstr. 27, I.

Aluminium u. Emaille

Max Richter & Co., Pl. Zschoch. Str.

Installat. f. Gas, Wasser u. Elektr.

Apfelsine

Obstweinschänke

Bayersche Str. 18, Nähe Bahnhof.

Eig. Kelterei Joh. Lochstamper.

Ausschank in Gläsern 10 Pf.

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Lü. Henriettenstr. 11.

Herm. Becker, Lü. Albertinestr. 61b.

Alfred Beyrer, Co., Bornaische Str. 87.

P. Britz, Gautzsch, Oetzscherstr.

Oawin Flecke, Juliusstr. 27.

Rich. Gimpel, Lü. Gundorfer Str. 1.

Emil Griebel, Mös. Steinmetzstr. 4.

Willy Haase, Schl. Könenitzstr. 14.

Oskar Hünzel, Leut., Barneckerstr. 31.

O. Hempel, Paunsd., Johannist. 13.

Panilleuschel, Wahr., Bahnhofstr. 9.

Oskar Horn, Stötteritzerstr. 17.

W. Kabitzeck, Böh.-Ehrb., Südst. 34.

V. Kümmeler, Lü. Guttmuthstr. 43.

Ott. Kühn, Lü. Gundorferstr. 30.

Alfred Knothe, Lü. Calvis-Str. 23.

Karl Oehm, Lü. Rietzschelstr. 19.

Leipziger Brotsfabrik

far. Jüdin, Böh. & Co.

Leipzig-Eutritzs.

gar. rein. Roggenbrot

Vollgewicht 1413.

Fritz Model, Dresden-Str. 40.

M. Morgner, Co., Waisenhausstr. 20.

M. Otto, Kreuzstr. 2. Blumengasse.

Oskar Püller, Eisenstr. 28.

Gebr. Feller, Plakatkenntl. Detailg.

M. Fischer, Blücherstr. 5.

M. Geißler, Pl. Ang.-St. 27 a. Bf.

F. Hartmann, Klz. Disk. 43. Hof.

F. Häßler, Grätzsch., Hauptstr. 41.

F. Ebeling, Otto, Gohlis. Str. 14.

K. Ehrhardt, Gautzsch, Cobrg. Str. 56

E. Elsdam, Stött., Leipzigstr. 23.

F. Fehlner, Varkauf d. eigene u. d.

F. Holzhauer, Zeitstr. 17.

Joh. Jünger, Konneritzstr. 3gegr. 1889

Albert Klopzig, Go., Gohliserstr. 38.

M. Köhler, Lü. Gundorfer Str. 23.

M. König-Nehl. E. Morob. u. Gndst.

H. Kompisch, Go., Lindenthal. Str. 28.

A. Meinholt, Lü. Lützen. Str. 103.

Moritz Leßner Westplatz 32.

nur alte Qualitäten zu alten Preisen

in großer Auswahl.

Fritz Model, Dresden-Str. 40.

feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 190

Blinde Liebe.

Eine Geschichte aus den höchsten Kreisen von
Richard Dehmel.

Nachdruck verboten.

Zur selben Zeit diente im königlichen Palais ein armer Junker, ein Freiherr v. Rilly, bei der Leibgarde Seiner Majestät, als Leutnant. Es musste gesagt werden, daß dieser junge Mann, mit dem ich meine zarte Leserin aus Gründen der historischen Wahrheit zu meinem Bedauern nicht verschonen darf, über höchst glückliche Anlagen verfügte, Leibes wie der Seele. Leider aber machte er nicht denjenigen ernsten Gebrauch von ihnen, der sich für einen gewöhnlichen und nicht einmal wohlstücierten Freiherrn grundsätzlich geziemt haben würde. Statt seine Begabung höheren Drittes gefällig und würdevoll geltend zu machen, gestaltete er sich darin, eine durch nichts gerechtfertigte sorglose Vergnügtheit zur Schau zu tragen und seine Tugenden geläufiglich zu bemühen. Wenn ihn sein Vatergeist einmal antrieb, irgendein Heldentum zu verrichten, so gab er sicher nachträglich vor, eine Weile bei der Unschuld gewesen; und wenn er jemandem eine Gütat erwies, dann hättte er sie in einen Spaß. Natürlich war das nicht der Weg, um sich den Beifall seiner Vorgesetzten zu erwerben, und allgemein prophezeite man ihm eine entsprechend schlechte Karriere.

Trotzdem — bei aller schuldigen Chaberietung darf ich aus den erwähnten Gründen zu meinem Bedauern auch dies nicht verschweigen — nahm Prinzessin Alii seitensmerweise ein stetig wachsendes Interesse an diesem absonderlichen Gesellen; und bald verging kein Tag, an dem sie nicht mehrere Stunden lang in der Umgebung des Jungen verbrachte, wohlvorstanden nachdem sie zuvor das Licht ihrer Kerze ausgelöscht hatte, und fraglos nur um zu ergründen, warum dieser Jungling so hartnäckig sein Bestes vor den Leuten verbarg. Selbst angenommen, daß sie noch andre törichte Dinge hätte an ihm erforschen wollen, so darf nicht übersehen werden, daß die erlauchteste Prinzessin durch die Verzauberung der bösen Fee immerhin einigermaßen berechtigt war, die Menschen mit andern Blicken zu betrachten, als ob bei andern Mädchen ihres Alters im allgemeinen ähnlich sein dürfte.

Also ging sie denn Tag für Tag von den ihr leider zu wenig natürlichen Hölzleutern weg, über den Schloßhof, bis zu dem abgelegenen Gartenhäuschen, in dem der Freiherr einquartiert war; dort nahm sie heimlich irgendwo Platz und beobachtete ihn und freute sich an ihm.

Gleichwie man vom Abendwind angenehm erregt wird, ohne ihn doch zu sehen, weil er den Duft von Blüten mit sich bringt, so ward nun bald auch Junker Rilly durch Prinzessin Alii kommen bewegt. Er hatte solchen Spukstein dafür, daß sie schon nach der ersten Woche ihm nicht mehr, wie sonst jedem Menschen, selbst ihrer erhabenen Frau Mutter, unbemerkt nahtreten konnte. Sie mochte noch so leise kommen und noch so behutsam ohne Licht: er merkte sofort, daß sie da sei. Und wenn er auch, seiner Gewohnheit nach, von seinen Gefühlen nichts zeigen wollte, so sah sie doch jedesmal deutlicher, wie ihm die Lust, ihr noch näher zu kommen, jährlings das Amt ins Gesicht trieb.

Bei ihrer gnädigen Gestattung konnte sie gegen diesen Zustand nicht lange unempfindlich bleiben, und als sie das nächste Mal zu ihm kam, sie plötzlich sein Gesicht mit ihren Händen und flüsterte: Du lieber, stiller, stolzer Mensch du! was sagst du denn nie ein Wort zu mir? — Und als Herr v. Rilly verwirrt zurückfragte: Was soll ich denn sagen, da's unschabbar ist? — da lachte sie leise und neckte ihn: O, nur die Wahrheit, du Uneschickter du schämst dich wohl gar einzustehen, wie gerne du mich anfassen möchtest! — Und dabei klopfte ihr unsichtbares Herz so leicht an dem seinen und so sturmisch, als wollte es hinein zu ihm.

Dem armen Junker fiel selbstverständlich ein, wie hoch sie über ihm stand in der Welt, und welcher Abgrund sie von ihm trennte, wenn anders er nicht die heiligsten Güter der guten Gesellschaft gefährden wollte, und deshalb — was freilich bei seiner Gemütsart nicht eben überraschen kann — hielt er sie doppelt fest an sich gebückt und brachte in die ebenso unruhigen wie etikettewidrigen Worte aus: Ach, Alii, ich möchte dich ewig so halten! — Unerklärlicherweise lande die Prinzessin sich an seiner Exaltation, so daß sie aufs neue zu lachen gerührte und ihm zu wiederholten Malen seine staunbürtigen Lippen lächte. O, Rilly, beliebte sie zu rufen, du kannst mich nicht sehen und willst mich doch haben?! — Du kannst mein Herz ja auch nicht sehen, erwiderte der verwegne Junker, und kennst es doch und willst es haben!

Daß sie ihn noch zärtlicher, und löste ihr Haar auf und sagte innig: Komm, lerne auch mein Gesicht zu kennen! — Sie nahm seine Hände und legte sie sanft auf ihre noch niemals geschwollenen Augen. Junker Rilly erschauerte über und über, als er die langen feinen Wimpern in seinen Handflächen zuden fühlte. O sag mir, wie fühlst du mich? fragte sie bebend; bis jetzt hat noch kein menschlicher Mund von meiner Schönheit zu mir gesprochen! — Der Junker bewegte tastend die Hände wie ein Blinden, der sieht, und murmelte trunken:

Deine Augen tun wohl wie der Schatten im Sommer. Deine Lippen sind warm wie die Rosen im Juli. Um deine Wangen ringeln sich deine Haare, als möchten sie meine Finger umranken, und deine Augenbrauen berühren sich. Ich lege den Finger in dein Ohr und fühle dein Blut bis unter mein Herz. Ich habe dein Gesicht schon gesehen, als ich noch kindlich durchs Seldfräulein ließ und hinter den Birkeln die Waldsee suchte. Ich schließe die Augen und sehe dich.

Ich müßte abermals diese Hände voll schreiben, wollte ich einigermaßen ausführlich berichten, wie die Prinzessin sich unter dem Bannfluch der bösen Fee nun immer mehr durch die Narrenzettel des pflichtvergessenen Deutnants umgarnen ließ. Ost kam sie sogar des Abends zu ihm, und nahm keinen Anstand, sich an sein Bett zu legen; und wenn er einmal, vom Dienst ermüdet, zufällig bereits im Schlaf lag, weckte sie ihn mit ihren lieblichen Stimme. Dann war Herr v. Rilly stupidos genug, ihr oben-drein noch vorzuschwärmen, es kreisten Sonne, Mond und Sterne um sein Lager. Und wenn er vor dem Palais die Nachtwache hatte, wartete er bei den Kletterrosen, die unter den Fenstern von Prinzessin Alii die ganze Mauerwand bedekten, bis sie mit ihrem Licht oben winkte; dann schwang er sich an dem Spalter zu ihr hoch und drückte ihr stets die rote Rose mit, und hing dann oben am Fensterkranz, von ihren Armen und Lippen gehalten.

Weil sie indessen nicht lediglich Küsse tauschten, sondern auch viel miteinander flüsterten, konnte es endlich gottlob nicht ausbleiben, daß eine alte scharfsinnige Frau sie höre, die von dem ehemaligen König Ammisauza zur Überwachung seiner so unglaublich verzweigten Tochter angestellt war. Dies alte Weib also ließ sich am nächsten Morgen zu Seiner Majestät ins Sprechzimmer führen und meldete dort unter vier Augen, daß sie zuweilen nach Mitternacht im Schloßzimmer des erlauchtesten Fräuleins die Stimme eines Mannes vernnehmen lasse, und ein Geräusch wie von Blaeln, das aus dem Rosenpalier am Fenster zu kommen scheine.

Als König Ammisauza das hörte, erschrak ihn ein solcher Schrecken, daß er all seine sittliche Würde auf einige Zeit beiseite legte und sich die folgenden Nächte hindurch hinter einer geheimen Tapetenwand stellte, um allerhöchstgeehrungsvoll zu prüfen, von welcher Art die erwähnten Geräusche seien und wie man dagegen einschreiten könnte. Und witzlich, in der dritten Nacht mußte der edle König mit anhören, daß seine Tochter sich hastig vom Bett erhob und leise das Fenster öffnete, und daß sich jemand das Fensterläppchen zunahm, und wie dann sogleich ein Geräusch begann, das nur von Außen herrühren konnte. Und dieses Geräusch war so anhaltend, daß sich dem König die Haare sträubten. Also beschloß er, unverzüglich den kleinen Vaterzorn freien Lauf zu lassen, stieß die Tapetenwand auf und schrie: Du schamlose Blübin, was treibst du da! — Aber im nämlichen Augenblick bekam er solch einen Stoß vor die Brust — oder, genauer ausgedrückt, vor die erlauchteste Wagengegend — daß seine gehetzte Person, vollkommen dem Gleichgewicht entsagend, sich eilends auf den Fußboden legte und eine Weile dort sprachlos verharrte.

Denn Herr v. Rilly, wohl in der Meinung, irgendein niedriger Hercher wolle die Ehre seiner Prinzessin antasten, hatte sich nicht erst Zeit genommen, daß Alii Seiner Majestät gewissenhaft zu relognieren; sondern, leichtfertig, wie er war, hatte er den defagten Stoß mit solcher blinden Gewalt geführt, daß er fast selber vom Fenster stürzte und nur durch einen geschickten Sprung mit heißen Gliedern zur Erde kam. Da aber Seine Majestät den Freier sehr wohl erkannt hatte, so nützte ihm seine Geschicklichkeit nichts, und tags darauf erfuhr man durch die hauptstädtischen Zeitungen, daß der von jeher liberal verrichtige Herrscher von Rilly, Leutnant der königlichen Garde, gesänglich eingezogen sei und wegen hochverräterischen Vergehens demnächst vor das Kriegsgericht kommen werde. Bei den Antzedenten des Leutnants konnte dies niemanden wundernehmen oder zu Nachforschungen bewegen, und dadurch wurde zum Glück verhindert, daß näheres über den peinlichen Vorfall in die Zeitung gelangte.

Nichtdestoweniger fühlte der edle König sich keineswegs im Herzen erleichtert. Iwar hatte er noch dem verwegenen Angreifer auf sein erhabenes Gleichgewicht mit tiefer Verblendung konstatirt, daß seine Tochter noch unsichtbar war; aber die Angst, sie könnte da eines Morgens stehen, lebhaftig mit all ihren Körperteilen und mit der entblätterten Blume des sittlichen Adels, verließ ihn keinen Augenblick mehr. Sie ist bereits auf dem besten Wege!, sagte er sich in einem fort; und wenn die Wände auch Ohren haben, so haben dieselben doch keine Augen, wenigstens nicht im Hinblick auf sie. Was soll ich ehrsam König nur tun, um nicht in meinem eigenen Palais mein einziges Kind entwöhnt zu sehen! — Da, mitten in diese schwere Verbrüderung, fiel wie ein Stern aus dem Himmelhorn der himmlischen Gnade die Botschaft von einem neuen Freier, den man bis dahin noch gar nicht in Rechnung gezogen hatte. Es war ein reglernder Herzog aus sehr altem Hause, den er verlautete mit Besinnlichkeit, Seine Hoheit sei ganz konserviert von der Vorstellung, einmal den seltenen Nutzen zu kosten, den eine unsichtbare Schönheit seinem Erachtens garantire.

Der edle König Ammisauza begoss die Nachricht mit Freudentränen. Nicht nur, daß der Herzog bereits in jenen reizvollen Jahren stand, die eine tugendhafte Ehe von vornherein wahrscheinlich machen, sondern man rührte auch allgemein den reichen Erfahrungsschatz Seiner Höhen, ganz zu geschweigen der vielen andern Regententugenden, die sich zum Wohle der unerfahrenen Königsdochter in seinem Buhen vereinigt fanden. Und da sein Herzogtum überdies nicht allzu beträchtlichen Umfangs war, stand auch in diplomatischer Hinsicht nach keiner Seite hin zu befürchten, daß durch die Personalunion das Einvernehmen der Grobmächte über das europäische Gleichgewicht im Erbstaatsschafte gefährdet werden könnte. Demnach, als da der Tat von Seiten des Herzogs die Anfrage eintraf, ob er des hohen Genusses teilhaftig zu werden hoffen dürfe, bereitete von Seiner Majestät als öbrigen Edam umarmt zu werden, ließ Ammisauza ihm hubvollste Grüße entbieten und fügte ein allerhöchsteigendes Handschreiben mit der entsprechenden Einladung bei. Zur innigen Freude des edlen Königs und Ihrer Majestät der Frau Königin ließ Seine Hoheit dann auch in Bälde mit grohem Gefolge bei Hofe ab, u. a. mit seinem vertraulichen Gehort und einem eigend für seine Arznei konstruierten Elektrisierapparat.

Trotz all dieser Sorge um ihre Wohlfahrt verharrete innerwischen die Prinzessin bei ihrem bedenkllichen Lebenswandel. Sie ging noch älter als sonst ohne Licht aus und brachte dem staatsgefährlichen Junker die verbotensten Dinge ins Gefängnis, gestaltete Strickleiter, Gold und Maserzeug, sogar einen Dolch und einen Revolver, damit er sich mit Gewalt oder List der gerechten Strafe entziehen könnte. Anstatt aber die Gelegenheit wahrzunehmen, vielleicht noch irgendwo außer Landes ein mögliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu werden, war Herr von Rilly so anmaßend, seinen Richtern durchaus seine Unschuld beweisen zu wollen, und lehnte jeden Fluchtversuch ab. Natürlich geriet er dadurch erst recht in eine hilfbedürftige Lage. Denn nachdem er vergebens acht Tage lang auf seine Vernehmung gewartet hatte, wurde er in geheimer Sitzung, wie es die Milizität auf das Staatswohl und auf die Disziplin erachtete, ungehört zum Tode verurteilt und bis zur Vollstreckung dieses Urteils in eine so engvergitterte Zelle gebracht, daß selbst für den schlafenden Gardesleutnant keine Möglichkeit des Entkommen war.

Seltsamerweise schien Prinzessin Alii nicht im geringsten durch all das beklümmt. Iwar meinte ihre hohe Frau Mutter, die zuweilen unverschens das Boudoir ihrer Tochter betrat, einmal ein leises Geräusch zu vernehmen, als sieben Tränen auf eine Tischplatte; aber da unmittelbar darauf ihr unsichtbares Lachen erklang, mußte es wohl ein Irrtum gewesen sein. Jedemfalls schien ihr die Werbung des Herzogs ein wahres Vergnügen zu bereiten; denn als Seine Hoheit sich vor ihr verbeugte, beleuchtete sie sein würdiges Haupt sehr eingehend mit ihren Augen und fügte, sie sah sich wirklich geschmeichelt. Lieferäubrig drückte das hohe Elternpaar, ihr im geheimen alles verzeihend, dem tüchtigen Edam beide Hände und tat in Eile die nötigen Schritte zur feierlichen Begehung der Hochzeit.

Audessen drang dem gesetzten Gäste allmählich doch ein Gefühl zu Ohren, die seltsame Braut sei im Grunde durchaus nicht so willkürlich, daß man bei der Unmöglichkeit, sie ohne ihr Licht überhaupt zu entdecken, sich ihrer in Ruhe werde erfreuen können. So kam es, daß bei dem nächsten Familienabend Seine Hoheit ein merkwürdiges Rheuma zeigte und im Verlaufe der Unterhaltung auch jene dringlichen Staatsgeschäfte berührte, die einen gewissenhaften Regenten zuweilen plötzlich nach Hause rufen. Der edle König Ammisauza ließ vor Beifüllung beinahe die Türe fallen, zumal er wiederum neben sich das fast lautlose Kinder zu hören glaubte, das ihm die stetigen Gewitter der bösen Fee immer mehr verbürgte.

In seiner Verzweiflung entschloß er sich, den Herzog nach Tisch beiseite zu nehmen und ihm Mitteilung von dem zu machen, was er bisher noch vor jedermann, selbst Ihrer Majestät der Frau Landesmutter, die vielen Jahre hindurch verheimlicht hatte:

unter welcher zwielichten Bedingung die Fee ihm Aufschluß gelassen habe, daß seine Tochter einst sichtbar werden könnte. Seine Hoheit, auß äußerste interessiert, ließ sich zunächst den ganzen Vergangenheit hinunter eine geheime Tapetenwand stellen, um allerhöchstgeehrungsvoll zu prüfen, von welcher Art die erwähnten Geräusche seien und wie man dagegen einschreiten könnte. Und witzlich, in der dritten Nacht mußte der edle König mit anhören, daß seine Tochter sich hastig vom Bett erhob und leise das Fenster öffnete, und daß sich jemand das Fensterläppchen zunahm, und wie dann sogleich ein Geräusch begann, das nur von Außen herrühren konnte. Und dieses Geräusch war so anhaltend, daß sich dem König die Haare sträubten. Also beschloß er, unverzüglich den kleinen Vaterzorn freien Lauf zu lassen, stieß die Tapetenwand auf und schrie: Du schamlose Blübin, was treibst du da! — Aber im nämlichen Augenblick bekam er solch einen Stoß vor die Brust — oder, genauer ausgedrückt, vor die erlauchteste Wagengegend — daß seine gehetzte Person, vollkommen dem Gleichgewicht entsagend, sich eilends auf den Fußboden legte und eine Weile dort sprachlos verharrte.

Dem schwierigsten edlen König fiel eine Entfernung vom Herzen. Er drückte den wütigen Schwiegerson ein ums andre Mal an seine Brust, und sie vereinbarten definitiv, daß die Verhüllungsfeierlichkeiten schon in der folgenden Woche stattfinden sollten. Aber sein väterliches Gemüt geriet nun erst auf den Gipfel des Kummers. Raum hatte er sich zur Ruhe hingelegt, als ihn das durchbare Bangen befiel, seine Tochter möchte ihm doch noch zuvor kommen und einen Schritt begehen, der sie zum heiligen Stand der Ehe dauernd untauglich machen würde. Denn wenn sie jetzt plötzlich sichtbar würde, könnte dem Herzog nicht zweifelhaft bleiben, was vorher dazu geschehen sein mußte, und selbstverständlich war dann die Aussicht, sie handelbegäß zu verheiraten, für alle Ewigkeit dahin.

(Schluß folgt.)

Künstliche Edelsteine.

Von W. W. Günthers.

Als Naturforschung vor fünf Jahrhunderten neu entstanden, hättte sie sich zuerst in das phantastische Glühergewand der Alchemie. Aus der Goldsmacherkunst jener Tage — die im Grunde zurückzuführen ist auf den Übergang von der Naturwissenschaft zur Geldwirtschaft, der damals vor sich ging — ward die Chemie geboren, die die Untersuchung des Stoffs aufstiftet. Aus der Chemie entstand die Physik, denn man sah bald, daß die Stoffe auch Kräfte in sich bargen. Chemie und Physik aber zeugten zusammen das Wunderland unserer Zeit: die moderne Technik. „Sie macht aus Denzerglas Kanonen und Kronjuwelen aus Papier“, so kritisierter sie einst Arno Holz in seinen Bildern eines Modernen, und heute ist das spöttische Wort schon eine alte Wahrheit geworden. Heute zaubert uns Technik, die Kunst unserer Zeit, die Schäfe Abdallahs in Taufend und eine Nacht aus einer Handvoll Staub. Wunder, glänzende Wunder — und doch keine Wunder, wenn wir mit wissendem Auge an ihre Geheimnisse herantreten. Der Traum der Alten war, Gold zu machen. Heute ist der Traum zur Wahrheit geworden. Wir zaubern Kunzelsteine aus einer Schaufel Erde und ich will hier erzählen, wie man das macht.

Edelsteine nennen wir eine Reihe von Produkten des Mineralreichs, die sich durch Seltenheit, schöne Farbe, große Härte und starkes Lichtbrechungsvermögen auszeichnen. Woran kann das durch chemische Verlegung — Analyse nennt man das — nachgewiesen, und dabei zeigen sich die merkwürdigsten Dinge. Diamanten, die uns durch ihr strahlendes Feuer entzünden, sind nichts als ganz gewöhnlicher Kohlenstoff. Kohlenstoff, aus dem auch unsre Heizöle besteht. Nur ist er im Diamanten kristallisiert, in der Kohle anorph. In die Sprache des Laien übersetzt, heißt das: bei den Diamanten haben sich die kleinsten Teile des Kohlenstoffes nach bestimmten Gesetzen angeordnet, bei der Kohle liegen sie im wirren Durcheinander da. Je freier von fremden Beimengungen nun der kristallisierte Kohlenstoff ist, desto farbloser, reinier ist auch der Diamant. Sind aber farbende Stoffe vorhanden, so gibt es gelbe, blaue, schwarze Diamanten usw. Beim Diamanten steht man nicht die Farbe nicht gern. Je reiner der Stein, desto schöneres „Feuer“ zeigt er nach dem Schliff. — Anders die farbigen Edelsteine. Sie färben und färben da die Farbe leuchtet, desto wertvoller ist der Stein. Wir wollen hier nur zwei Steine heranziehen, weil sie wohl auch jedem bekannt sind — den roten Rubin und den blauen Saphir. Beide bestehen aus ganz gewöhnlicher Tonerde, also aus dem Stoff, aus dem wir unsre roten Löpfe machen. Das leuchtende Rot ver dankt der Rubin ganz geringen Spuren von Chromoxyd. Das tiefste Blau der blauen Saphire geht auf das Vorhandensein von Kobaltoxyd zurück!

Als man so die Zusammensetzung der Steine entzäfelt hatte, da war bei ihrem Wert schon von vornherein das Bestreben gegeben, sie nun auch ähnlich herzustellen. Das ist eigentlich nicht mal ein ganz neues Problem, wenn man es in etwas weiterem Sinne sieht. Schlagen wir unsern Plinius auf, so finden wir bei ihm schon die Nachricht von Edelsteinfabriken in Rom, und Senece — der alte Helde — erzählt von Leuten, die den Smaragd so schön herzustellen wußten, daß er von natürlichen Steinen nicht zu unterscheiden war. Aber das hat doch im Grunde mit unserer Kräfte nichts zu tun, denn damals handelte es sich um gefärbte Glasstücke: Bleiglas, plumbum vitrium, wie die Römer sagten, und darauf sollen wir heute nicht mehr hinein. Aber diese kleinen Streiflichter aus dem Altertum gibt und gleich Gelegenheit zu einer Begriffsbestimmung. Man muß nämlich wohl unterscheiden zwischen „fälschlichen“ und „künstlichen“ Edelsteinen. Künstliche Edelsteine sind den echten in allen Punkten gleichwertig. Von den gefälschten kann man das nicht gerade behaupten. Wenn man heute fälschen will, ist man allerdings ein wenig geschickt, als jene alten Herren. Wir haben ja schließlich nicht allzuviel zugelernt. Nur ein ganz modernes Kapitelchen sei da gestreift. Vor zwei Jahren starb in M. Béthelot einer unserer größten Chemiker, und der hatte einen Assistenten Bordas. Dieser Herr Bordas kaufte eines Tages ein paar schlechte Korundsteine, Steine, die auch aus kristallisiertem Tonerde bestehen, gerade wie der Rubin und der Saphir. Nur sind diese Korunde eben nicht schön klar und rot oder blau gefärbt, sondern trüb und wolkig. Dass Béthelot dient seiner Hölle wegen in der Technik als Schleifmittel. Solche Korunde kaufte Bordas — Stück für Stück 2 Franc — und setzte sie dann der Einwirkung von Radiumstrahlen aus. Einer der Steine war weingelb, aber ganz trüb. Vier Wochen lang ließ Bordas ihn zusammen mit einer Radiumverbindung in einem Kästchen liegen, und als er ihn dann ansah, war ein herrlicher Rubin daraus geworden. Klug ging Bordas zu dem Juwelier, bei dem er vorher die Korunde gekauft hatte, und fragte ihn, was er für diesen Rubin zahlt. Der bot ihm nach genauer Prüfung 100 Franc! So kann man Smaragde aus bläulichen, weißen Saphiren, die an Schönheit mit Diamanten wetten, aus violetten Korunden machen. Schließlich wie das Radium, nur noch heftiger, wirken die Röntgenstrahlen. Mit ihrer Hilfe kann man in 40 Minuten aus Bergkristall, dem Stoff, aus dem man neuerdings vielfach Brillengläser schleift, rechtige Rubine, aus Citrin, einer ägypti-

biligen Quarzart, gelbe Saphire herstellen. Die Vordässchen Untersuchungen sind noch nicht beendet, und so bringen und immer neue Überraschungen. Auch darin liegt ein Stückchen modernen Wunderkunst, und vielleicht machen wir wirklich einen aus Wasser Wein!

Von diesen künstlichen sprechen wir also nicht, wenn wir von künstlichen Edelsteinen reden. Die Chemie drückt sich da genauer aus: sie spricht nicht von „künstlichen“, sondern von „synthetischen“ Edelsteinen und meint damit Steine, die aus ihren natürlichen Bestandteilen im Laboratorium von Grund auf neu erzeugt wurden. Das scheint ja an sich nun recht einfach zu sein. Man lädt Kohlenstoff kristallisieren, oder auch Tonerde, fügt den entsprechenden Farbstoff hinzu, und schon liegen Indiens Schätze vor beiden Augen. So schnell vollbringt aber selbst unsre Zeit dies Wunder noch nicht. Da sind nämlich noch ein paar kleine Schwierigkeiten, an denen lange alles an schellen drohte.

Der erste der Edelsteine, den man auf synthetischem Wege gewann, war der Diamant. Dass er aus Kohlenstoff bestand, behauptete schon der alte Newton und Cavaller, ein Zeitgenosse der französischen Revolution, bewies das Harshar durch Verdampfungsverfahren. Um nun Kohlenstoff zum Kristallinen zu bringen, musste man ihn zuerst auflösen. Das Zeug löst sich aber höchstensweile nicht etwa in Wasser, wie etwa unter Säure, sondern ausgetrocknet nur in geschmolzenem Eisen. Davon wusste man aber zunächst gar nichts, und so hat man sich alle die Jahre vergnügt damit abgemüht, das Problem zu lösen, bis es — gerade 10 Jahre ist es jetzt her — Henri Moissan, dem gleich verstorbenen französischen Elektrochemiker, gelang, den großen Erfolg zu tun. Der fand einst mittler in Meteorsteinen, also in jenen Eisenmassen, die aus der Unendlichkeit des Raumes aus den Erdern stürzen, kleine Diamanten. Das war ein Wink, den er sich zunutze machte. Wahrscheinlich war der Kohlenstoff, aus dem diese Diamanten bestanden, aus dem Eisen selbst herabkristallisiert. Andere Tatsachen, die ihm bei unablässigen Versuchen aufstiegen, wiesen darauf hin, dass ein entzündlich hoher Druck bei der Kristallisation stattgefunden habe.

Was lag näher, als den gleichen Weg zu gehen und Kohlenstoff in geschmolzenem Eisen unter hohem Druck zum Kristallisieren zu bringen. Dazu gehörte zunächst einmal eine riesig hohe Temperatur, und um die zu erzeugen, musste Moissan erst einen neuen Ofen erfinden, denn die Dihydrate, die man damals kannte, reichten bei weitem nicht aus. Er konstruierte dann den ersten elektrischen Schmelzofen aus einem vierzigjährigen Kalkofen, der in der Mitte der Oberfläche eine kleine Vertiefung hat. In die Vertiefung ragen von beiden Seiten zwei Kohlestäbe hinein, zwischen denen bei Stromzufuhr ein elektrischer Lichtbogen übergeht. Ein Deckel mit einer gleichen Vertiefung schlicht darüber. Ganz ab und auf die kleine Höhlung — in der der eiserne Schmelztopf mit Eisenstellsäulen, darauf gepulverte Buchenholzhölze und wieder Eisenstellsäulen steht — beschrankt sich nun die ganze gewaltige Höhe des Flammengangs, die etwa 4000 Grad Celsius beträgt. Das war die erste Bedingung. Nun der hohe Druck. Da war nur eine Möglichkeit. Man musste den Ziegel plötzlich in kaltes Wasser tauchen, dann klügte sich das Eisen von 1000 Grad Celsius auf 10 Grad ab — und dabei zog es sich so rasch zusammen, dass ein ganz ungeheure Druck entstand. Das ließ sich so einführen. Es war aber eine vertuschte gefährliche Sache, da gar keine Erfahrungen darüber vorlagen, was bei der Geschichte passieren könnte. Moissan wagte es, und es gelang. Erst trittstierte der Kohlenstoff in schwarzer Form als Graphit, später wurde die Geschichte immer besser ausprobiert und schließlich bekam Moissans Steine, die wirklich Diamanten waren. In unseren Tagen ist die ganze Sache von einem französischen Chemiker angezeigt worden und auch in Deutschland hat man sich erzählt, die ganze Geschichte sei Schwindel. Das entspricht keineswegs den Tatsachen. Moissans Versuche sind — Dr. Neuburger hob das sehr klarlich in einem Vortrage, den er in der Polytechnischen Gesellschaft zu Berlin hielt, scharf hervor — so fest fundiert und in seinem Urtheil über den elektrischen Ofen so eingehend beschrieben, dass an der Tatsache kein Zweifel möglich ist. Seine Steine waren allerdings sehr klein und ihre Herstellungskosten waren viel größer als ihr Wert, so dass das Verfahren keine technische Bedeutung hatte. Darum hat sich Moissan aber auch nie gekennzeichnet. Als er die Frage gestellt hatte, stellte er — eine echte Gelehrtennatur — seine Versuche ein. Ein Engländer, Henry Fisher, nahm sie wieder auf, um sie praktisch auszunutzen. Eine kleine Abänderung des Moissanschen Verfahrens gestattete ihm, größere Steine herzustellen, aber ihr Handelswerte waren auch sie noch zu klein. Zweifeln lässt sich aber nicht daran, dass man auch dies Hindernis noch bezwingen wird.

Glücklicher ist man bei den Rubinen gewesen. Wir können da Steine von einer Größe herstellen, die bei natürlichen Steinen äußerst selten ist. Und sie sind zugleich von einer Schönheit und Kleinheit, die ebenfalls nicht übertrifft werden kann. Kein Mensch kann sie von echten, besser natürlichen Steinen unterscheiden, und wir stehen nicht an, auch sie als „echt“ anzuerkennen, weil sie in jeder Hinsicht dem natürlichen Produkt gleichwertig sind. Rubine — und auch Saphire — hat man bereits 1848 durch Erhitzen von Tonerde mit Chrom und Hinzufügen von Chromoxyd, das Rot gab, über Kobaltoxyd, das die Steine blau macht, erzielt. Aber die Steine waren sehr klein, und alle Versuche, sie zu vergrößern, führten nicht zum Ziele. Da kamen auf einmal gleich nach 1870 von der Schweiz her ziemlich große Rubine in den Handel, die man gleich für synthetische Steine hielt. Später stellte man das dann auch fest. Der Erfinder war ein Schweizer Pfarrer, der sein Geheimnis mit in den Tod nahm. 1893 fand man es in Paris wieder. Nach ihm erzeugt man heute die sogenannten rekonstruierten Rubine. Man schmilzt in kleinen Platinenschalen Rubinsplitter, Absätze von echten Rubinen, die allmählich zusammenlaufen und einen großen Stein bilden, der allerdings immer etwas wölfig ist. Synthetische Steine sind das natürlich im Grunde nicht. Das Verfahren zu deren Herstellung fand 1891 Freym und sein Assistent Bernoulli. Heute hat man es technisch weitergebildet und auf seiner Grundlage beruhen alle Methoden, nach denen wir heute beliebig synthetische Rubine erzeugen. Wir haben da einen Ziegel, mit einem Rost an Stelle des Bodens. In dem Ziegel ist Tonerde und Chromoxyd oder Tonerde und Kobaltoxyd, je nachdem man Rubine oder Saphire darstellen will. Das Gemisch fällt in ganz kleinen Mengen durch ein langes Gladrohr, in das seiflich Sauerstoff und etwas heißer Wasserstoff eintritt. Die Gase werden unten entzündet und verbrennen als Anfallgas mit großer Hitzeentwicklung. Die Tonerde, in der sich das Chromoxyd aufschlägt, schmilzt und fällt noch flüssig auf ein kleines Platinblech. Die nächste Portion Tonerde mit Chromoxyd folgt. Der geschmolzene Ton wird vereinigt und mit dem ersten und der künstliche Stein wird größer und größer. Man hat so Steine von 40—60 Karat erzielt, und wenn die Mischung der Stoffe sorgfältig genug vorgenommen wird, so sind die Steine außerordentlich klar und sauber. Die Kosten für einen solchen Rubin betragen für den Karat des ungeschliffenen Steins etwa 10 Pf. und 4 Karat sind davon üblich, um 1 Karat geschliffenen Steins zu bekommen. Das Schleifen selbst kostet etwa 1.20 Mark, die Gesamtkosten betragen also 1.00 Mark. Dem steht der Wert der natürlichen Steine so gegenüber: gewöhnliche Rubine kosten etwa 100 Mark der Karat, die besonders beliebten taubenblutfarbenen Steine aber erzielen bis zu 1000 Mark für den Karat. Der Unterschied wird noch gewaltiger, wenn man bedenkt, dass der Preis nicht mit der Größe im gleichen Verhältnis zunimmt, sondern viel schneller. Ein Stein von 3 Karat kostet nicht 300, sondern schon 700 Mark, einer von 2 Karat nicht 200, sondern etwa 300 Mark. Die synthetischen Steine kann man natürlich nicht zu den gleichen Preisen verkaufen. Karat kostet davon etwa 20 Mark, 2 Karat 40 Mark, Steine von 5 Karat 100 Mark usw. Allerdings auch noch eine ganz gute Vergrößerung des Anlagekapitals. Außer Rubinen und Saphiren sind bisher noch Topaze und Alexandriten auf diesem Wege hergestellt worden. Unterscheiden kann man, das ist noch einmal

berichtet, die synthetischen Steine von natürlichen nicht. Sie sind ihnen auch in jeder Beziehung gleichwertig, so dass man auch nicht von echt und unecht reden kann. Sicher sind durch diese Entdeckungen ungeheure Werte entwertet. Man sagt, der Edelsteinhandel verlor seine ganze gesicherte Basis. Eine Tatsache aber macht sich jetzt schon fühlbar, die mit der Geschichte auch zusammenhängt. Die Pfand- und Leihhäuser beleben nämlich heute wieder Rubine noch Saphire mehr, und das ist tatsächlich manchmal recht schwierig!

Bücher.

Handbuch des schweizerischen Gemeindebauwesens. Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung des Schweizerischen Gewerbevereins ein von Paul Püller und Dr. A. Bally verfasstes 207 Seiten starkes Buch erschienen, das ein ziemlich vollständiges Bild der in den grössten schweizerischen Gemeinden herrschenden Verhältnisse in bezug auf alle Fragen, die ein Gemeindebeamter interessieren, geben soll. Wenn ich hier und da einige Fehler bemerkbar machen, so liegt das nicht an den Verfassern, sondern an denjenigen Gemeindebeamten, die den vorgelegten Fragebogen unbeantwortet gelassen haben.

Das sind aber verhältnismässig wenige Gemeinden, denn von 100 Gemeinden, die von Auskünften erfreut worden sind, räumen 110 den Erfassen bereitwillig nach, so dass man ohne Weiterführung sagen kann, dass ein ziemlich vollständiges Bild von der schweizerischen Gemeindepolitik gewonnen werden ist. In zehn umfangreichen Hauptabschnitten haben die Verfasser des Buchs das gesammelte Material bearbeitet, außerdem sind als Anhang zahlreiche Gemeindeordnungen und Urteile gesetzt. Im Werklaut mitgeteilt werden, und durch das Entgegenkommen der Verwaltungsbüroden mehrerer grösserer Städte konnte der Text durch 30 Abbildungen neuerer kommunaler Institutionen bereichert werden.

Der erste Abschnitt des Buchs gibt in groben Umrissen ein Bild von der Entwicklung der Kommunalpolitik in der Schweiz und zeigt, wie auch hier die moderne sozialpolitische Entwicklung eine Erklärung des Gemeindegedankens und der Gemeindepolitik herbeigeführt hat, wobei insbesondere das rasche Wachstum der Bevölkerung in grösseren Gemeinden dieser Entwicklung sehr günstig war. In den Städten, wo das industrielle und gewerbliche Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung bildet, weshalb der soziale Geist am stärksten, und das Interesse dieser Bevölkerung kommt zum Ausdruck durch die Wahl von Arbeitervorstebern in die Stadtgemeinden. So sogenannt im Grossen Stadtrat zu Basel unter 180 Mitgliedern 19 Sozialisten, in Bern unter 80 Mitgliedern 80 Sozialisten, in Lausanne unter 100 Mitgliedern 16 Sozialisten, in Luzern unter 90 Mitgliedern 10 Sozialisten, in Zürich unter 125 Mitgliedern 49 Sozialisten, in Winterthur unter 45 Mitgliedern 15 Sozialisten usw. In mehreren Städten ist die Arbeiterschaft auch in der Executive, im Stadtrat vertreten, so z. B. in Zürich mit 4 von 9 Mitgliedern. Das Proportionalwahlverfahren für die Gemeindewahlen ist in sehr vielen Gemeinden eingeführt; in einigen Kantonen ist es für alle Gemeinden gesetzlich vorgeschrieben, teils facultativ, teils obligatorisch, in anderen Kantonen kommt es in einzelnen Städten zur Anwendung, und sowohl es noch eingeführt ist, wird es eineständige Forderung der Arbeiterschaft bleiben, denn erst dann, so sagen die Verfasser, wird der Arbeitervorsteher die ihm von Stadtrögen gebliebene Vertretung gesichert, und erst dann werden die zahlreichen kommunalen Aufgaben, auf die in der Schrift nachdrücklich hingewiesen wird, verwirklicht werden können.

Über den Stand der Kommunalpolitik in den grösseren Gemeinden der Schweiz handelt ein weiterer Abschnitt des Buches und zwar so übersichtlich, dass man von jeder der 25 Gemeinden über ihre Größe, Steuerverhältnisse, Wohnungsmitte und Nahrungsmittelepreise, über ihre Unternehmungen und Arbeiterverhältnisse, über organisierte, höhere, sozialpädagogische und andere Aufgaben einen knappen, aber umfassenden Überblick gewinnt. Dieser Überblick bestätigt die Ansicht, die in dem Buche ausgesprochen wird und kommunalpolitisch selbstverständlich sein sollte: Die Gemeinden sind um so leistungsfähiger, je grösser sie sind. Kleinere Gemeinden sollten daher verschmolzen, Vororte den Städten eingemeindet werden.

Ein besonderer Abschnitt ist den Arbeitsbedingungen der Gemeindeangehörigen und Arbeitern gewidmet.

„Die Kommune“, so heißt es da, „stellt eine Demokratie dar, was den öffentlichen Diensten den Charakter des reinen Sozialverhältnisses nimmt.“ An der Durchführung dieses Grundsatzes scheint es aber auch in der Schweiz noch sehr zu mangeln.

In 31 grösseren Gemeinden wurden insgesamt 0082 Arbeitnehmer gezählt, deren Arbeitszeit zwischen 8 und 11 Stunden täglich schwankt. Vor allem ist die Arbeitszeit in den Städten kürzer als in den ländlichen Gemeinden, was wohl nicht mit Unrecht auf den Zusammenschluss der Gemeindearbeiter in den Städten zurückzuführen wird. Während Ausbildungskräfte und provisorisch angestellte Arbeiter im Stunden- und Tagelohn beschäftigt werden, ist bei den definitiv angestellten Arbeitern vierzehntägige, halbmonatliche und monatliche Lohnzahlung und dementsprechende Ruhigehaltung eingeführt. Die Stundenlöhne bewegen sich zwischen 30 und 90 Rappen, die Tagelöhne zwischen 4 und 30 Franken und die Monatslöhne zwischen 110 und 250 Franken. Pensionslosen, Bewährung von Urlaub, Abzugshaltung des Lohnes bei militärischen Übungen usw. sind förmliche Einschränkungen geworden. Zur Nachahmung für andre Gemeindeverwaltungen, auch für viele Gemeindebeamten in Deutschland, könnten Bestimmungen dienen, wie sie in der Schweiz, z. B. in der Gemeinde Bern, bei Vergabeung städtischer Arbeiten an Privatunternehmer angewendet sind. Da heißt es: „Die Unternehmer von Gemeindearbeiten sind gehalten, Ihren Arbeitern die zwischen Meisterverbänden und Gewerkschaften der betreffenden Berufsklassen vereinbarten Löhne zu entrichten, und es steht der verbindenden Behörde hierüber das Recht der Kontrolle und der Festigung einer Konventionalstrafe für den Widerhandlungsschutz.“

Umsichtig, interessant und lehrreich sind die Schilderungen hygienischer und sanitärer Vorkehrungen, sozialpädagogischer Einrichtungen, der öffentlichen Werke und öffentlichen Dienste. Wir erfahren, dass nicht nur manches über Sauglingsfürsorge, öffentliche Badeeinrichtungen usw. sondern erhalten auch Kenntnis von Einrichtungen, die in Deutschland zu meist noch unbekannt sind. So wird berichtet, dass St. Gallen einen kommunalen Fischmarkt eingerichtet hat, der sehr gut frequentiert war, und weiter wird berichtet von gesetzlich eingesetzter unentgeltlicher ärztlicher Behandlung, von kommunalen Polikliniken, von kommunalen Krankenpflegereien zur Pflege von Kranken in deren Wohnungen und von andern Einrichtungen, und städtische wird nachgewiesen, dass die Wirkung aller hygienischen und sanitären Maßnahmen in einem sozialen Aufschwung der Gesundheitsziffer zeigt. Nieder die Einfluss der obligatorischen Unterrichtspflicht der Lehrlinge in den Schulen, so dass „die Erfahrungen, die die Gemeinden hiermit gemacht haben, im allgemeinen durchaus gute sind, was schon daraus hervorgeht, dass das Obligatorium der Gratisschule höher ist als das der Vormalschule.“ Allerdings verhält es sich mit der Kleidung und Nahrung armer Schulkindern. Ferienkolonien auf städtische Kosten, Ferienmilkaturen, kommunale Kindergarten bilden einen weiteren Belastungsfall der schweizerischen Schulgesundheitspflege und der Jugendfürsorge. Die Unentgeltlichkeit der Besteckung ist in der Schweiz in grossem Umfang durchgeführt, und dem folgt in Einzelfällen unentgeltliche Gebrauchsweise an. Die Errichtung von Arbeitsschülern wird mit aus Zürich, Bern, Basel, Genf, Glarus, Schaffhausen, St. Gallen, Winterthur, Biel, Olten und Morschach genutzt. Kommunale Werkhäuser zur Steuerung der Wohnungsnutzung sind in verschiedenen Gemeinden geschaffen.

Denn auch das Buch durchgängig schweizerische Verhältnisse berücksichtigt, so ändert das doch nichts daran, dass es auch außerhalb der Schweiz gute Dienste leisten kann. Insbesondere bietet es für Gemeindeverwaltungen und für Gemeindebeamter viel Wissenswertes und gibt auch mancherlei neue Anregungen, die, wenn sie befolgt werden würden, die Gemeindepolitik wieder ein gut Stück vorwärts treiben könnten zum Nutzen der Gesamtheit. Der Preis des Buchs, der auf 6 Franken festgesetzt ist, kann als angemessen gelten. A. L.

Kunstchronik.

Das Linsemannensemble mühete sich gestern im Neuen Operettentheater wieder um Felix Philipp. Man gab eine neue Serie seiner Pariser Schattenspiele unter dem zusammenfassenden Titel Pariser Sitten. Die neue Serie ist der ältesten weissrussisch. Es sind kleine feurige Schattenspiele in dramatischer Form, die aus dem Schatz der internationalen literarischen Überlieferung schöpfen und blutig rotes Kolorit haben. Das ein älterer Herr sich aufschlägt und vor Stolz sich nicht zu helfen weiß, weil er mit 55 Jahren Vater werden soll, ist nicht weiter pariserisch. Auch das ein Bauernmädchen, das als Amme in die Großstadt gekommen ist, sein Tugendspiegel zu sein braucht, und ihr Liebster sich mit ihrer einträglichen Untreue abfindet, ist nicht speziell Pariserische Verworenheit zu sein braucht. Auch die Chebruchsgeschichte des zweiten Bilds und die Verführungsgeschichte des vierten Bilds nicht. Hier die beiden lieben zusammengehörigen Stückchen, in denen der Vater eines Studenten beschleicht, seinem Sohn eine Maitresse zu halten, und schliesslich, nachdem die Dame ihr Amt an allgemeiner Friedlichkeit bis zur Verherrlung des Sohns verlassen hat, sich selber von dem freudlichen Wesen pflegen lässt. Wirkt das auch nicht gerade pariserisch edel, so magt sich doch wenigstens Philipp hier, in dem Betriebe, Pariser Mode nachzuahmen, an weiteren hindus. — Darstellerisch setzte der Abend recht feist ein. Herr Elser entwickelte in dem ersten Bild aus dem dümmlichen Chehrup mit viel Geschick und Schärfe den dummköpfigen Papa, der vor Freude über seine Zeugungskraft herumtanzte wie der Goður auf dem Mist. Aber dann wirkten die Darsteller aus ihren gleichgültigen Rollen nichts Besonderes zu machen, auch Herr Thomas und Frau Sandow nicht, bis endlich im letzten Bild wenigstens Frau Sandow wieder damit interessierte, wie sie als Goldschmiedin den alten, trockenen Geschäftsmann mit Aufgebot all ihrer liebenswürdigen Koletterie einstieg. Frau Sandow rettete schliesslich noch den Abend, nachdem die plumpen Mäuse der vorhergehenden drei Bilder dem Publikum so ziemlich die Stimmung verdorben hatte. gm.

Neues Theater. Freitag: Die Feuermaus. Sonnabend: Die Nibelungen, III. Abteilung: Arienbilds Nachte. Sonntag: Tiefland. Montag: Rosenmontag. — Altes Theater. Freitag geschlossen. Sonnabend: Der Graf von Luxemburg. Sonntag: Die geschiedene Frau. Montag: Der Nobelsgeuner.

Heinz Salzner, der bekanntlich aus dem Verband der städtischen Bühne ausscheidet, wird als letzte Rolle hier am Montag im Neuen Theater den Auditor in Pariser Dame Rosenmontag spielen.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, im Alten Theater um 7½ Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag, Sonnabend: Der Meisterdieb (Gastspiel Kurt Junker). Sonntag: Krieg im Irak (Gastspiel Kurt Junker). Montag: Der Meisterdieb. — Altes Operett-Theater (Theater am Thomasring). Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag: Pariser Sitten (Neue Pariser Schattenspiele).

Die Vorstellungen beginnen im Schauspielhaus und im Neuen Operettentheater, wenn nichts andres angegeben, um 8 Uhr.

Baltenberg-Theater. Freitag: Charley's Tante. Sonnabend: Lokomotivfahrer Glaufen. Sonntag: Charley's Tante.

Kostzen.

Das sinkende Nordamerika. Die Ostküste der Vereinigten Staaten oder, wie man diesen zum Teil wohl auch heutz noch immer nennt, von Neu-England, fällt scheinbar unaufhaltsam mehr und mehr unter dem Spiegel des Atlantischen Ozeans. Während in andern Erdgegenden, beispielsweise an der deutschen Nordseeküste, die Anzeichen für eine Senkung des Landes recht ungewöhnlich sind oder nur auf eine sehr langsame, vielleicht schon zum Stillstand gekommene Senkung deuten, sind die Werkmale an der Küste Neu-Englands unverkennbar und in einer ganzen Reihe von Erscheinungen gegeben. Da gibt es fiorartige Bildungen, welche vom Meer in Beifall genommenen Klusen und Mündungen, alte Kluttäler, die sich in den Meeressoden hinein verlängern, und Beweise für das Fortschreiten von Strandlinien nach dem Innern. Das sind aber nur einige der grossartigen geographischen Tatsachen, die in diese Richtung weisen. Zu ihnen kommt eine grosse Anzahl anderer. Wenn das Meer während der Ebbe zurückzieht, so tauchen an vielen Orten die Rüte von Bäumen auf, die ohne Zweifel an der Stelle gewachsen waren, wo sich ihre Wurzeln befinden, aber durch das vorrückende Meer zugrunde gegangen sind. Auch ganze Dorflager, die bekanntlich nur im Süßwasser abgesetzt werden, liegen jetzt unterhalb des Flutspiegels und werden zum Teil von der Meerwoge angegriffen. Ein besonderes Kennzeichen sind längere Salzseen mit salzhaltigen Salzseen, die sich längs der Küste aneinanderreihen, wo nur immer das Land mit schwacher Neigung zum Meer abfällt. —

Volksfahrt und volk. Ausflugsseiten. Unter den Hausieren haben in der sprachlichen Tierkunde u. a. auch Schafe, Ziege, Käse und Kuh eine gewisse Bedeutung. Niemand will jetzt als ein echtes Schaf angefehl werden; eher lässt er sich schon einmal ein gebürtiges Varmat nennen. Mancher spielt als Viehhirt in einer führenden Rolle, während es weniger ehrwürdig ist, ein Viehhirten in einer anderen Rolle zu sein. Kinder müssen sich wohl die Begeisterung der Viehhirten gefallen lassen. Männer gebärden sich vor einem Viehhirten wie ein englischer Jockey oder Boxer, während man ungekehrt am Niederschlag unter einer englischen Klappe (d. h. Ziege) einen englischen, furchtsamen Viehhirten versteckt. Zunächst ist der Herr im Hause ein arger Brummkater (doch Vier im Hause genannt); in ganz anderer Weise verhält man aber das Viehengeschlecht, wenn man sitzt, mit andern Fahrgästen, obendrein will man ungekehrt am Niederschlag unter einer englischen Klappe (d. h. Ziege) einen englischen, furchtsamen Viehhirten verstecken. Zunächst ist der Herr im Hause ein arger Viehhirten. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Hölle, wenn man sitzt, mit andern Fahrgästen, obendrein will man ungekehrt am Niederschlag unter einer englischen Klappe (d. h. Ziege) einen englischen, furchtsamen Viehhirten verstecken. Zunächst ist der Herr im Hause ein arger Viehhirten. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Hölle, wenn man sitzt, mit andern Fahrgästen, obendrein will man ungekehrt am Niederschlag unter einer englischen Klappe (d. h. Ziege) einen englischen, furchtsamen Viehhirten verstecken. Zunächst ist der Herr im Hause ein arger Viehhirten. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Hölle, wenn man sitzt, mit andern Fahrgästen, obendrein will man ungekehrt am Niederschlag unter einer englischen Klappe (d. h. Ziege) einen englischen, furchtsamen Viehhirten verstecken. Zunächst ist der Herr im Hause ein arger Viehhirten. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Hölle, wenn man sitzt, mit andern Fahrgästen, obendrein will man ungekehrt am Niederschlag unter einer englischen Klappe (d. h. Ziege) einen englischen, furchtsamen Viehhirten verstecken. Zunächst ist der Herr im Hause ein arger Viehhirten. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Hölle, wenn man sitzt, mit andern Fahrgästen, obendrein will man ungekehrt am Niederschlag unter einer englischen Klappe (d. h. Ziege) einen englischen, furchtsamen Viehhirten verstecken. Zunächst ist der Herr im Hause ein arger Viehhirten. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Hölle, wenn man sitzt, mit andern Fahrgästen, obendrein will man ungekehrt am Niederschlag unter einer englischen Klappe (d. h. Ziege) einen englischen, furchtsamen Viehhirten verstecken. Zunächst ist der Herr im Hause ein arger Viehhirten. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Hölle, wenn man sitzt, mit andern Fah